Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

Erscheint wöchentlich | ID Nr. 288 | 29. Juni 1979 | 1,50 DM *incl. 6% MWSt.* | D 1870 CX

Redaktionsschluß Mittwoch, 16 Uhr















REVOLUTIONÄRE ZELLEN: TUT UNS LEID, LEUTE

Frankfurt
27. Juni

Heute kamen zwei Briefe, unterzeichnet mit „Revolutionäre Zelle(n)", in denen zu dem Anschlag auf die Daimler-Benz-Vertretung (deren Gebäude unmittelbar neben dem ID liegt – siehe ID-Hausbombe im ID 287) Stellung genommen wird. Und es kam der unvermeidliche Leserbrief, der knallhart beweist, daß es nur die Rechten sein konnten, weil eben Linke sowas nicht tun (ich finde diese messerscharfe Logik toll – war mir doch bislang völlig unbekannt, daß die GSG 9 es war, die 1977 in Mallorca die Urlauber entführt hat! Richard im ID).

Der erste Brief der „Revolutionären Zelle(n)":

» Wir wissen nicht, wer die "ID-HAUSBOMBE" legte und wissen nicht, ob die Verantwortlichen sich möglicher Konsequenzen bewußt waren. Wir sind betroffen, daß eine Gruppe, die sich "RZ–NICARAGUA" nennt, sich so unüberlegt zu einer solchen Aktion hinreißen läßt und sind froh, daß diese Bombe nicht losging.

Es stimmt uns nachdenklich, daß es Leute gibt, die ein an sich richtiges Projekt zur richtigen Zeit angehen, gleichzeitig wissentlich oder unwissentlich – das ist egal – linke Einrichtungen und, schlimmer noch, Menschenleben gefährden.

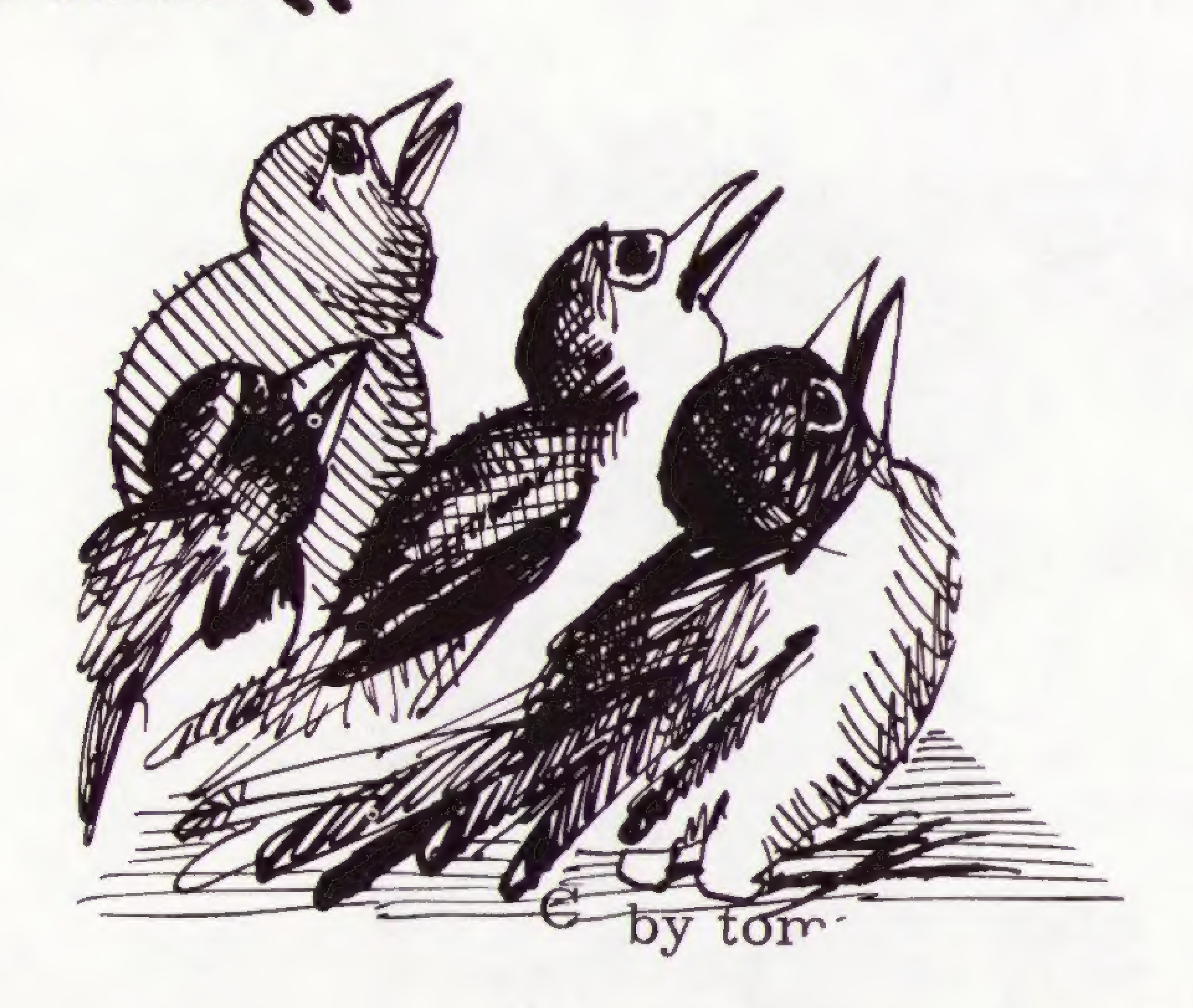
Wir sind genauso betroffen wie damals in der Hamburger Silvesternacht, als eine Genossin sich aus Unkenntnis selbst hochbombte.

Unser Selbstverständnis als ein Teil der Linken existiert in realen Lebensbedingungen, die Fehler, auch kapitale, beinhalten.

Wir appellieren nicht an Leute oder Gruppen, unseren Namen nicht zu benutzen oder ähnliches, wir appellieren an diese, sorgfältiger mit sich und anderen umzugehen, und es ist keine Arroganz, wenn wir eindringlich die bitten, die z.B. in der Emserstraße in Frankfurt handwerkten, lieber nichts zu tun, als daß uns letztendlich ihre Bomben selbst um die Ohren fliegen.

Wir verstehen die Wut der Betroffenen, meinen aber, daß den Somozas, Vorsters, Urangesellschaften und all den anderen, die unsere Leben und Lebensbedingungen zerstören auch die Antwort in militanter Form gegeben werden muß.

Wir verstehen uns nicht als Avantgarde der linken Bewegung sondern als einen Teil von ihr und akzeptieren alle Widerstandsformen gegen Repression, Imperialismus und kapitalistische Ausbeutung, egal, wo diese Unterdrückungsmechanismen existieren. «



. . . und noch ein Brief der „Revolutionären Zelle(n)":

» *Denjenigen, die behaupten, Gewalt an sich könne sich immer nur zwangsläufig "gegen das Volk/die Bevölkerung" richten, und denjenigen, die von diesem Sockel bürgerlicher Moral herab predigen, gesellschaftliche Veränderungen dürften, sollten, könnten nicht gewaltsam geschehen, erklären wir hiermit klar und deutlich:*

- *daß sie zehntausendmal von der Geschichte – seitdem es menschliche Wesen gibt – widerlegt sind, denn ohne Ausübung von gewaltsamen Widerstand befänden wir uns heute noch in der Sklaverei;*
- *daß es – sollen sie fliehen, wohin sie wollen und solange sie wollen, solange sie denken, es sei für sie noch möglich und machbar – ihre Entscheidung – das Blut unserer besten Freunde gekostet hat und weiter dieser Preis bezahlt werden muß auf dem Weg zu einer Erde, die überhaupt von MENSCHEN bewohnbar ist;*
- *daß – um auf den konkreten Punkt zu kommen, um den es hier geht, der ein Beitrag zu diesem Kampf hätte sein können, der mit Sicherheit richtig gemeint war von der Überlegung her, aber in der praktischen Umsetzung sich in sein Gegenteil verkehrt hat – es an sich gerecht ist die Daimler Benz anzugreifen;*
- *daß es sehr wohl praktische Solidarität mit der sandinistischen Befreiungsfront ist, hier ein Gebäude der Daimler Benz – wenn es geht bis auf die Grundmauern – niederzubrennen;*
- *daß es ein sehr richtiger Beitrag zum antiimperialistischen Kampf hätte werden können.*

ABER:

und das teilen wir auf diesem Wege der uns unbekannten Gruppe, die dieses Drama inszeniert hat, mit:
es ist falsch, einen solchen Angriff um jeden Preis durchzuführen, es einfach dem Zufall zu überlassen, ob es dabei Verletzte oder Tote geben kann, beziehungsweise mit Gleichgültigkeit und bodenlosem Leichtsinn darüber hinwegzugehen, wer die Verletzten oder Toten in diesem Fall gewesen wären.
Wer so damit umgeht, macht keine revolutionäre Politik, hat nichts begriffen, hat eines der entscheidenden Prinzipien verletzt, das innerhalb unserer Geschichte als RZ bisher immer eingehalten worden ist: nämlich eine Aktion nur dann durchzuführen, wenn es klar ausrecherchiert und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gewährleistet ist, daß keinem Unbeteiligten auch nur ein Haar gekrümmt wird.
Wer diese notwendige Sorgfaltspflicht einfach meint über Bord werfen zu können, katapultiert sich selbst aus der Bewegung. «

Was kann das Motiv gewesen sein?

„Ich habe gerade Eure Meldung über die ID-Hausbombe gelesen. Ich assoziierte sofort, daß die Bombe nicht zufällig neben dem ja wohl überregional und erst recht regional erst recht bekannten Ort der diversen linksradikalen Redaktionen gelegt worden sein kann. Es dürfte wohl kaum eine Untergrundgruppe geben, die dem ID eine Erklärung zuschickt und gleichzeitig behaupten kann, sie wüßte nicht, wo ID, Pflasterstrand, und andere ihre Räume haben. Was kann also nur das Motiv der Bombenleger gewesen sein? Den Abscheu des ID vor der ziellosen Zerstörungswut von „revolutionären" Hobbybastlern, also Distanzierung vom Untergrund, voranzutreiben.
Eine gut gemachte Aktion zum Zwecke der Dissolidarisierung zwischen autonomen Sumpf und sogenannten Terroristen.
Daß ihr diesen Verdacht noch nicht mal als eine Möglichkeit erwähnt, bestürzt mich ziemlich. Im Gegenteil: Mir scheint es so, als wolltet ihr eine solche Möglichkeit, die doch irgendwo in eurem Unterbewußtsein vorhanden zu sein scheint, verdrängen. Ihr schiebt nämlich in die Erklärung der Bombenleger Absätze über die ‚Hintergründe' ein, die anscheinend belegen sollen, daß die Kommandoerklärung nur von gut informierten Untergrundlinken, nicht aber von einer qualifizierten Sondereinheit eines Geheimdienstes oder der Polizei stammen kann.

Der ‚Medienkonzern' in der Frankfurter Allee hat politische Bedeutung, das wißt ihr, und besonders seitdem es die Tageszeitung gibt und entsprechende Einwirkungsmöglichkeiten euerer ‚Ecke' auf sie. Um so wichtiger ist es für die Gegenseite, einen möglichst pazifistischen Kurs in diesen unseren Medien zu unterstützen oder überhaupt zu initiieren. Damit sind sie (unsere Gegner) mit ihrer Bombenaktion offenbar ein Stück weiter gekommen."

Kontakt über ID



Diesen Aufkleber hat 'ne Wohngemeinschaft mit 'ner kleinen Siebdruckerei, Labor und manchmal Ideen entworfen und selbst gedruckt. Zu kaufen ist er für 1 Mark + 40 Pfennig Porto, alles in Briefmarken. 10 Aufkleber gibts für 0,70 DM/Stück bei **Plakatgruppe Eigeninitiativer Entwurf, Druck und Vertrieb, Pfarrgartenweg 6, 7403 Ammerbuch,** *die auch das copyright hat.*

BENZIN KNAPP – SARTRE FLÜCHTIG!

Frankfurt 21. Juni — Wie der Donnerstagsausgabe der FR vom 21.6.79 zu entnehmen war, rief der französische Philosoph und Existenzialist Jean-Paul Sartre alle bekannten Länder dazu auf, die immer zahlreicher werdenden Flüchtlinge aus Vietnam aufzunehmen. Nähere Einzelheiten des Sartre-Aufrufs seien auf der Seite 20 der gleichen Ausgabe der FR zu erfahren.

Aufgrund der ebenfalls auf Seite 1 angekündigten Benzinknappheit steht zu vermuten, daß J.P.Sartre die Seite 20 leider nicht mehr erreichen konnte, so daß die dort stattfindende Flüchtlingskonferenz ohne ihn eröffnet werden mußte. Es wird befürchtet, daß J.P.Sartre in dem zwischen den Seiten 2 und 19 herrschenden Verkehr von Nachrichten, Berichten und Werbung verlorenging, vor allem mit so wenig Benzin.
Eine weitere, allerdings bisher noch nicht bestätigte Vermutung ist, daß er vor den Legionen wißbegieriger Leser flüchtete, die endlich seinen Aufruf lesen wollen.

Aber die Frage bleibt, wo ist Jean-Paul Sartre? Zweckdienliche Hinweise nimmt jede Frankfurter Rundschau entgegen.
(TB/HPW)

Frankfurt — Ypsilon feiert ein Fest

Die kleinste Buchhandlung Frankfurts – Ypsilon – feiert das langversprochene Fest zum einjährigen Überleben, und zwar am 30. Juni von 16–22 Uhr. Wir feiern im Internationalen Jugendzentrum, Bleichstraße 8–10. Wir feiern zusammen mit dem Internationalen Jugendzentrum.

Programm:
Jugendbuchausstellung; Ein Mitarbeiter des Internationalen Jugendzentrums berichtet über die Arbeit im JZ; Künstlerloge Überbrettel (Offenbach) spielt um 17 h „Des Wahnsinns Fette Beute"; Jürgen Reichel liest Ironisches von Heinrich Heine; Klappmaul Puppentheater kommt um 20 h mit dem Stück ‚Ab In Die Pfütze" für Jugendliche und Erwachsene; Bücherverlosung für Kinder und Erwachsene; mit den Kindern spielen PETRA&THOMAS und eine Clownin aus dem Münchner Theater der Jugend; Farben, Papier usw. sind vorhanden. Vielleicht kommt auch der Leierkastenmann; Musik macht die Gruppe DOOD&DEIWEL. Keiner braucht zu hungern, keiner braucht zu dürsten; für die einen gibt es Müsli, für die anderen Würstchen, außerdem Kaffee, Kuchen, Wein &&&.

Also Leute, bringt eure Kinder mit, bringt eure Instrumente mit – damit nicht alles nach Programm abläuft – und vor allem gute Laune. Und feiert mit uns.
Angela & Raph

Kontakt: Ypsilon Buchladen, Berger Straße 34, 6 Ffm, Tel.: 0611/ 44 87 38.

BURGBERNHEIM UMSONST & DRAUSSEN

Am 13./14. Juli gibt es in Wildbad bei Burgbernheim (Mittelfranken) ein Umsonst & Draußen Festival. Es wird von der Jugendzentrumsinitiative "Unabhängige Jugend Burgbernheim" veranstaltet, die es seit etwa zweieinhalb Jahren gibt. Seit Januar 78 unterhält die Initiative einen Raum als provisorisches Jugendzentrum. Beim Fest spielen „Aera", „Highcrack", "Hammerfest", "Missus Beastly", "Munju", "Checkpoint Charlie", "Spacebox" und "Elastic Rock Band". Dazu kommen noch regionale Amateurgruppen. Für Folk, Lieder und Kleinkunst gibt es eine offene Bühne. Info- und Verkaufsstände sind erwünscht.
Anmeldungen bei: "Unabhängige Jugend Burgbernheim", Postfach 35, 8801 Burgbernheim.

ID BESETZT !

F rankfurt 15. Juni — Im Zuge der allgemeinen Besetzungswelle ist auch der Frankfurter Informationsdienst e.V. am Freitag, den 15. Juni den ganzen Tag über besetzt gewesen. Produktion- und Versandarbeiten konnten ungestört weiterlaufen.
Auf Anfrage teilt das ID-Kollektiv mit, daß die Räume in der Hamburger Allee 45 nach wie vor während der Bürozeiten besetzt bleiben. Und zwar Montag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr, Mittwoch sogar länger.



TADEL FÜR DAS VERTEILEN EINER SCHÜLERZEITUNG

Berlin 22.6.79 — *Die Junge Presse Berlin schreibt:*
"Vor zwei Wochen ist die Westberliner Schülerzeitung "eszet" nach 3/4-jähriger Unterbrechung wieder erschienen. In Verbindung mit einem Artikel über die Diskriminierung von Frauen bei Frauenärzten war auf der Titelseite ein nackter Frauenarzt auf einem gynäkologischen Stuhl abgebildet.

Beim Verteilen der Schülerzeitung v o r dem Französischen Gymnasium in Tiergarten durch drei Schüler der Schule drohte der Direktor Dr. Velder "als empörter Bürger" mit dem Rufen der Polizei im Falle des Weiterverteilens: Er wollte verhindern, daß "pornografische Schriften" an Minderjährige verteilt werden.

Daraufhin stellten die Schüler das Verteilen ein, um ein klärendes Gespräch mit dem Direktor zu führen. Als Ordnungsmaßnahme erteilte er den drei Schülern einen Tadel, der auf dem Zeugnis erscheint.

Die JUNGE PRESSE BERLIN wendet sich gegen derartige Methoden, den Vertrieb einer Schülerzeitung zu verbieten:

* Das Verteilen einer Schülerzeitung außerhalb des Schulgeländes fällt nicht in den Kompetenzbereich der Schule und kann deshalb auch nicht mit schulischen Ordnungsmaßnahmen geahndet werden.
* Es handelt sich im Falle des "eszet"-Titelbildes außerdem keineswegs um Pornografie; vielmehr stellt es ein pointiertes grafisches Mittel dar, die Diskriminierung von Frauen augenfällig zu machen.

Demgegenüber kann jeder minderjährige Schüler Darstellungen von nackten Menschen - in der Regel allerdings Frauen - auf Illustrierten-Titelseiten an Kiosken ungehindert erwerben."

Kontakt: Caspar Engelbrecht, 030/304 54 47 oder Joachim Schmitt 030/323 42 88

ACHTUNG VOR DPA-REDAKTEUREN

FRANKFURT 19. Juni — *Bei der Deutschen-Presse-Agentur sind Presseoffiziere der Bundeswehr angestellt. Sie arbeiten als Hospitanten bis zu sechs Monaten in den Landesbüros mit den Redakteuren zusammen. Im Jounalistenblatt der Industriegewerkschaft Druck und Papier „Die Feder" (6/79) steht dazu:*

„Besorgt wurden einige Redakteure bei dpa, als herauskam, daß diese Presseoffiziere der Bundeswehr sämtlich der „psychologischen Verteidigung" unterstellt sind, dies aber den betroffenen Redakteuren in den Landesbüros nicht, teilweise oder erst sehr sehr verspätet bekannt wurde. Die Verunsicherung war da.
Das Thema kam vor den Gesamtbetriebsrat der Agentur. Dort mußte sich die Geschäftsführung vorwerfen lassen, daß solcherart späte Information arg die Sorgfalspflicht für die Redakteure strapaziere. Leicht nachvollzogen ist der Fall, daß ein Presseoffizier zu einem Termin bei amnesty international, zu Kernkraftwerksgegnern, oder gar zum Verfassungsschutz-Informanten mitgenommen wird. Unerkannt — unbekannt. Würde dann aber die Funktion des „Hospitanten" doch herauskommen — der Schaden wäre nicht zu reparieren. Das Vertrauen — wichtiges Kapital des Redakteurs — im Eimer. Die dpa-Chefredaktion gelobte künftig frühzeitige allumfassende Information. Die Kolleginnen und Kollegen dennoch blieben skeptisch. Sie wollen die „Vereinbarung" zwischen dpa und Bundeswehr doch einmal grundsätzlich diskutieren."



Die linke Zensur

WAS MENSCH STATTDESSEN SAGEN KÖNNTE IST NOCH GEFANGEN IM PAPIERKORB

Noch keine Antwort auf die Frage, wie mensch gegenüber linken Verlagen und Zeitungen die Nerven behält

FRANKFURT 20. Juni — *Der Schreiber dieses Artikels ist Peter Erlach, der im Frankfurter Gefangenenrat mitgearbeitet hat:*

Es hat, seit es Geschriebenes gibt, auch die Zensur gegeben. Die Zensur, von der ich hier reden will, ist die neueste aller Zensur: die alternative Zensur. Es gibt sie, seit es eine Subkultur linker Publikationen gibt. Die Publikationen haben ihren Markt, ihre Verkäufer und Käufer, ihre Kalkulation und ihre strikte Anordnung dessen was sie verkaufen – nach den Vorschriften ihrer Betreiber, wenn „Besitzer' hier das falsche Wort ist. Ich finde es nicht so falsch übrigens. Den alternativen Publikationen, die sich so extrem nonkonformistisch geben, ist zugleich eine strikte Konformität eigen, die alles ausscheidet, was nicht paßt. Die Zeitungsmacher haben so genaue Vorstellungen von ihrer Zeitung, daß in ihr schließlich kaum etwas anderes steht als was sie sich vorstellen. Die Rubriken sind festgelegt, und die ausgewählten Manuskripte, die durch das Filter der Selektion hindurchgelangen, haben sich der Diktatur des Layout zu unterwerfen, die sich über alle Texte ausbreitet.

Sie macht auch noch den letzten fremdartigen Gedanken zum eigenen Spülwasser. Wie falsch die Ablehnungsgründe sind, die den dauernden Mangel an Platz vorschützen, zeigt sich daran, wie ausgiebig derselbe Platz von der Layout-Diktatur der Zeitungen, Zeitschriften oder Verlage genutzt wird. Das in immer der gleichen äußeren Gestalt erscheinende Medium ist deshalb auch innen immer das gleiche: es baut auf Konformität, auf Breite, Masse des Umsatzes und deshalb auch auf die Massen. Kein Gedanke darf erscheinen, der nicht die Massen schon ergriffen hat. So bleibt alles an seinem Platz, während die Druckmaschinen ihre Walzen rotieren lassen, die das Weltbild ausspeien.
Die Gedanken werden von den meisten Zeitungen schon von vornherein ausgeschieden. Sie erhalten die Manuskripte gar nicht, die sie zensieren könnten, weil es von vornherein hoffnungslos ist, sie ihnen zu schicken. Der Effekt ist, daß sich die Verfasser auf eine Form ihrer Gedanken einstellen, die der Zeitung, die sie drucken soll, gemäß ist: sie üben Vorzensur, Selbstzensur. Wer nicht in das Sortiment einer linken Publikation sich einpassen will, hat keine Aussicht. Das B ewährte bleibt auch hier von allem Ausgeschiedenen übrig; wo die Kritik verstummt, redet umso lauter die Scheinkritik und der Opportunist.

Was der Redaktion an Manuskripten noch zufließt, wird dem Ritual des Redigierens unterworfen. Da die alternativen Zeitungen und Verlage von Leuten gemacht werden, die so genau wissen was sie wollen, lehnen sie auch alles ab, was sie nicht wollen. Sie zensieren. Und zwar weil sie zuviel Prinzip haben. Sie breiten ihr Prinzip über ihre Machtzone aus wie eine Dunstglocke.

Beispiele: Ein bekannter linker Verlag, der mir Zensurauflagen macht – aber mir außerdem verbietet, irgendjemand davon etwas zu sagen (wobei das dann nicht gedruckte Buch das Erpressungsmittel ist). Ein Redakteur einer alternativen Zeitung, der mir alles Wesentliche aus meinem Artikel weggestrichen hat und mir dann das Angebot macht: Entweder so oder überhaupt nicht! – Das sind die Diskussionen, die zwischen einem der hat (die Produktionsmittel) und einem der nichts hat (mir in diesem Fall) möglich sind. Oder monatelange, jahrelange Diskussionen um Projekte, von denen schließlich nichts mehr übrig ist als eine eingeebnete Basis, auf der auch keiner mehr Lust hat etwas zu machen. Auf diese Weise werden von linken Verlegern, Lektoren, Redakteuren Projekte, Ideen, Intentionen totgeredet, ohne daß sie es merken. Der Geist, den sie durch ihre ständige Einmischung vertrieben haben, ist ihnen so fremd, daß sie seine Abwesenheit nicht mal bemerken! Als tote Körper, ausgezehrt von allen neuen Ideen, erscheinen dann Bücher. Aber mensch kann sie noch lesen. Mensch kann sie noch verkaufen. Mensch hält sie sogar für gut. Was an ihnen gut ist, ist es ja auch schon so lange. Nur der Autor selber sagt über sein Buch, daß es beschissen ist. Es gibt dafür bekannte Beispiele.

Wer sich nicht auf Zensur einläßt, wird ihr drop out, wird stillgelegt. Er verschwindet in der Zone des Schweigens, des Samistad. Aber leider gibt es nicht einmal den Samistad. Was käme alles hervor, wenn es ihn gäbe! Nicht nur die Inhaber dieser Macht über Ideen sind es durch ihre fixe Geschäftstüchtigkeit geworden (durch bourgeoise Fähigkeiten: des rabiaten Durchsetzungselans, des sicheren Auftretens, der Fähigkeit, seine Chancen immer genau einzuschätzen, einer angelernten Besserwisserei und Großsprecherei) – sondern auch die Autoren werden zu Autoren, weil sie soviel Geschicklichkeit besitzen, wie mensch dazu braucht. Andere werden es nicht. Vielleicht hätte die Literatur derer, die es nicht zu ihrer konventionellen Verwertbarkeit schaffen, mehr mit ihrer Zeit zu tun als die von Wagenbach und Rotbuch. Vielleicht sind die Bücher, die keine Nachfragechance haben und deshalb nie gedruckt werden, wichtiger für unsere Orientierung als solche, die wir schon kennen, bevor wir sie gelesen haben. Vielleicht wären die Nachrichten, die nicht als Nachrichten zu fassen sind (in einer Zeit, wo wir schon genug davon haben), wichtiger als noch ein Bericht von noch einem schon bekannten Vorfall und noch ein Kommunique von noch einer schon bekannten Gruppe. Das Ende aller Nachrichten, wo wir endgültig genug davon haben, kommt näher, aber was mensch stattdessen sagen könnte ist noch gefangen im Papierkorb.

POLEMIK ZUR PREISGESTALTUNG ALTERNATIVER DRUCKEREIEN

BIELEFELD 18. Juni *Der Drucker Hartmut macht sich Gedanken über Selbstausbeutung in linken/alternativen Druckereien:*

Zitat: „Die Linken sind doch viel zu blöd, um reich zu werden!" (gefallen im Streit um den Raubdruck des P. Schult Buches des Trikont-Verlags)
Dieses Zitat geht mir in der letzten Zeit nicht aus dem Kopf. Um es gleich klar zu stellen: mir liegt nichts an individuellem Reichtum. Nur, ich habe auch kein Interesse mehr, mit völlig veralteten Maschinen, die zudem ständig defekt sind, 40 Stunden die Woche für 600,– DM netto ohne Urlaubsgeld und ohne 13. Monatsgehalt und ohne Weihnachtsgeld und ohne und ohne und ohne in einem hoffnungslos unterkapitalisierten Betrieb mein Geld zu verdienen.

Ja, aber – ich bin doch mein eigener Mensch, stressfrei, angstfrei, nicht ausgebeutet! Und überhaupt, die Mehrzahl der Bevölkerung .... Scheiße! Für mich ist die Unterkapitalisierung der meisten linken Druckereien (solche wie Druckladen, Oktoberdruck, SOAK seien hier ausgenommen und sind wohl auch die Ausnahme) wo 3000 DIN A5 Broschüren auf einer uralten Rotaprint A4 „gedruckt" und per Hand weiterverarbeitet werden – nichts anderes als Ausbeutung. Genauer: Selbstausbeutung (und partiell auch Ausbeutung von Genossen durch Genossen – doch dazu später mehr).



Wer jemals derart stumpfsinnige Arbeit gemacht hat, fährt lieber halbtags LKW, das bringt auch 600,– DM und mensch hat weitgehend seine Ruhe. Ja, und dann müssen die Dinger mindestens den Qualitätsstandard einer bürgerlichen Großoffsetdruckerei haben und dürfen aber nur 1/2 so teuer sein. Was unsere Kunden dabei nicht berücksichtigen: Bei einem veralteten Maschinenpark und einem relativ hohen Anteil unproduktiver Handarbeit ginge der Preis bei Berechnung der real benö-

tigten Zeit so in die Höhe, daß auch nur Preisgleichheit mit bürgerlichen Druckereien oft nicht gegeben wäre, vielfach lägen wir drüber! Also kalkulieren linke Druckereien oft mit fiktiven Zeiten, die letztlich zu einem Minus führen, da bei den geringen Monatsumsätzen keine Spielräume mehr bleiben. Ich habe hier mal einen Umsatz von 13.000 – 15.000 DM monatlich angenommen. Resultat: a) „Kennst du noch nen Tüp, der 10000 DM an ne alternative Druckerei verleiht, zinslos?" – „Ne, du?!" b) „Der Schnelldruck ist aber besser als ihr, und auch nur 3,– DM teurer!" – „Klar!"

Ein Problem liegt hier sicherlich in dem zu geringen Anfangskapital, mit mehr als 20.000 DM gehts oft nicht los, meist sogar mit erhbeblich weniger. Nur – eine einigermaßen vernüftige DIN A3 Offsetmaschine kostet rund 10.000 DM, und will mensch nicht nur sein Leben lang Broschüren der Provinzinitiativen drucken und davon träumen, eines Tages an der A1 bei Oktoberdruck in Berlin zu arbeiten, brauchts eine Ausrüstung von mindestens 30.000 DM. Was eher zu niedrig gegriffen ist. Bürgerliche Druckereien holen die fehlenden 30.000 innerhalb von 2 Jahren durch ihre sicherlich überhöhten Preise rein – linke Druckereien stellen Spendendosen auf oder gehen bei Hochschuldozenten sammeln – und sind gleichzeitig stolz darauf, z.T. 100% billiger als der billigste Dumping-Schnelldruck der Stadt zu sein.

Nur – die Auslieferung der Druckerzeugnisse erfolgt mit der privaten Schrottente, die fast zusammenbricht, die Frühstücksbrötchen werden vom eignen Taschengeld bezahlt (von einer warmen Mahlzeit wollen wir hier erst gar nicht reden) und für den Urlaub muß Mamma was rausrücken und Geburtstagsgeschenke sind ja – Marx und Bakunin sei dank – abgeschafft.

Und gibt es in einer linken Druckerei vorbildliche Umweltschutzmaßnahmen?! Ich meine hier nicht nur drucken auf Umweltschutzpapier, ich meine Wasserabscheider, Filter für die Chemikalien, eine Umwälzanlage mit Naßfiltern für Siebdruck, ausreichend helle Beleuchtung der Arbeitsplätze und der Reprographie, Recycling aller Abfälle, Putzlappen aus der Putzlappenwäscherei, Lärmschutz an den Falzmaschinen und und und? Meines Wissens, nein, die Belastung der Umwelt und der Menschen ist genauso hoch, wie bei bürgerlichen Druckereien. Wie alternativ! Und warum? Kein Geld, denn – nur die mindesten Bedingungen des Umweltschutzes erfüllen, hieße so 20.000 – 30.000 DM in etwas reinstecken, was kein Geld bringt und das mach mir mal eine/r vor.

Zusätzlich erschwerend zur miesen Lage der meisten Druckereien kommt der Preiskrieg unter denselben. Wenn ich in den vielen Anzeigen die Druckpreise lese, wundere ich mich nur still – für welche Winzsummen da oft (angeblich) eine Broschüre gedruckt wird. Wenn ich nachrechne, liegen wir oft bis zu 50% darüber – und sind aber immer noch die billigsten in der Stadt! Ich kann mir solche Preise nicht anders als als Kundenköderung erklären, die vor allem von kleinen Provinzdruckereien angewendet wird, nach dem Motto: Wer einmal bei uns war, kommt auch das nächste mal, und das wird dann schon etwas teurer! Und ich finde das durchaus verständlich, die Konkurrenz ist groß! (Es sei hier auch erwähnt, daß in einer Großstadt, in der nach kollektivinternen Streitigkeiten eine 2. linke Druckerei entstanden ist, die erste, ökonomisch gut abgesichert, versucht hat, die neue unliebsame Konkurrenz per Dumpingpreise kaputtzumachen, es wurde z.T. unterm Materialpreis gedruckt.)

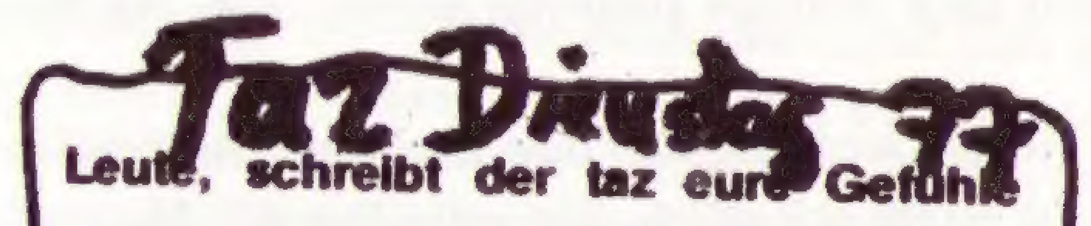
Von den bürgerlichen Druckereien gibt es eine Broschüre „Preiskalkulationen der Druckindustrie", bei den linken Druckereien ist die Zusammenarbeit wohl nur wie oben beschrieben, jeder kalkuliert halt so vor sich hin, die einen mit Brötchen, die anderen ohne. Es wäre wirklich mal ganz gut, wenn sich auch auf diesem sicherlich nicht gerade erfreulichen Sektor eine intensive Diskussion ergeben würde, in die auch unsere Kunden, ja zumeist Linke u.ä., mit einbezogen werden sollten, vielleicht sind dann die täglichen Rechtfertigungen unserer Rechnungsbeträge nicht mehr notwendig.

„Ich geh nächstes mal zum Schnelldruck, der ist besser und schneller. Und auf die 3,– DM mehr kommts mir auch nicht an!" „Eben, mir auch nicht!"

Hartmut

seit 4 Jahren Kelleroffset, seit einem 1/2 Jahr Mitarbeiter in einer mittleren Provinzdruckerei (mtl. ca. 13.000 DM Umsatz).

Kontakt: Hartmut Ciesla, Postfach 1745, 4800 Bielefeld 1.



Leute, schreibt der taz eure Gefühle

Gespräche zwischen Leuten wie wir drehen sich zu einem guten Teil um Beziehungen. Beziehungen neu, Beziehungen alt, Beziehungen weich, abgebrochen, Dreierbeziehung etc. Wir sind verunsichert, der Zweierbeziehungsknast bringt es nicht, das rumflippen macht bei der Oberflächlichkeit nicht glücklich und bei den sog. Dreierbeziehungen bringt uns manchmal die Eifersucht fast um. Die TAZ sucht unter ihren Lesern eine glückliche Dreierbeziehung und andere Beziehungen, wo offen und ehrlich eine neue Art des Zusammenlebens praktiziert wird. Vielleicht geht das ein bißchen in die Richtung des Films 'Pourqoi Pas'. Schreibt uns, wenn ihr euch zu den Glücklichen gehörig fühlt, stellt kurz eure Beziehung dar, die Taz wird mit einigen ein Interviewmachen. Kennwort: Unmöglickeit? (Peter)

Hit me with your rythm stick, hit me, hit me.....

Interview mit einer taz-Initiative

VON DEN „KLEINEN" DARF DOCH AUCH ETWAS KOMMEN

ERLANGEN Juni 1979

Das folgende Gespräch zwischen Menschen, die in Erlangen die Stadtzeitung „Was lefft" machen (Isolde, Stefan und Peter) und taz-Initiativ'lern aus Nürnberg/Erlangen (Angelika und Walter) haben wir der Mai-Nummer von „Was lefft" entnommen.

Peter: Wir haben euch doch mal geschrieben, daß wir bereit wären, die hiesige Sportberichterstattung zu übernehmen jetzt sucht die Taz plötzlich einen Sportredakteur, wie sollen wir das verstehen?

Walter: Da wir noch sehr im Anfangsstadium stehen, können wir nicht wie die bürgerliche Presse auf jeden Brief antworten, Im übrigen halten wir Sport für nebensächlich und zu dem Zeitpunkt eures Briefes war eine Sportberichterstattung auch gar nicht intendiert.

Peter: Wer entscheidet, ob Sport eine Nebensache ist, oder nicht?

Walter: Wir, die Taz-Intitiative Nürnberg/Erlangen in Absprache mit den anderen Taz-Initiativen.

Peter: Irgendwie seid ihr aber doch ein obskurer Verein.

Angelika: Wir haben immer alle Termine auf Flugblättern, einmal auch in der Was Lefft abgedruckt, sodaß jeder, der kommen wollte, hinkommen konnte.

Peter: Außer, er will Sport ham.

Stefan: Ich meine, das interessiert doch die Leute hier viel mehr. Für jemand in der Provinz ist doch in der Taz fast nichts drin. Da bieten doch die lokalen Alternativzeitungen einfach mehr.

Angelika: Die wollen wir auch gar nicht ersetzen.

Peter Meint ihr nciht, daß damit gerade wieder das lähmende Syndrom des „Ich-kann-sowieso- nichts-machen" beim Leser in der Provinz einsetzt, so dieses Gefühl, ja in Berlin und in Frankfurt, da leffts, aber hier, da ist doch der Zapfen drin — ? Ist es nicht oft gerade in der Provinz, wo es noch eher möglich ist, etwas zu unternehmen, seine Interessen durchzusetzen? Beteiligt ihr euch mit dieser Zentralisierung und Großstadtfixierung nicht an dieser bürgerlichen Ruhigstellungsstrategie: Das, was irgendwelche Großen in den Metropolen machen, wird aufgeblasen bis zum geht-nicht-mehr und der kleine Mann in Forchheim steht mit offenem Mund vis-a-vis?

Angelika: Von den „Kleinen" dort darf doch auch etwas kommen.

Walter: Das ist mir bei euch schon immer unangenehm auf gefallen, daß ihr Erlangen als Nabel der Welt hinstellen wollt.

Isolde: Wir sind eben 'ne Stadtzeitung für Erlangen . . .

Walter: Aber ihr müßt doch zugeben, daß es für Aktivitäten, für das was so los ist, auch noch objektive Maßstäbe gibt und da ist halt in Berlin einwandfrei mehr los, als in Kleinkleckerlesheim. Deswegen gehen auch immer mehr Leute nach Berlin, vor allem Scene-Leute.

Peter: Was ich sag, die gleiche Weltstadtgeilheit.

Stefan: Genau dasselbe wie beim ID. Der ruft bei uns an wegen der Teststrecke in Wertheim, denkt wohl, Provinz ist gleich Provinz und ein Provinznest liegt beim andern, dabei ist Wertheim bald näher bei Frankfurt als bei Erlangen.

Angelika: So wie der ID wollen wir das ja auch nicht machen.

Peter: Nun stützt sich aber der ID auf die örtlichen Initiativen, Alternativzeitungen, erreicht also auch kleinere Orte und hat nicht die organisatorischen Schwierigkeiten wie ihr mit eurem eigenen Apparat. Das hat man ja bei der Bunkergeschichte gesehen, wo sogar die Frankfurter Rundschau jemanden geschickt hat, während ihr nicht in der Lage wart, zum Bürgerhearing überhaupt hinzugehen.

Angelika: Wir können nicht überall hin, das war für uns einfach nicht zu leisten. Im übrigen hatten wir zu diesem Zeitpunkt andere Probleme, vor allem personeller Art. Wir sind nur ca. 10 Leute und damit den ganzen Nürnberger und Erlanger Raum abzudecken, ist sehr schwierig.

Walter: Von daher kommt auch von uns im Augenblick noch sehr wenig.

Peter: Aber irgendwo ist es doch für den Einzelnen doch erheblich schwieriger, etwas reinzubekommen in die Taz, als in eine Alternativzeitung. Erst muß er sich mit euch und dann auch noch mit den Berlinern auseinandersetzen.

Walter: Falls wirklich mal was von der Berliner Redaktion öfter mal abgelehnt wird, kann dies auf dem regelmäßig stattfindenden überregionalen Treffen erörtert werden.

Angelika: Andererseits ist es aber auch klar, daß z. B. nicht wie im ID dauernd jeder aktuelle Prozeßbericht abgedruckt werden kann, das macht ja gerade den ID so unlesbar. Wir wollen eher die Zusammenhänge und die allgemeinen Hintergründe darstellen.

Peter: Gerade das könnte aber doch durchaus auch sagen wir mal monatlich geschehen, Gründe für eine tägliche Erscheinungsweise — außer den, daß die bürgerlichen Tageszeitungen täglich rauskommen, sehe ich eigentlich nicht.

Angelika: Bei den Prozeßberichten oder nimm mal Frauensachen ist es doch wichtig, daß eine kontinuierliche Berichterstattung erfolgt. Daß die Leute in ihrem Alltagsbereich angesprochen werden, in einer anderen Sprache angesprochen werden, als in den normalen Zeitungen. Damit man sieht, es geht auch anders, man kann auch anders darüber berichten, als das die bürgerlichen Zeitungen mit ihrer traditionell abgehobenen Sprache tun.

Stefan: Welche Leute eigentlich, wen seht ihr denn als Leser an?

Angelika: Leute, so im weiteren Umkreis nicht aus der Scene, halt auch so Leute, die die SZ und 'n Spiegel lesen, auch Lehrer, halt Leut, die keine Möglichkeiten haben, die bisher den Spiegel lesen mußten, die es sich net leisten konnen, jeden Tag in die Bücherkiste oder'n Saftladen zu gehen, halt die aufgeklärte liberale Öffentlichkeit.

Stefan: Hauptsächlich werden das doch Studenten sein, die Salonlinken, da läuft doch eh nichts ab.

Angelika: Du mußt halt sehen, wir machen die Zeitung auf der einen Seite für uns, aber auf der anderen Seite auch für eine liberale Öffentlichkeit.

Walter: Aber gerade da siehst du doch, daß internationale Themen die Leute zu Aktionen bringen. So wie 68 mit dem Vietnamkrieg, da war es auch ein Problem, das ganz weit weg lag und trotzdem hier Aktionen gerade der Studenten hervorrief. Die Idee zu einer linken Tageszeitung ist ja auch schon damals entstanden.

Peter: Ist aber nicht verwirklicht worden, von der Frankfurter Rundschau muß man ja absehen, und das offensichtlich nicht ohne Grund, wenn man eure organisatorischen Schwierigkeiten jetzt sieht. Eigentlich war es ja dann die ganze Schleyer-Geschichte, mit der Gleichschaltung innerhalb der bürgerlichen Medien, die dann den Anstoß zu diesen Projekt doch noch abgab, nur tritt das Ganze im Augenblick doch erheblich kürzer als es die Alternativpresse inzwischen tut.

Walter: Gerade aber solche bundesweiten Sachen fallen da doch raus, das ist gerade ein wichtiger Grund für die TAZ mit.

Stefan: Aber international könnt ihr doch auch nichts anderes bringen , oder habt ihr einen Korrespondenten unten, der euch etwas anderes übermittelt als beispielsweise DPA oder die Agentur Reuter.

Angelika: Wir haben einen Haufen Gruppen, die sich mit thematischen Schwerpunkten beschäftigen, der Walter, die Renate und die Ursel z. B. sind in „soziale Versorgung", ich bin nicht in der Gruppe „Vietnam" und weiß darüber nichts, dafür war ich bei der Südafrikagruppe, und da haben wir auch gute Kontakte zur ISSA, auch haben wir jemand unten. Diese Gruppen haben den Vorteil, daß sie sich intensiver mit bestimmten Sachen beschäftigen, der Walter ist also in der Gruppe „Soziale Versorgung" und studiert auch sowas nämlich Psychologie, und weiß also wovon er schreibt.

Isolde: Vielleicht sollten wir jetzt doch mal praktisch-konstruktiv werden.

Walter: Ja, das meine ich auch. Wichtig ist, daß jetzt, wo die Taz erscheint, eine sinnvolle Zusammenarbeit passiert.

Peter: Deswegen unterhalt mer uns ja auch hier. Andererseits wollen wir auch nicht überall dieses „fanatische Projekt" unterstützen und dabei bloß selber eine draufkriegen.

Walter: Aber wir betreffen die Alternativzeitungen doch gar nicht. Die Taz wurde ja sogar auf dem 5. Treffen der Alternativpresse angeregt.

Peter: Die was lefft vielleich nicht, aber eine Zeitung wie die „Radikal" in Berlin kann doch dicht machen, wenn die Taz auch noch mit Berliner Lokalbeilage erscheint.

Angelika: Na ja, die „Radikal" betrifft das natürlich schon.

Peter: Eigentlich wollt ich aber auf was anderes raus: z. B. der Saftladen verdient praktisch an der Taz überhaupt nichts, hat eigentlich nur Troubles, dauernd Briefverkehr Remittendenrücksendungen und dann auch noch schlechte Belieferung, meistens kommen die Nullnummern erst einen Tag später. Irgendwo trägt halt die Taz ihr fanatisches Projekt auch auf den Köpfen solcher Leute aus, und wenn denen dann der Kragen platzt, weil sie z. B. von den tägliche Nummern nix kriegen, während bürgerliche Unternehmen wie der Montanus und die Hauptbahnhofskioske korrekt beliefert werden, so ist das doch kein Wunder.

Walter: Mit dem Laden-Vertrieb haben wir eigentlich nichts zu tun, aber wenn solche Sachen passieren, muß das natürlich auf dem nächsten nationalen Treffen erörtert werden.

Peter: Aber wir sollten jetzt doch die ganze Obskurität etwas aufheben.

Isolde: Ja, gebt halt mal eure Adressen und Telefonnummern an, damit die Leute wissen, wo sie sich hinwenden sollen.

Stefan: Wenn wir jetzt zum Fall Manfred Müller was schreiben wollen...

Walter: Da wendet ihr euch erst mal an uns, wir treffen uns jeden Donnerstag im Stadtteilladen in der Reichstraße, unser Kontakt läuft über die Bücherkiste.

Peter: Irgendwie sollte euch aber halt doch auch schon aufgefallen sein, daß hier in Erlangen viele Leute ihr Auto inzwischen gegen ein Fahrrad eingetauscht haben und keinen Bock drauf haben, damit nach Nürnberg zu radeln.

Walter: Die TAZ-Gruppe ist halt erst mal eine Nürnberger Angelegenheit, aber man kann uns ja auch hier anrufen (64356).

Angelika: Wenn einer Probleme hat, kann er uns ja auch hier besuchen im Kastanienweg 45, der kann dann auch einen Kaffee mit uns trinken und dann seh'n wir weiter.

PROZESS GEGEN „RUSSELL-BUCH 5" BEENDET

HAMBURG
Juni '79

Nach 18 Verhandlungstagen bei einer Prozeßdauer von insgesamt 5 Monaten wurde der Zensurprozeß gegen den Verlag J. Reents wegen Herausgabe des „Russell-Buch 5" am 11. Juni 1979 beendet.

Das Bundeskriminalamt wollte das Buch aus dem Verkehr ziehen und den Herausgeber Jürgen Reents wegen „Staatsverunglimpfung' verurteilen lassen, weil in dem Buch Parallelen zwischen dem „Sicherheitsapparat" in der BRD und dem des Nazi-Regimes aufgezeigt und die Konturen des Entstehens einer neuen ‚GeStaPo" in der BRD mit Dokumenten belegt und beschrieben werden. Das Amtsgericht Hamburg erkannte in seinem Urteil jedoch an, daß diesem Buch die Motivation zugrunde liegt, vor einer besorgniserregenden Entwicklung in der BRD zu warnen, und daß die Meinungsfreiheit und die Freiheit der politischen Kritik höhere Rechtsgüter sind als der „Ehrenschutz des Staates".

Gleichfalls freigesprochen wurde von der Anklage der „Beleidigung" der Hamburger Polizei, weil die Erschießung des Bankräubers Gonzales durch den MEK-Beamten Rainer Fasig am 18.4.74 in Hamburg als ‚öffentliche Exekution" bezeichnet wird. Wesentlich für das Gericht war hier die Zeugenaussage des Bankangestellten L., daß er als Geisel die Polizei telefonisch ‚flehentlich gebeten" hatte, nicht zu schießen. Das Gericht stellte dazu fest, daß hier folglich weder eine Notwehr- noch eine Nothilfe-Situation vorgelegen hat, und die Erschießung des Bankräubers Gonzales ein Vorgriff auf die „Regelung' des gezielten Todesschusses sei, die auch heute noch nicht gesetzlich verabschiedet, sondern höchst umstritten ist. Die Kritik an dieser Erschießung und ihre Bezeichnung als ‚öffentliche Exekution" seien keine „Beleidigung", sondern es würden damit berechtigte Interessen (der kritischen Berichterstattung und öffentlichen Diskussion) wahrgenommen.

Jürgen Reents als Herausgeber des ‚Russell-Buch 5' wird darum noch in dieser Woche die Staatsanwaltschaft formell auffordern, die Ermittlungen gegen den Todesschützen und MEK-Beamten Rainer Fasig aufzunehmen. Diese Ermittlungen sind, wie erst im Verlauf dieses Prozesses — 5 Jahre nach dem Vorfall — bekannt wurde, und obwohl zwingend vorgeschrieben, nie aufgenommen worden.

Verurteilt wurde der Verlag J. Reents jedoch wegen ‚Beleidigung" des CSU-Vorsitzenden und bayrischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß zu einer Geldstrafe von 1.380 DM (60 Tagessätze a 23 DM). Als ‚Beleidigung' wertete das Gericht, daß der Name von Strauß mit ‚SS' statt mit ‚ß' geschrieben wurde — an drei Stellen des 240 Seiten starken Buches. Bei dem ‚Beleidigten' handelt es sich um eben jenen F.J. Strauß, der während des Nazi-Regimes als ‚weltanschaulicher Referent" des Nazi-Kraftfahrerkorps und als ‚Offizier für wehrgeistige Führung' in der Hitler-Wehrmacht tätig war, und von dem die Zeitschrift „Der Freiwillige" im April 1959 folgendes Zitat veröffentlichte:

‚Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzt gewesenen Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen."

Kontakt: J. Reents-Verlag, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/ 43 53 46.

"PODIUM" BESCHLAGNAHMT

Augsburg
26. Juni

Am 21. Juni beschlagnahmte die Polizei die Augsburger Stadtzeitung "PODIUM". Die Podiums-Leute haben ein Flugblatt geschrieben und an die Alternativ-Zeitungen verschickt:

Am 21. Juni beschlagnahmte die dortige Kriminalpolizei auf Beschluß des Amtsgerichts Augsburg das PODIUM, die Stadtzeitung für Augsburg. Die Wohnräume des presserechtlichen Verantwortlichen Simon O. wurden ebenso durchsucht wie das PODIUM-Büro. Etwa die Hälfte der 24 Podium-Verkaufsstellen bekamen von der Polizei Besuch, wobei jeweils die noch nicht verkaufte Restauflage der Juni-Nummer beschlagnahmt wurde. Bei einer Studentenkneipe ließ die Polizei sogar die PODIUM-Kasse mitgehen.

Und warum der ganze Zirkus?

Auf der Seite 2 der Nr. 25 des PODIUMs stand der Rundbrief des Münchener "Blatts" an die befreundete Presse. Die Durchsuchung von Wohnungen sowie der Blatt-Redaktion durch MP-bewaffnete Polizisten wurde geschildert, sowie gegen die NS-Vergangenheit und -Gegenwart von Prof. Dr. Carstens polemisiert. Das "Blatt" hatte einen offenen Brief von Heinz Jacobi (einem Münchener Schriftsteller) an Carstens abgedruckt und sich damit die Baschlagnahme-Aktion sowie ein Verfahren wegen dem sattsam bekannten Polit§§ 90 a eingehandelt.

In dem Artikel, weswegen nun das Augsburger PODIUM einkassiert wurde, stand folgendes Zitat aus dem Offenen Brieg aus dem beschlagnahmten "Blatt": Jacobi hält Carstens "wie alle Alt-Nazis in führenden Positionen geradezu für prädestiniert, diesen mörderischen Staat zu vertreten. Wenn dieses - angeblich verunglimpfbare - Gebilde aus Anmaßung, Dreck, sinnfreier Ordnung, Mord, Übermut der Ämter, Gewissenlosigkeit und Zynismus einen Repräsentanten verdient, dann doch Figuren wie Filbinger oder Sie, korrekte Erfüllungsgehilfen der Barbarei."

Der Richter meint nun, der Artikel wäre ein "inkriminierender Beitrag" und würde „verunglimpfende Äußerungen" enthalten.

Die neue Zeit mit den alten Nazis sieht also so aus:
Wer es wagt, über Zensur zu berichten, der wird selbst zensiert; wer sich über Beschlagnahmungen aufregt, der wird selbst beschlagnahmt!
Das ist die "zynische" und "übermütige" Beweisführung der „Ämter" für die Richtigkeit unserer Kritik und Befürchtung.

Was ist da nun zu tun?
Wer sich in Gefahr begibt, der kommt drin um! - Das ist klar, reicht aber nicht aus. Große Worte sind hier sicher fehl am Platz. Solches polizeistaatliche Vorgehen ist - in Augsburg zumindest - relativ neu. Das PODIUM sieht seiner Zukunft sowie der von uns allen, in diesem schönen, freien und rechtsstaatlichen Lande mit Sorge, Gelassenheit und Mut zum Weiterkämpfen entgegen.
Prost, Mahlzeit!

Und hier noch unser Konto, für Leute, die unbedingt spenden wollen, für die Prozeßkosten, versteht sich: Postscheckamt München, Nr. 1870 35 - 808 PODIUM

Kontakt: PODIUM, Stadtzeitung für Augsburg, Auf dem Rain 3 8900 Augsburg, Tel. 51 50 62

ICH FIEL AUS ALLEN WOLKEN ...

KIRCHDORF 19. Juni 79 *Kurt Roßgoderer vom Anti-Strauß-Komitee geriet in die Fänge der Justiz, weil er den "Demokratischen Informationsdienst" unter dem Arm trug:*

"Ich stand am 12. Juli 78 (dem Tag der Verabschiedung der neuen Polizeigesetze) um 18 Uhr am Max-Weber-Platz in München. Unter dem Arm trug ich zusammengerollt 20 Exemplare des Demokratischen Informationsdienstes Nr. 31, bekannterweise eine antifaschistische und demokratische Zeitung, herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee. Plötzlich tauchten mehrere Polizisten auf, sie nahmen mich unter dem Vorwand, ich hätte einen Informationsdienst betrieben, fest und beschlagnahmten drei Exemplare. Mein Führerschein, Kfz-Schein und eine positive Anfrage bei der Meldebehörde reichten ihnen zu meiner Identifizierung nicht aus. Ich wurde zuerst auf das Revier 11 gebracht und anschließend unter schärfster Bewachung dem Polizeipräsidium überstellt (mit drei Fahrzeugen). Nach 30 Minuten Aufenthalt im Haftraum wurde ich von Beamten des Kriminalkommissariats 143 für politische Strafsachen zum Verhör abgeholt. Sie beschuldigten mich des § 187a, Beleidigung eines Politikers, da in obiger Zeitung der Innenminister Seidl als Nazi-Sympathisant und als alter Nazi bezeichnet wird. Anschließend wurde ich erkennungsdienstlich behandelt. Mein Anwalt erreicht schließlich, daß ich um 22.30 Uhr entlassen werde.

Als ich am nächsten Tag meine Wohnung betrete, stelle ich fest, daß sie durchsucht worden ist. Aus einem zurückgelassenen Sicherstellungsverzeichnis ersehe ich, daß sie weitere Druckschriften des Anti-Strauß-Komitees beschlagnahmten: 4 x



"Dokumentation Strauß in Chile" und 7 x die letzte Sondernummer.
Am nächsten Tag erhalte ich dann nochmals Besuch in der Schule von zwei Beamten vom Verbrechensbekämpfungsdezernat. Sie verdächtigen mich eines Raubüberfalls, da bei der Wohnungsdurchsuchung ein "Zufallsfund" ans Tageslicht gekommen war: Ein Plastikbeutel mit folgendem Inhalt: Eine Damenstrumpfhose originalverpackt, ein Paar Skihandschuhe, eine Sonnenbrille,ein kleines Besteckmesser und 10 Papiertaschentücher. Und da ich einen Geldbetrag von ca. 5000 DM zuhause hatte, war wohl das naheliegendste ein Raubüberfall, oder zumindest ein geplanter, da die Strumpfhose, die Taschentücher und das Messer noch unbenützt waren. Erst nach 45 Minuten konnte ich ihnen glaubhaft versichern (hoffentlich!), daß ich die gefährlichen Werkzeuge nicht mißbraucht habe und kein Bankräuber bin.
Im Mai 79 teilte dann das Gericht auf Anfragen meines Anwalts mit, daß das Verfahren gegen mich mangels Strafantrag vom angeblich Beliedigten eingestellt worden ist. Ich fiel deshalb aus allen Wolken, als ich aus dem neuen "Verfassungsschutzbericht" erfuhr, ich sei ein Funktionär des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (AB). Dazu kann ich nur erklären, daß dies eine absichtliche und unverschämte Verbreitung einer unwahren und unhaltbaren Tatsache ist und ich mich dagegen mit allen rechtlichen Mitteln zu Wehr setzen werde.
Ich erkläre weiter, daß ich gegen Strauß und seine Politik bin, und deshalb die Arbeit vom Anti-Strauß-Komitee begrüße und unterstütze, insbesondere die antifaschistische und demokratische Zeitschrift des ASK, den „Demokratischen Informationsdienst". Ich protestiere auf das schärfste gegen die unrechtsstaatlichen Mittel, die der "Verfassungsschutz" anwendet, um aktive Demokraten zum Schweigen zu bringen und deren berufliche Existenz zu ruinieren, indem er Lügen verbreitet und Strauß-Gegener sofort als Kommunisten abstempelt, mit der Absicht, diesen Personen und Organisationen die "politische Legitimität" (die laut Grundgesetz und Verfassung auch Kommunisten - im Gegensatz zu Neofaschisten — haben) zu entziehen, sie zu isolieren, zu spalten und andere Organisationen, die deren Arbeit unterstützen, einzuschüchtern ..."

Kontakt: Kurt Roßgoderer, Schusterbauernstr. 19, 8251 Kirchdorf



Dieses Transparent wurde am 25. Juni spätnachmittags in der Heidelberger Innenstadt aufgehängt. Auch in Freiburg gab es eine ähnliche Aktion.

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

Die Gefangenen haben ihren Hungerstreik unterbrochen, obwohl ihre Haftbedingungen unverändert sind. Unterstützt den Kampf um bessere Haftbedingungen mit euerer Unterschrift. Den untenstehenden Text haben innerhalb von zwei Tagen 230 Personen und Gruppen unterzeichnet, unter ihnen Sartre, Drewitz, Carola Bloch, Fried, Flechtheim, Sperr und Biermann.
Schickt eure Unterschrift zu dem folgenden Text bitte an den ID in Ffm.

Berlin, 22.6 79

Wir wollen nicht, daß Irmgard Möller stirbt. Daß keine andere Gefangenene und kein Gefan gener stirbt. Gefangene in mehreren Bundesländern sind seit neun Wochen im Hungerstreik, einige haben einen Durststreik begonnen. Die Gefange nen kämpfen um Haftbedingungen, die ihren Kopf und ihren Körper nicht zerstören. Sie kämpfen für die Aufhebung der Isolation.

Irmgard Möller ist lebensgefährlich erkrankt. Wir fordern die sofortige Haftentlassung von Irm gard Möller, weil nur so ihr Leben gerettet werden kann. Wir fordern für alle Gefangenen Haftbedin gungen, die ein Überleben möglich machen.

HUNGERSTREIKS

Resolution der Unifrauen aus Münster

Die Unifrauengruppe Münster hat eine Resolution an die Bundesregierung, Ministerien, Rotes Kreuz und Haftanstalten verschickt, in der für die über 70 hungerstreikenden Gefangenen Haftbedingungen gefordert werden, "die die Identität und die Integrität der Gefangenen garantieren, die ein Überleben als Mensch ermöglichen." Die Gruppe unterstützt die Forderungen der Gefangenen. Unterzeichner sind:

Esther Dayan-Ulivelli (Dozentin Berlin), Prof. Christian Sigrist (Münster), Sarah Schumann (Malerin Berlin), Elfriede Irrall (Schauspielerin Berlin), Merve Lowien (Publizistin), Axel Franke, H.-O. Schenring, Dr. Lucy Roser (Psychologin Hamburg), Frederike Frei (Schausp., Schriftst., Hamburg), Karina Belzer (Trier), Christa Ritz, Grote Berszinn, Karin Koltermann, Zita Meull, Verena Kobusch, Beate Ohlmann (alle Trier); Christina Pfingste, Sarah Scherer, Gertrud Haanen, Helma Dzial, Elvira Hermse, Andrea Rinn, Renate Schmidt (alle Marburg), Wolf Lange (Rechtsanwalt Münster), Ulrich Thieme (Rechtsanwalt Berlin), Wolfgang Diem (Rechtsanwalt Berlin), Wolfgang Schmidt (Rechtsanwalt Dortmund), Gisela Frederking (Rechtsanwältin Essen), Der Andere Buchladen (Köln), Der Andere Buchladen (Wuppertal), Babula (Aachen), Karl-Marx-Buchhandlung (Frankfurt), Rosta (Münster), Buchladen Rote Straße (Göttingen), Frauenbuchladen (Münster), Buchladen Kollektiv Roter Stern (Marburg), Sozialistisches Büro (Köln), Sympathisantengruppe des KB (Münster), Unifrauengruppe (Münster), Duogynon-Gruppe (Münster), Antifaschistischer Arbeitskreis (Paderborn), Antifa-Arbeitskreis (Münster), Antif-Arbeitskreis (Lippstadt), Selbstorganisation Zivildienstleistender (Münster), Gorleben-Gruppe des Arbeitskreises Umwelt (Münster), BI Umweltschutz Lippstadt e.V., Bürger gegen Kernkraftwerke (Lippstadt), Knastgruppe des Neu-Isenburger Frauenzentrums (Frankfurt), Plenum vom Bielefelder Frauenzentrum vom 18.6.79, Institutsgruppe Geschichte (Münster).

Kontakt: Unifrauengruppe, c/o Burgel Geier, Breul 33, 4400 Münster

GEW-Mitgleider solidarisieren sich

Auf der Vertreterversammlung der Landesvertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Berlin-Neukölln wurde ein Papier verteilt und als Antrag eingebracht. 150 Mitglieder waren anwesend, 144 dafür, eine Gegenstimme und fünf Enthaltungen. In dem Papier heißt es:

Liebe Gewerkschaftskollegen,

Ihr wißt sicher, daß Gefangene in Berlin und der Bundesrepublik im Hungerstreik sind. Zur Zeit sind es ca. 70 Gefangene (sogenannte "Terroristen" und sogenannte "Normale"), die sich mit dem einzigen Mittel, das ihnen geblieben ist, gegen die Haftbedingungen wehren. Sie wehren sich gegen die Sonderbehandlung, die sich zeigt an: totaler Isolierung von anderen Gefangenen, Trennscheibe, ständiger Überwachung, Kontaktsperre, Beschlagnahme von Post und Literatur. In Berlin sind zwei neue Hochsicherheitstrakte im Bau. Ab 1982 können 87 Menschen darin total isoliert werden (Kosten für dieses Projekt: 18,3 Mio DM). Es ist auch für Justizsenator Meyer fraglich, ob "alle Sicherheitszellen überhaupt benötigt werden" (FR v. 9.6.79). Allein, wenn man die tödlich Festnahme Elisabeth van Dycks (Rückenschuß) und an den Kopfschuß von Rolf Heißler denkt, mag er wohl recht haben. Gewerkschafter, Teil der demokratischen Öffentlichkeit, müssen sich dazu äußern.

Wir bitten euch folgenden Beschluß zu fassen:

"Wir beobachten die Praktizierung des Strafvollzugs. Soweit sie an die Öffentlichkeit dringt, erfüllt sie uns immer mehr mit Besorgnis. Vor allem die lebensbedrohliche Sonderbehandlung ist für 70 Gefangen der Grund für einen Hungerstreik. Wir wenden uns gegen:

1. die totale Isolierung der Gefangenen
2. die Trennscheibe
3. den Bau neuer Sicherheitstrakte

Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen nach:

1. Anwendung der UN-Menschenrechte (Verbot der Diskriminierrung, Recht auf Leben, Verbot der Folter, Gleichheit vor dem Gesetz, Unschuldsvermutung)
2. Zulassung von Ärzten des Vertrauens der Gefangenen
3. Zusammenlegung der Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen (entsprechend den Vorschlägen vom Gericht bestellter Gutachter)
4. Überwachung der Haftbedingungen durch eine internationale Kommission
5. Freilassung von G. Sonnenberg (haftunfähig wegen seiner schweren Kopfverletzung bei der Festnahme) und I. Möller, die schwer krank ist."

Schulgruppe der 9. SL

Kontakt: Ute Christmann, c/o Krause-Willenberg, Schenkendorfstr. 4, 1000 Berlin 61, Tel. 030/693 1129

Eine Berichtigung zum ID 284

Der Anwalt von Lutz Taufer, JVA Schwalmstadt, ist nicht Horst Korte, sondern Gernot Werschak, Kreuzstr. 8, Ludwigshafen. Außerdem wird er von Rechtsanwalt M. Wagner vertreten.

"Rainer" Frühauf heißt nicht Rainer, sondern Norbert.
Bernd Roesner sitzt nicht in Hannover, sondern noch immer in München-Straubing.

Norbert Frühauf und Lutz Taufer hatten sich dem Hungerstreik angeschlossen.

Hungerstreik in Frankreich

Aus Paris erhielten wir eine Presseerklärung von drei Gefangenen:

Heute, am 15.6.79, haben drei Gefangene des Fresnes-Gefängnisses und des Sante-Gefängnisses einen Hungerstreik begonnen.

Jetzt, wo gerade die Europa-Wahlen stattgefunden haben, kämpfen die Gefangenen gegen den Aufbau eines Europas unter der Führung der BRD. Gegen ein Europa der Gerichte, der Bullen, der Ökonomie, das sowohl gegen die Arbeiter gerichtet ist (z.B. Stahlindustrie) als auch gegen die gefangenen Kämpfer (z.B. Vernichtungshaft in den Gefängnissen in der BRD, KZs in Nord-Irland).

Es ist selbstverständlich, daß sich
FREDERICH ORIACH (5 Jahre, davon 1 auf Bewährung wegen illegalem Waffenbesitzes);
GERARD DERBESSE (18 Monate wegen illegalem Waffenbesitz, Urkundenfälschung und 1 Jahr von einem Militärgericht wegen Desertation);
MARIO PROTTI (5 Jahre wegen illegalem Waffenbesitz);
diese 3 kommunistischen Kämpfer heute dem kollektiven Hungerstreik von über 80 antiimperialistischen und anderen Gefangenen in der BRD und 4 Gefangenen in Österreich angeschlossen haben.

Die französischen Gefangenen fordern die Erfüllung der Forderungen der deutschen und österreichischen Gefangenen und haben noch eigene Forderungen.

Mit diesem Hungerstreik bestätigen die Gefangenen ihre totale Solidarität mit den anderen gefangenen Kämpfern gegen den Imperialismus überall in Europa.

Aktionen zum Hungerstreik

Am 20.6. wurde der Rasen im Niedersachsenstadion in Hannover mit der Parole "Gefangene im Hungerstreik gegen Vernichtungshaft" beschriftet.

In Berlin waren 'Autonome Zellen' bei Fensterscheiben einer Bank, eines Super-Marktes und eines Lokals tätig.

In Hamburg wurden Brandanschläge auf Polizeiautos ausgeübt.

Außerdem wurden in Freiburg zwei Frauen beim Parolensprühen verhaftet, kurz darauf aber wieder freigelassen.

DER HUNGERSTREIK IST UNTERBROCHEN

Jedenfalls vorerst. Die Gefangenen haben ihren Hunger- und Durststreik unterbrochen. Dies erfuhren wir über die Anwälte der Gefangenen.

Zur zeit führt Amnesty International Verhandlungen über die Haftbedingungen mit der Bundesregierung.

Außerdem führte eine Delegation, der Claude Bourdet, Georges Casalis und dieRechtsanwälte Soulier und Schmittlin angehören, ein Gespräch mit einem Vertreter der deutschen Botschaft in Paris. Die Delegation forderte eine Erleichterung der Haftbedingungen.

In einer kurzen Erklärung von Irmgard Möller heißt es, daß die Gefangenen die Ergebnisse der Verhandlungen von AI und der in Paris gebildeten Kommission abwarten wollen, ehe sie über die Fortsetzung des Hungerstreiks entscheiden.

F RAUENHUNGERSTREIK achtung achtungachtung

P.S.: Kulenkampff ist vom Justizministerium zum Kommissarischen Leiter des Preungesheimer Knastes ernannt worden (bis August 1979). Unbekannte haben in einer Kommandomeldung mitgeteilt, daß sie diesem Kulenkampff in der Nacht auf den 15. Juni in Darmstadt "sein Haus mit Farbbeuteln beworfen, seinen Garten mit Unkraut-Ex kaputtgemacht, Steine mit der Hungerstreikerklärung der gefangenen Frauen in die Fenster geworfen und Parolen gemalt" haben.

I GOT MIXED UP CONFUSION

26. Juni Bernd Moehle, der in Kassel gefangen ist, beschreibt in einem Brief an den ID, wie es ihm während des Hungerstreiks gegangen ist. Er hatte den Hungerstreik zusammen mit Frank-Dieter Zuth und Tofe Shaker begonnen:
„Wir waren uns einig, daß die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen auch unsere Forderungen waren. Und eigentlich jedem seine, der anfängt zu denken und Widerstand zu leisten.

„Am 1. Mai wollten wir uns zu dritt schon anschließen, doch von irgendwo kam ein Stop, das Abwarten hieß. Dann kam meine Verlegung nach Schwalmstadt, mit der keiner rechnete. Durch einen herbeigeführten Zufall konnte ich mit Tofe noch ausmachen, daß die erste Karte / Brief von ihm das Signal sein sollte. Kaum richtig in Schwalmstadt hieß es erneut pakken. Via Karte unterrichtete ich ihn davon. Am 14.5. erreichte mich abends ein Brief und laut diesem waren sie seit diesem Tag auch schon drin. Mußte die Forderung also schnell ändern, da die dpa-Frauen draußen waren (kriegte ich durchs Radio mit) und einige Zusatzforderungen von mir, Rückverlegung pp. fügte ich noch an. Ab 15.05 h war ich dabei und Kimpel bekamne Kopie der Erklärung. Tofe bekam auch Bescheid. Was ich jetzt nicht wußte war, ob ich auf der Butzbacher Erklärung überhaupt noch mit aufgeführt war. Einen unzensierten Infoaustausch über die Entfernung gab es auch nicht, falls es bei unseren geringen Möglichkeiten überhaupt möglich ist, und bring mal einer alles verständlich durch die Blume, wenn mann nur 4 Wochen jeden Tag ne Stunde quatschen kann und auch erst nen Vertrauen aufkommen muß.

Schickte also vorsichtshalber am 17.5. eine Abschrift der Hungerstreik-Erklärung an den ID und diese kam postwendend abends mit ner Anhalteverfügung zurück. Ich zitiere sinngemäß:„Der Brief ist an Personen gerichtet, die nicht Angehörige/Verwandte des Gefangenen sind und daher zu befürchten ist, daß der Briefkontakt einen schädlichen Einfluß auf den Gefangenen hat und seine Eingliederung behindert." Es folgte noch das Rechtsmittel hierzu.

Einen Tag später wurde mir die vorher erteilte Genehmigung für den ID und Pflasterstrand entzogen, da die Zeitungen angeblich nicht im Postverzeichnis enthalten sind. Ältere IDs holte mann mir aus der Zelle, da ich sie an andere Gefangene weitergeben könnte und sie damit beeinflußen kann. Beschwerde dagegen läuft. Als ich mehrfach Anstaltsleiter Kimpel vorgeführt wurde, sah ich nämlich, daß es noch ein oder zwei andere ID-Leser hier geben muß, doch wie soll mann die bei knapp 700 Leuten ausmachen, wo ich 23 Stunden pro Tag unter Verschluß bin? !

Es eskalierte alles und durch die Scheißverschleppungen der letzten Wochen war ich eh nicht gesundheitlich gut dran. Mein Kreislauf war am Rotieren und bei kleinen Übungen wie Armkreisen, Liegestützen, lief die Suppe und mir wurde schwarz vor Augen. Hatte innerlich ein feeling zwischen Euphorie und zu viel speed, verbunden mit wechselhaften Herzjagen und Atemnot. Kam nicht klar damit und baute mehrmals ab. Am 22.5. brach ich daher ab und unterrichtete Tofe davon. Dr. Schäfer, der mich behandelnde Arzt, ist übrigens genau so'n pig wie Degenhardt. Steht ihm in keiner Beziehung nach! Ein Verfahren läuft demnächst auch gegen ihn an.

Obwohl es mir so dreckig geht und er das auch weiß, bin ich auf Station C1 untergebracht. Im alten Sternbau hier bedeutet das Keller und nicht etwa Erdgeschoß. Das „Fenster" ist 90 cm lang und 70 cm hoch. Zwei Klappen lassen sich öffnen, damit etwas Frischluft reinkommt. Maße für diese Klappen sind: 30x30 cm, damit ich nicht rausfall oder jemand einbricht, sind Doppelgitter vor dem Loch. Die begehbare Fläche habe ich mal großzügig auf 3,7 qm geschätzt. Licht benötige ich von morgens 7 h bis es um 22h ausgeht.

Ich wurde an der Arbeitsstelle verhaftet, also mitten aus dem Berufsleben gerissen. Weil ich im Knast anfing zu denken und Widerstand zu leisten, hat die Justiz an der 2-jährigen Knastpraxis ein „Wunder" vollbracht, — sie machte mich zum Invaliden, in 24 Monaten!! Ständige Kopfschmerzen, Magenbeschwerden und Kreislaufstörungen, nächtliche Alpträume das mann in Schweiß gebadet erwacht. Die Zelle wird jeden Tag kleiner und mann bekommt bald Platzangst. Welche Niederträchtigkeit einer Justiz, die angeblich ein gesundes Gesellschaftssystem repräsentieren will!

Ich bin körperlich so fertig, daß ich kaum noch etwas Produktives machen kann. Die Decke fällt mir jeden Tag auf den Kopf. Ständige Schikanen der Anstaltsleitung — falls ich ein Anliegen hab, wird es abgelehnt — zeigen mir, daß ich überhaupt noch existiere.

Nachzutragen zu den ganzen Wirr-Warr wäre noch, daß mich am 25.5. ne ältere Bestellung vom Trikont-Verlag direkt hier erreichte und die Karin mir darin erklärte, daß sie meine hiesige Anschrift aus'm ID hat und unsere Forderungen korrekt findet. Ihr seht selbst, wie „gut" ich hier informiert bin. Blick bald selbst nicht mehr durch und sage nur noch eins:„Happy Nirvana!" Versteht das bitte nicht als Kritik, falls mann überhaupt von Fehlern sprechen kann oder Pannen, so sind sie hier zu suchen. Ebenfalls am Freitag erfuhr ich, daß meine Forderung wegen der Haftentlassung von Herbert Soffel überflüssig war, er hat inzwischen Haftverschonung erhalten. Tock, Tock, Tock!

So, hoffentlich steigt ihr jetzt durch und der Brief erreicht euch auch. Schickt den ID bitte weiter, bemühe mich drum und versuche so gut es geht am Ball zu bleiben. Muß mir über verschiedenes klar werden, wie's weitergehen soll und was es für Möglichkeiten gibt.
Machts besser!
Solidarität und Liebe, Ohnmacht und Verzweiflung!
Bernd

P.S.: I got mixed up confusion
Man, it's a-killin' me
Well, there's too many people
And they're too hard to please
Well, my head's full of questions
My temp'rature's rising fast
I'm lookin' for some answers
But I don't know who to aks
But I'm walkin' and wonderin'
And my poor feet don't ever stop
Seein' my reflection
I'm hung over, hung down, hung up!!!



AUTOKORSO FÜR ASTRID PROLL

Frankfurt 26. Juni — Astrid Proll ist seit Sonntag, dem 24. Juni wieder auf bundesdeutschem Boden, genauer: im Untersuchungsgefängnis Preungesheim in Frankfurt unter „ganz normalen" Haftbedingungen.

Das Frankfurter Frauenzentrum machte zu ihrer Begrüßung am Montag einen Autokorso zum Gefängnis hin. Etwa 30 Autos kurvten hupend und mit Transparenten geschmückt um den Block. Als Reaktion auf das Hupkonzert veranstalteten die Gefangenen einen Mordszirkus mit Rufen und Brüllen. Irgendwer schmiß mit Flaschen auf die Autos und — wer wohl — fotografierte die Autokennzeichen.

Wer an Astrid Proll schreiben oder sie besuchen will:

Über: Vorsitzende der 22. Strafkammer, Frau Johanna Dierks, Gerichtsstr. 2, 6 Frankfurt 1, Tel: 0611 / 1367/8117

Frauen-Pressegruppe zu Astrid Proll: Frauenzentrum, Stresemannstr. 40, 1 Berlin 61

Spendenkonto: Krista Schnorrenberg, Postscheckamt Berlin West, Nr.: 6 23 14 - 103

FATAL UND TÖDLICH

GÖTTINGEN 19. Juni — *Verschiedene ASten haben eine Presseerklärung veröffentlicht, in der sie gegen die "Beinaheerschießung" von Rolf Heißler protestieren. Sie schließen sich darin außerdem einer Erklärung zahlreicher Schriftsteller zum Tode von Elisabeth van Dyck an:*

„Mit tiefer Betroffenheit und Empörung haben wir die Beinahe-Erschießung Rolf Heißlers vernommen. Die Tatsache, daß Rolf Heißler noch lebt, muß von der Warte der polizeilichen Sonderkommandos aus gesehen eher als Unfall denn als glückliche Fügung erscheinen. Die Praxis der „Anti-Terror-Fahnder" war in der letzten Zeit jedenfalls nicht darauf ausgerichtet, „Gefangene zu machen".

Unter ähnlichen Umständen wie jetzt Rolf Heißler wurde auch Elisabeth van Dyck am 4. Mai von Polizeikugeln niedergestreckt, von denen eine tödlich war. Der Nürnberger Polizeipräsident bezeichnete dies in grenzenlosem Zynismus als „Bombenerfolg". Bis heute sind die Verantwortlichen die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, warum trotz tagelanger Observation der Wohnung, des Einsatzes einer Hundertschaft und entsprechender Sonderkommandos der Polizei die Erschießung der beim Betreten ihrer Wohnung ahnungslosen Elisabeth van Dyck die einzige Möglichkeit gewesen sein soll, sie zu „stellen". Der stereotype Hinweis auf eine angebliche „Notwehrsituation" wirkt höchst unglaubwürdig. Fast genauso verhielt es sich bei der sogenannten Festnahme Rolf Heißlers. Wir wissen, daß die Beamten des Sonderkommandos eine Spezialausbildung vor allem auch im Gebrauch der Schußwaffe erhalten. Der Schuß in den Kopf Rolf Heisslers war daher kein Versuch, ihn „kampfunfähig" zu machen, sondern läßt eine klare Tötungsabsicht der Polizisten erkennen.

Indirekt wird dieser Vorsatz vom Nürnberger Polizeipräsidenten Kraus bestätigt: „Beamte mit einem solchen Auftrag (welchem denn?) haben die Wahl zwischen dem waffenlosen Kampf oder der Möglichkeit, ihre Waffe in der Hand zu halten (!). (...) Entschließt mann sich aber, die Waffe in der Hand zu halten, (...) *dann hat man sich eigentlich schon gegen den waffenlosen Einsatz entschieden.*" — und damit den Tod eines weiteren mutmaß-

lichen „Terroristen" beschlossen, zumindest aber mit höchster Wahrscheinlichkeit einkalkuliert — müßte mensch da hinzufügen. „Eine fatale Logik", meinte dazu selbst der SPIEGEL-Interviewer — in der Tat: fatal und tödlich. — (SPIEGEL vom 28.5.)"

AStA Uni Göttingen, AStA Uni Hannover, AStA Uni Osnabrück, AStA Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel, AStA Fachhochschule Hannover Elektrotechnik und Maschinenbau, AStA Evangelisch Fachhochschule Hannover, AStA Katholische Fachhochschule Norddeutschland Abteilung Osnabrück.

Kontakt: Allgemeiner Studentenausschuß der Georg-August-Universität, Nikolausberger Weg 9, ruf 39 45 64 - 72, 3400 Göttingen.

ZUR SITUATION VON FRANK UND LISA

LÜBECK
20. Mai 1979

Am 3. März wurden in Lübeck zwei Mitglieder der dortigen Knastgruppe verhaftet. Beiden wird vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Zu den Haftbedingungen in Lübeck schreibt die Knastgruppe in einer Presseerklärung:

„... Zunächst wurden gegen die Mitglieder der Knastgruppe, z.B. gegen Frank Riefenstahl, Besuchs- und Schreibverbote für den Lauerhofer-Knast verhängt.

- im Oktober 77 wurden gegen Frank und 2 weitere Leute § 129a-Verfahren eingeleitet
- dann die Verhaftung von Frank nach Schleyer wegen Parolensprühens
- dann Verfahren und Hausdurchsuchungen wegen einer Dokumentation zu den Zuständen im Lauerhof-Knast
- Als nächstes der Versuch nen Typ vom Verfassungsschutz (VS) in die Gruppe einzuschleusen
- oder auch der Artikel in der FAZ vom 31.10.78 „Die Akten im Fall Traube oder das ‚Loch' im Bund für Verfassungsschutz", der sich allgemein gegen Knastgruppenarbeit und speziell gegen die KG-Lübeck, Antifagruppe und Schwarze Hilfe Hamburg sowie ne Berliner Gruppe richtete. Darin sollten Knastgruppen als potentielles Rekrutierungsfeld für Terroristen verkauft werden
- bis hin zu den Verhaftungen von Frank und Lisa am 3.3.79, die Internierungen sind.

Beiden wird vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben mit dem Ziel Sprengstoffanschläge zu verüben. Da zu so einer Vereinigung bekanntlich mindestens 3 Leute gehören, brauchten die Bullen noch einen „dummen" Dritten. Deshalb wurde Franks Freund Jörn noch einen Tag später am 4.3. verhaftet. Jörn wurde dann auch am 29.3. mit folgenden Auflagen eine Haftunterbrechung bewilligt:

- DM 25.000,– Kaution
- 3x wöchentlich melden bei den Bullen
- kein Kontakt zu einer Reihe von Leuten
- will er Lübeck länger als 1 Tag verlassen, muß er sich bei den Bullen abmelden...

Seit Ihrer Verhaftung sind Lisa und Frank, bis auf zeitweise Unterbrechungen, in Einzelhaft. Frank hat lediglich 1 Stunde gemeinsamen Hofgang. Lisa ist nach dem sogenannten Aufstand in Totalisolation. Als Aufstand wird von der Anstaltsleitung die Tatsache bezeichnet, daß 5 soziale Gefangene sich für bessere Haftbedingungen in Bezug auf Lisa eingesetzt haben. Sie empfanden es als ungerecht, daß Lisa anderen Bedingungen (Lochblech vorm Fenster, Besuch nur mit Trennscheibe, keine Privatkleidung) unterliegt als sie selbst, obwohl Lisa auch U-Häftling ist. Nach einer Zellenrazzia bei den genannten Frauen, zertrümmerten diese ihre Fensterscheiben, Lisa machte ihr Mobiliar zu Kleinholz. Daraufhin kamen die Frauen zur Arreststrafe in den Keller (was kein Einkauf, keine Gemeinschaftsveranstaltung bedeutet). Lisa wurde für 24 Stunden in den sogenannten Bunker geworfen. Das ist ein total kahler Raum, ohne Möbel, der Betonfußboden hat für ne dünne Schaumstoffmatratze eine kleine Erhöhung. Lisa bekam 3 Decken und 1 Hemd zur Bekleidung mit, außerdem wurde sie pausenlos beobachtet.

Auch Frank unterliegt ähnlichem Terror. Das reicht von der Androhung eines Rollkommandos um sein Che-Poster zu entfernen bis zum Tabak-, Tee- und Kaffee-Entzug, aufgrund ner ihm nie mitgeteilten ärztlichen Anordnung. Und das 3 Tage vor seinem Hungerstreik. Die letzte Schweinerei ist die Postbeschränkung auf 5 (!!!) Briefe a 2 Seiten pro Woche, um die Isolation noch perfekter zu machen.

Kontakt: Knastgruppe Lübeck, c/o Brigitte Peukert, Beckergrube 78, 2400 Lübeck.

„KLAUS CROISSANT UNBEKANNT"

ST. ZACHARIE
22. Juni

Die französische Zeitung „guele ouverte" schlug im Mai ihren Lesern vor, ein verspätetes Grburtstagstelegramm an Klaus Croissant zu senden. In der Ausgabe vom 6. Juni fand sich daraufhin folgender Leserbrief:

„Ich habe die Ehre, Ihnen mitteilen zu können, daß mein Telegramm Nr. 5 vom 30.5.79 an die Adresse von Klaus Croissant, Aspergstr. 60, Stuttgart 40, aus folgendem Grunde nicht ausgeliefert wurde: ‚Empfänger unbekannt.'

Klaus Croissant ist in der BRD unbekannt! So habe ich heute morgen erfahren, und ich bin wahrscheinlich nicht die einzige. Er ist jetzt endgültig isoliert. Hoffen wir, daß unsere gemeinsamen Anstrengungen dieser Schande ein Ende machen."

DAS LEBEN IM GEFÄNGNIS

Frankfurt
20. Juni

Am 2. Juni 1976 erschoß der zu lebenslänglicher Haft verurteilte Gefangene Günter Hanisch im Gefängnis Butzbach den Direktor des Gefängnisses, Künkeler, mit einem selbstgebauten Schußapparat. Kurz darauf erschoß sich der Oberverwalter desselben Gefängnisses mit seiner Dienstpistole. Gegen Hanisch findet zur Zeit ein Prozeß vor einer Schwurgerichtskammer beim Landgericht in Gießen statt. Der folgende Bericht befaßt sich mit dem Gefängnis Butzbach (Buba I). Er ist ein Versuch, einen uns fremden Kontinent zu beschreiben, der zugleich innerster Bezirk unserer Gesellschaft ist, das Leben im Gefängnis. Dabei müssen übliche journalistische Mittel der Beschreibung versagen. Der Bericht ist ein Erlebnisbericht.

Buba I

Der Präsident war sehr unscheinbar: klein, dick, mit einem charakterlosen faltigen Gesicht, das aufgedunsen und schwammig wirkte. Es war überhaupt nichts besonderes an ihm, er ging in der Gruppe, die um ihn herum stand, ganz unter, als etwas nebensächliches. Jedenfalls solange er schwieg. Und im ersten Augenblick schwieg er, schien auf irgendwen zu hören, der ihm ins Ohr flüsterte. Sie alle, diese Würdenträger, standen in dem Pulk gedrängt wie in einem Faß und stießen mit den Bäuchen aneinander. Seine Backen hingen schlaff herunter, dazwischen eine scharfe, große Nase. Es war wirklich nichts außergewöhnliches an ihm — bis ich ihn sprechen hörte. Was er sprach — und vor allem: wie er sprach — machte ihn erst bedeutend, wirklich geradezu genial. Er sprach in einem singenden, gedämpften Tonfall, mir fällt dazu nur ein scheinbar unpassender, aber wirklich zutreffender Ausdruck ein: seine Stimme war ‚zärtlich'. Er redete so leise und behutsam und unendlich gütig. Alle sind gerührt, wenn er redet. Er

scheint nur auf diese Art, durch sein suggestives Reden unentbehrlich zu sein. Neben ihm stand der „Befehlshaber", ein langer Mensch ohne Gesicht, aber in Uniform mit einem Hut auf dem Kopf. An den Rändern seiner Uniform und auch seines Hutes glänzten Borden.
Der Präsident verließ mit seinem Gefolge die Halle und trat auf die Straße. Es hatte geregnet, und die Straße war dadurch in einen braunen Schlamm verwandelt worden. Ihre Konturen verschwammen im Schmutz. Es hatten sich braune Lachen gebildet. Gegenüber sahen wir die Wand der anderen Halle, davor etwas grünes feuchtes Gras, und weiter hinten: die Grenze – die Betonmauer mit den Wachtürmen. Der Befehlshaber stakte mißmutig im Schlamm herum, der seine Uniform verdreckte. Er benahm sich ganz närrisch, schien dann selbst über sich zu lachen und salutierte immerzu, während die anderen sich vor Lachen bogen wie die Würmer. So standen sie alle mit den Füßen im Schlamm und lachten.
Ich sah ihn von meinem Aussichtsplatz unter der Dachrinne früh durch die Gitter kommen. Immer schleppte er die Aktentasche, die er abends hinausgetragen hatte. Die Akten begleiteten ihn überall hin – wahrscheinlich nahm er sie auch mit ins Bett. Kadaver halbverfaulter Körper, die kaum noch Blut in sich hatten und sich jeden Tag in ihrer Lauftrommel im Hof wieder etwas Leben einhauchten, sie lagen vor ihm ausgebreitet auf einem weißen Laken und er konnte sie betrachten.

Wie er mich betrachtete, als er mich in meiner Arrestzelle aufsuchte. Er betrachtete mich, und gleichzeitig betrachtete er die Akte, die ihm der Befehlshaber entgegenhielt. Er verglich mich mit der Akte, und in dem engen Raum eines Tresors, in dem ich die Nacht zuvor fast erstickt wäre, begann er seine seidenweiche Stimme zu spinnen, als befänden wir uns in bester Gesellschaft: „Der hessische Minister hat angeordnet, Sie hierherzubringen. Wir werden Ihnen hier ein Bett hereinstellen und alles was Sie brauchen. Wollen Sie Zigaretten? " Er erkundigte sich sogar nach dem Medikament, das mir der Sanitäter verabreicht hatte, damit ich mehr Luft bekommen sollte. Es lag aber nicht an meiner verstopften Nase, sondern hier befand sich keine Luft, es war ein Tresor, ohne Fenster, luftdicht, mit Heizung. Die Gesellschaft, teils in Zivil, teils in Uniform, debattierte nun einige Zeit über die Luft. Man prüfte, wo sie herkam, wo sie hinging, wieviel Kubikmeter sie betrug, wieviel davon verbraucht wurde.
Meine Nase war etwas eingeklemmt durch einen Nasenbeinbruch, sodaß man in Betracht ziehen mußte, daß sie nicht genug Luft einsaugen konnte, wenn es welche gäbe. Aber die Luft ging hauptsächlich durch die Heizung, ich hatte das Gefühl, daß keine da ist. Ich hielt meine Nase an einen Spalt der Panzertür gepreßt, aber das half nicht viel. „Wir sind hier im Moment etwas beengt. Aber vielleicht finden wir noch etwas Schönes für Sie.", sagte der Befehlshaber. Sie gingen wieder. Die Zwischentüren ließen sie offen, sodaß ich mich in einer geräumigen Zweizimmerwohnung befand. Nur ohne Fenster und die Einrichtung halb Schlachthaus, halb Geldschrank. Das Bett aus Beton. Auf dem Fußboden Reste von Blut und ein Wasserschlauch, mit dem man es wegspülen konnte.
Von dem Ort, wo ich mich befand, sah ich zunächst nichts. Man hatte mir auch meine Brille weggenommen. Im Hof trottete ich die zwanzig Meter auf einer geraden Linie zwischen zwei Wächtern, die aufpaßten, daß ich keinen Schritt daneben machte. Die Wächter stammten vom Land, sie erinnerten mich an Metzger. Das Gebäude, in dem ich herumgeführt wurde – das erste mal halb geschleppt von zwei Wächtern mit Knüppeln in den Händen – war eine Art Bahnhof – eine riesenhafte Halle, die sich nach drei Seiten verzweigte. Ein trübes Licht von oben fiel auf graue Fliesen, die immerzu von müden alten Männern gefegt wurden. Und Reisende mit Bündeln, die irgendwohin unterwegs waren, das Gesicht blicklos – der Blick solcher, die es sich abgewöhnt haben, ihre Umgebung genauer anzusehen, als es zur notwendigsten Orientierung nötig ist. Ein Blick, der auf das meiste verzichtet, was er sieht. Oder Wartende vor Gittertüren, wie in jedem Gefängnis, der Stau vor jeder Tür die zugeschlossen ist. Denn hier war auch innen alles vergittert: die Galerien, die Treppen, die Flure – Gitter überall. Nur horizontal war nichts vergittert, man konnte sich von der vierten oder fünften Galerie in die Tiefe stürzen, ohne von einem Gitter aufgefangen zu werden.

Nach kurzer Zeit hatte ich begriffen, daß ich mich an einem Ort befand, der jenseits meiner bisherigen Vorstellung lag. Vielleicht in der Vergangenheit, ich hatte darüber in Büchern gelesen. Es gibt selten einen Ort, wo man umgebracht wird, hier war der Ort. Es war der Tod, der Sterbeort, eingerichtet zum Sterben, vielmehr sterbenlassen, Getötetwerden und als Alternative: sich selber töten. Ich bekam Angst vor dem Blick in den grauen Abgrund in der Halle. Der Abgrund unten, in dem viele verschwunden sind, und das trübe Licht von oben – Freiheit und Tod, die beiden extremen Punkte des Entrinnens. Dazwischen das Leben, das noch übrigbleibt, auch tot, aber man lebt. Man versucht es mit Hilfe von Gymnastik, Kreislauftraining, – denn nach einiger Zeit ist man bei der geringsten Aufregung kollapsanfällig. Das Blut versackt, das Herz hämmert in einem Körper, der schon Leichnam ist, die Sinne konzentriert auf das eigene Fleisch, das den Dienst versagt, es wird dunkel vor den Augen, man sieht nichts mehr, man fällt um.
Kranke rebellieren nicht, wenn die geringste Aufregung sie umbringt. Nach kurzer Zeit war ich so weit. Ich hatte nur noch den Gedanken, nirgendwo umzufallen, meine Luftzufuhr zu regeln, meinen Kreislauf in Ordnung zu bringen. Der Körper hatte sich von mir entfernt, er führte ein eigenes Leben, er setzte aus. Plötzlich hörten die Augen auf zu sehen, sie wurden trübe, dann schwarz, dann blind, und sie blieben minutenlang blind, während ich drauf wartete, umzufallen, tot zu sein. Die Sprache verdunstete in der Kehle, die Bewegungen stießen aneinander und wurden konfus, die Haut bekam die Blässe von Leichen, die ich an andern bemerkt hatte.
Ich begann zu phantasieren. Meinen Tod, den ich in den Gittern der Oberlichter und auf den gefegten Fliesen sehen konnte. Die lebenslängliche Zeit als den Klang einer Spieluhr, die Totenuhr, die uns früh weckte und die jeden unserer Zeitintervalle am Tag durchschnitt und uns abends bei „Licht aus" in unser Grab sang, ein nächtliches Zellengrab mit Träumen, die es verlernt haben, von draußen zu träumen. Der Tod war der Geruch, der Geist, die Aura, den dieses Haus hatte. Es roch nach Tod. Jemand wollte wissen, daß in einem bestimmten Raum die – vorschriftsmäßigen – Särge für die Lebenslänglichen gestapelt waren. Einer meiner ersten Orientierungsversuche beschäftigte sich mit dem Krematorium, das es hier irgendwo geben mußte. Ich sah die Erschießungsmauer, an der man während des Krieges Gefangene erschossen hatte. Sie war efeubewachsen, mit einem Wasserfall grüner Blätter bedeckt, in der Friedhofsruhe des Vorhofs, den ab und zu ein Besucher mit Blumen überquerte, um sie an unserem Grab niederzulegen. Zwei Welten, eine lebende und eine tote, aber die lebende nicht greifbar. Man konnte sie durch die Gitter des Fensters sehen, wenn man durch das Fenster irgendetwas sah. Ich sah sie später, bis zu den Hügeln des Taunus, die Autobahn, die Dächer der Stadt, die Wiesen um die Stadt, einen Waldrand, Himmel, Menschen. Aber das Bild stand still, es war nicht das, in dem ich lebte, sondern das Bild meiner Vergangenheit, ein Rest davon. Die wirkliche Welt bestand aus einem Schacht mit grauglänzendem Boden. Um diesen Schacht liefen die Galerien, auf denen sich unser Leben abspielte, eingezwängt in Käfigen, das Leben von Ratten, die ab und zu durch Laufgitter gejagt werden. Und innerhalb dieser inneren Welt gab es noch eine zweite, noch wirklicher

als diese: den eigenen Körper, in dem sich das eigene Leben abspielte, in dem das Blut fließt und stockt, die Augen sehen ab und zu blind werden, – das Leben der eigenen Substanz, eigenes Fleisch , das Leben, das nur noch sich selbst kennt, die letzte, die materielle eigene Welt des Körpers vor dem Tod.
Den Knall, den ich hörte, brachte ich sofort in Verbindung mit dem Tod eines Menschen. Jemand hatte sich die Galerie hinuntergestürzt, sein Körper war aufgeschlagen unten, in meiner Vorstellung auf Blech, hatte ein Blech durchschlagen, denn es klang nach einem Blech. Tatsächlich aber war es der Schuß gewesen, der den Körper Künkelers aufgerissen hatte. Ich sah den Wagen, in dem er wegtransportiert wurde. Die Sanitäter und hintendrein der stolpernde Arzt mit der Blutkonserve. Die Front der Mauer mit den Löchern begann lebendig zu werden, es unterhielten sich welche, „Patsch, patsch, wie eine Schmeißfliege, haha!", ich wußte immer noch nicht, was los war. Später im Hof, erfuhr ich es von den anderen: ein Gefangener hatte den Anstaltsleiter erschossen. Sein oberster Offizier erschoß sich ein paar Tage später selber. Unsere Wächter trugen schwarze Bänder an der Uniform und waren stumm vor Angst. Sie bewegten sich nur noch in größeren Gruppen im Zellenhaus, zu viert, zu fünft, zu sechst. Beim Arzt, vor dem Verwaltungsbau, vor dem Besuch Leibesvisitation. Praktisch alle Bewegungen innerhalb des Zellenhauses wurden verboten, eine Zeit des Ausnahmezustandes begann, Verlegungen, Bunker, Verhöre, Durchsuchungen, Razzien, die Gespräche verstummten, der Haß blieb – der Haß der Toten auf die Lebenden, auf die Totengräber, die uns begraben hatten, die uns hier verscharrt hatten.
Der nächste Gottesdienst war die Totenfeier für den Anstaltsleiter und seinen Befehlshaber. Die war gut besucht. Alle waren diesmal gekommen. Alle standen sie auf und sangen einen Choral. Die Frömmigkeit des Hasses: „Er hats verdient, der arme Hund!", hörte ich einen neben mir sagen.

Peter Erlach

DAS TAPFERE SCHNEIDERLEIN UND DIE BÖSE WIRKLICHKEIT

Werner Schlegel (wohnhaft Knast 5308 Rheinbach, Postfach 601) schreibt uns zu seinem Gespräch mit Peter W., daß er den vollen Namen seines Gesprächpartners nicht nennen möchte. Aus Zensur- und Strafvollzugsgründen:

Polizist sein heißt: den gefährlichsten aller Berufe ausüben. Deutscher Polizist sein aber bedeutet: der Gefährdetste aller Gefährdetsten zu sein. Mensch stelle sich vor, da steht Das 48 Stunden täglich an vorderster Front in rastlosem, unermüdlichem Einsatz, gegen das Böse kämpfend. Unerschrocken, todesmutig wie die Jungfrau von Orleans, setzt sich Das zum Wohl des Bürgers pausenlos feindlichem Kugelregen aus; streicht zwischendurch rasch mit der Hand männlich unbeholfen einem kleinen Jungen durchs Haar; führt mit derlinken ein Mütterchen behutsam durch die Schrecken des gefrässigen Molochs Großstadtverkehr und holt im allerletzten Moment mit der dritten die verirrte Lieblingspuppe von Klein-Susi unter den Zwillingsreifen eines LKW hervor. Kurz: der deutsche Polizist, allzeit bereit oder : John Wayne reitet für Deutschland, und Supermann reicht – beruhigt aber auch etwas beschämt ob solch hehrer Größe – seinen Abschied ein. Soweit so gut, bis auf eines. Die Wirklichkeit, diese verdammte Wirklichkeit will und will sich dem strahlenden Bild nicht fügen. Sie sollte sich was schämen, diese Wirklichkeit, wie sie sich z.B. einmal mehr gar häßlich im ‚Fall' Peter W. (24) zeigte:



Peter, du warst im offenen Vollzug, in Oberems und bist dort abgehauen?

P.: Ja, am 30. April.

Wann hättest du den Knast hinter dir?

P.: Vier Jahre noch, 1983.

Das heißt vier Jahre staatlicher Strafanspruch gegen ein Menschenleben. Erzählst du bitte mal, wie das ablief, mit deiner Verhaftung?

P.: Ja, das war am 15. Mai, morgens um sechs, da war ich in der Wohnung einer Freundin in Köln-Ehrenfeld. Die klopften erst gegen die Tür ...

Wer waren „Die"?

P.: ... na, die Bullen natürlich, also einer, einen hab ich gesehen, wie ich aus dem Fenster peilte, die erkennst du auch in Zivil sofort, und um sechs Uhr morgens, ist doch sowieso klar. Na, ich bin dann, also die Wohnung lag im Erdgeschoß, bin da sofort hinten raus, da geht ein Fenster zum Hinterhof und so 20 m weg kommt ein Zaun, über den wollt ich, aber da ballerten die dann schon.

Kannst du das bisschen genauer... ?

P.: Ja, ich bin halt losgerannt, umgesehen hab ich mich nicht, das geht ja so automatisch alles und dann rief jemand „Halt! Stehenbleiben!", und ich bin natürlich weiter gerannt, dann hat's auch schon geknallt, 'n paarmal, ich krieg so 'nen Stoß in Rücken, gar nicht toll und dann war die Luft weg.

Wurde gerufen „Polizei, stehenbleiben!" oder nur „Stehenbleiben"?

Weiß ich nicht mehr, da hörst du doch gar nicht bewußt auf was, die Gedanken sind halt aufs Weglaufen eingestellt.

Wie ging das dann weiter ? Bist du zusammengebrochen?

P.: Ne, gar nicht, hab auch nicht viel gespürt, nur die Luft war weg, ich konnte halt nicht mehr weiterlaufen und die kamen dann. Das waren 3, die hatten alle geballert, 7 mal insgesamt, das hat sich später ja alles rausgestellt, ja und dann, war vielleicht so 3 Minuten nach dem Stoß in Rücken, ist mir langsam flau geworden.

Schmerzen ?

P.: Keine richtigen, ne, das war mehr so'n komisches Drücken, immer so'n Drücken, weiß nicht ...

Kümmerten die sich um dich, Kompresse auf die Wunde z.B.?

P.: Ne, gar nichts, einer hat gesagt ich soll mich besser hinlegen, und Krankenhaus und so, das ging ja alles ziemlich schnell dann.

Du sagst 7 mal hätten sie geschossen, alle drei?

P.: Ja, alle drei. Wer getroffen hat, wissen die angeblich selber nicht, die Kugel ist weg, war ja'n glatter Durchschuß. Hinten rein, Lunge aufgerissen und vorne wieder raus.

Würdest du sagen, es wurde ungezielt geschossen?

P.: Ungezielt? Die haben voll draufgehalten im Laufen, einfach auf den Rücken. 'ne Frau aus der Nachbarschaft hat gehört, wie einer zum andern gesagt hat, er soll weiterschießen.

Und ?

P. : Der hat gesagt, „Ich hab ihn schon erwischt" oder so ähnlich, also in dem Sinn Aufgabe erledigt, Note eins!

Aber wenn von 7 Schuß ‚nur' einer traf, könnte mensch dann nicht doch von ungezielt sprechen?

P.: Ja, ungezielt halt, daß es denen egal war, wo sie treffen, also nicht auf Beine oder so. Einfach draufgehalten, und die rannten ja und ich auch, sonst hätten die sicher öfter getroffen. Für die war das doch so 'ne Art Scheibenschießen am lebenden Objekt.

Peter W., inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen und wieder im Knast, will jetzt von einem Anwalt Strafanzeige wegen versuchten Mordes stellen lassen. Gegen Unbekannt, denn die Namen der Sportschützen kenn er bis heute nicht.

Es ist schon sehr bösartig, von dieser verdammten Wirklichkeit, daß sie die Menschen ausgerechnet immer dort Kopf, Rücken oder Brust haben läßt, wo jeder vernüftige Mensch sonst seine Beine zu haben pflegt; 1,40 m bis 1,80 m über dem Erdboden...

URTEILSVERKÜNDUNG IM DPA–PROZESS – WOLFGANG BEHR ENTLASSEN

Frankfurt 25.6.79 *Zur heutigen Urteilsverkündung erschienen lediglich neun Zuschauer. Die "üblichen" Sicherheitsvorkehrungen liessen bei dem starken Andrang die Szene äußerst grotesk erscheinen, was jedoch einen Kameramann vom HR nicht daran hinderte, die Besucher ausgiebig zu filmen. Mensch wird jetzt nicht nur durch die Teilnahme am Prozeß polizeilich erfaßt, sondern auch noch den bundesdeutschen Zuschauern zum Abendbrot in der Hessenschau serviert.*

Gegen 9.30 Uhr verlas Vorsitzender Dr. Hahn das Urteil.

Die angeklagten wurden für schuldig befunden im Sinne des Paragrafen 129 für eine kriminelle Vereinigung geworben zu haben!

Wolfgang Behr wurde zu einem Jahr Haft verurteilt, Peter Alexa, Rosi Priess, Simone Borgstede, Mathias Böge, Ingrid Jakobsmeier, Eckehard Melzer, H.Ch.Wächter und Helga Roos wurden zu 10 Monaten, Bernhard Lohmann und Olaf Wriedt zu einer Jugendstrafe von 4 Wochen Dauerarrest, in allen Fällen unter Anrechnung der U-Haft und was darüber hinausgeht, zur Bewährung ausgesetzt. Wolfgang Behr wurde heute in Preungesheim entlassen.

die Anklage wegen Hausfriedensbrucch, Freiheitsberaubung, schwerer Nötigung wurde gem. § 154 Strafprozeßordnung (Beschränkung der Strafverfolgung) im Hinblick auf die zu erwartende Verurteilung wegen Werbens für eine kriminelle Vereinigung fallengelassen. (Vgl. ID 280 die freie Presse im dpa-Prozeß)

Deshalb war die Begründung für die Verurteilung nach § 129 in diesem Fall Werbung für eine kriminelle Vereinigung mit Spannung zu erwarten, da die Angeklagten doch gar nicht zum Absetzen ihrer Meldung kamen.

Das haben aber die 15 bis 20 Leute eingeplant - heißt es in der Urteilbegründung - als sie das Büro stürmten. So sollen sie davon ausgegangen sein, daß bei einem zu erwartenden Polizeieinsatz nicht alle erfaßt werden, sie bereiteten deshalb Meldungen für einige große Zeitungen vor, die dann von den Geflohenen oder von Unbekannten weitergegeben werden könnten.

Darin, da derartige Meldungen später, nach unterbliebener dpa-Meldung an Zeitungen ergingen, sieht das Gericht den Tatbestand der Werbung hinreichend erfüllt.

Auch der Hintermänner-Verdacht konnte für Richter Hahn nicht vollständig ausgeräumt werden. Die "kritiklose Übernahme"von Sprachhülsen, in denen von so unglaublichen Dingen wie Isolationsfolter, Medienzensur und Vernichtungsapparat berichtet wird, bestärken ihn in seiner Überzeugung, daß es sich bei den Angeklagten um offensichtlich "unreife" und "wirklichkeitsferne" MENSCHEN handele.

Obwohl die Angeklagten angaben, die Aktion gemeinsam geplant und durchgeführt zu haben, gelangte das Gericht zu der Auffassung, daß solche kollektiven Entscheidungen "lebensfremd" und somit unwahrscheinlich seien.

Trotz alledem soll mit der Aussetzung der Strafe erreicht werden, daß die dpa-Besetzer "ihr selbstzerstörerisches Handeln überdenken" und sich so "vor dem winkenden Abgrund" bewahren!

Zumindest 9 der 11 Besetzer (mit Ausnahme von Bernhard Lohmann und Olaf Wriedt) droht jetzt der finanzielle Ruin. Sämtliche Prozeßkosten - Schilderung der Anwälte zwischen 20.000 und 50.000 Mark (!) pro Angeklagten - werden auf die Angeklagten abgewälzt.

Die Höhe der gesamten Verfahrenskosten wird nicht nur durch die Gerichtskosten bestimmt, sondern auch dadurch, daß neben den Kosten für die Wahlpflichtverteidiger auch noch die der Zwangspflichtverteidiger von der "Staatskasse" berechnet werden.

Eine weitere Erhöhung der Kosten hängt davon ab, ob auch noch der massive Polizeieinsatz während der Verhandlungstage mit einberechnet wird. (Vgl. ID 264 Russell S. 7 "Wo der Staatsschutz die Macht hat")

Offener Brief

DROGENABHÄNGIGE IM KNAST

BERLIN 22. Juni *Der Verein für die Beratung Drogenabhängiger e.V. hat einen offnen Brief an den Berliner Justizsenator Meyer geschrieben, in dem auf die Bedingungen in der Untersuchungshaftanstalt Moabit aufmerksam gemacht wird:*

Sehr geehrter Herr Senator Meyer!

Wir wenden uns als Mitarbeiter/innen des Vereins zur Beratung Drogenabhängiger an Sie, in der Hoffnung Sie auf bestehende Mißstände in der Untersuchungshaftanstalt Moabit aufmerksam machen zu können, von denen wir uns als Berater/innen von Drogenabhängigen betroffen fühlen.

Am 27.4.79 starb dort der Untersuchungshäftling Alfons Knispel. Er beging Selbstmord, indem er sich in seiner Zelle erhängte. Damit war er nach inoffiziellen Verlautbarungen der siebte Häftling, der in diesem Jahr in Moabit durch Selbsttötung starb. Unserer Meinung nach ist diese hohe Zahl von Selbstmorden nicht durch die psychische Labilität von auf ihre Verurteilung wartenden Untersuchungsgefangenen zu rechtfertigen.

Wir halten die menschenvernichtenden Lebensverhältnisse in der U-Haftanstalt Moabit mitverantwortlich und wollen dies am Beispiel von Alfons Knispel aufzeigen:
Alfons Knispel wurde am 20.4.79 inhaftiert. Er war heroinabhängig und schrieb uns am 23.4.79 mit der Bitte, ihn zu besuchen, da er eine Langzeittherapie machen wollte. Als sein Brief uns erreichte, war Alfons Knispel bereits tot.

Wir fragen Sie, Herr Justizsenator, welche Bedingungen führen dazu, daß ein Mensch sich hoffnungsvoll an eine Drogenberatungsstelle wendet, weil er ein drogenfreies Leben plant, sich aber vier Tage später selbst tötet? Alfons Knispel wurde während des körperlichen Entzugs in eine Einzelzelle in Haus II eingeschlossen, das bedeutet Regelvollzug, 23-stündige Isolation und eine Stunde Hofgang täglich, 1/2 Stunde Besuch alle 14 Tage. Er ist kein Sonderfall; mit vielen anderen Straf- und Untersuchungsgefangenen wird ebenso verfahren. Wir halten diesen Vollzug für jeden Menschen, besonders aber für Drogenabhängige während des Entzugs, für – zumindest – selbstmordfördernd.

Der körperliche Entzug eines Heroinabhängigen dauert je nach Grad der Abhängigkeit und körperlichen Konstitution 7–14 Tage. Es besteht die Gefahr von medizinischen Komplikationen (Kreislaufversagen, Herzversagen, Erbrechen, starke Schmerzen, Krämpfe, Schlaflosigkeit, Schüttelfrost, Schweißausbrüche); als nicht minder bedrohlich erfährt der Abhängige die psychischen Auswirkungen des Entzuges (Depressionen, starke Angstgefühle, extreme Labilität, Übersensibilität). Die psychischen und somatischen Begleiterscheinungen des Entzuges beeinflussen sich gegenseitig, sie werden durch die äusseren Bedingungen verringert bzw. verstärkt.

In verschiedenen therapeutischen Einrichtungen für Drogenabhängige hat sich die Praxis bewährt, daß der Abhängige in dieser ersten sehr wichtigen Zeit nie allein ist. So besteht die Möglichkeit, auftretenden Komplikationen vorzubeugen, Schwierigkeiten aufzufangen, die Entzugssituation durchschaubar und pädagogisch bearbeitbar zu machen. Einen Menschen während dieser Zeit in einer Zelle zu isolieren, keine konkreten Hilfen anzubieten, unterstützt Selbstzerstörung. Dazu kommen die Belastungen des Inhaftierungsschocks, die Ungewißheit der Zukunft und die Bewußtwerdeung der aktuellen Hilflosigkeit. Der Entzug in der Haft findet zwangsweise statt, damit fehlt weitgehend die innere Bereitschaft. Unserer Meinung nach besteht deswegen die Verpflichtung zu einer intensiven Betreuung während des körperlichen Entzuges, die zudem die Chance bietet, die Betroffenen für ein drogenfreies Leben zu motivieren.

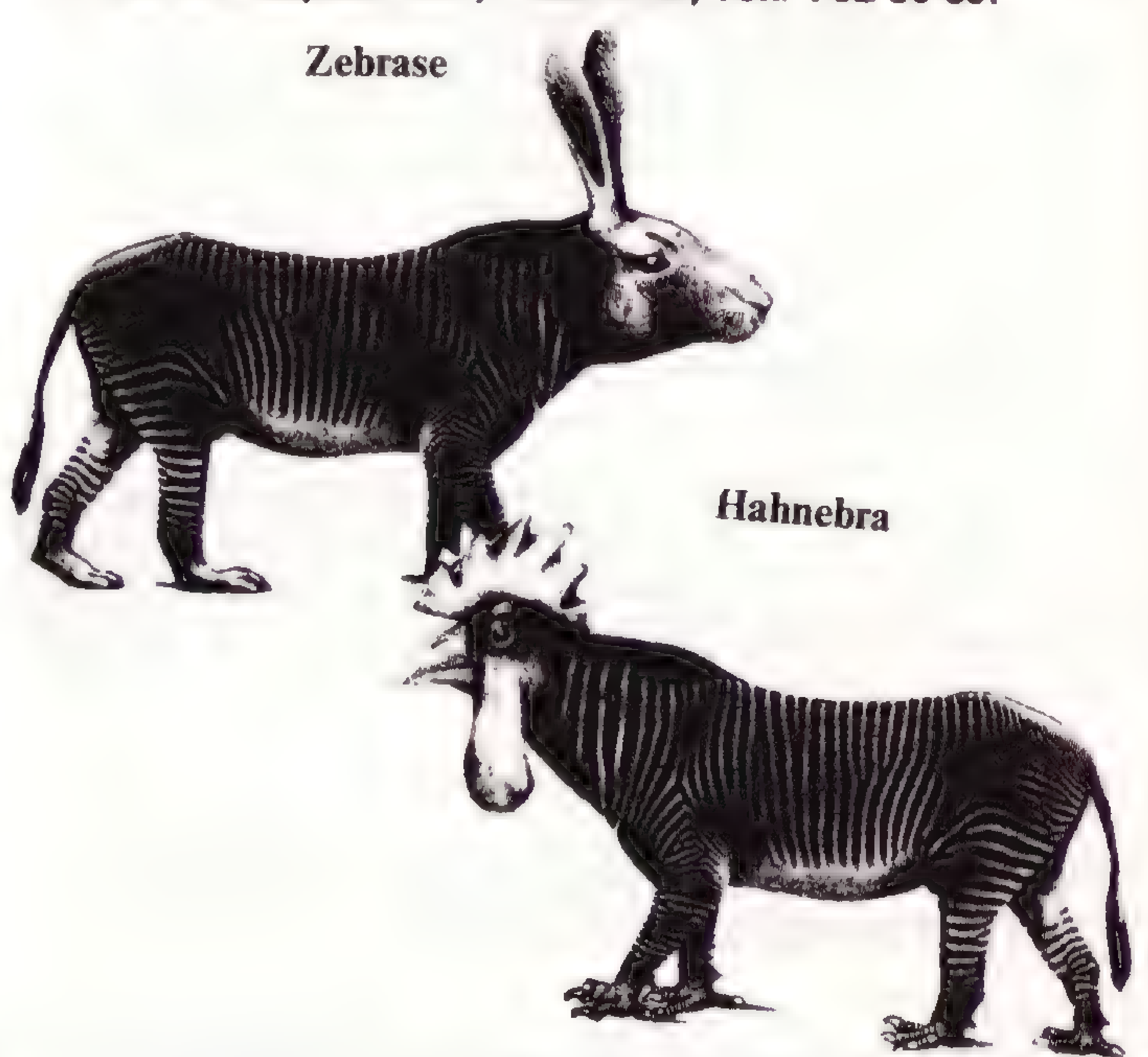
In der U-Haftanstalt Moabit sitzen ca. 1500 Häftlinge ein, davon sind mindestens 20% heroinabhängig. Für alle Gefangenen sind zur Zeit nur zwei Psychologinnen und 18 Sozialarbeiter angestellt. Dies führt dazu, daß das Personal allein durch verwaltungstechnische Aufgaben so sehr überlastet ist, daß Gespräche nur mit einzelnen Insassen möglich ist, insbesondere mit Häftlingen, deren Selbstmordgefährdung offiziell bekannt geworden ist. Auch die medizinische Versorgung ist mangelhaft. Diese Mißstände wurden bisher nicht beseitigt, vielmehr werden zunehmend Psychopharmaka gegeben. Im Haftkrankenhaus fehlt die psycho-soziale Betreuung ebenso, der Entzug von Drogenabhängigen wird meist medikamentös durchgeführt. Das bedeutet für Drogenabhängige eine Suchtverschiebung und damit eine Verlängerung ihrer Drogenabhängigkeit, für Nicht-Abhängige besteht die Gefahr der Gewöhnung.

Wir fragen Sie, Herr Justizsenator, werden in Moabit Häftlinge mit Medikamenten ruhiggestellt, weil ein Personalmangel im sozialen, medizinischen und psychologischen Bereich besteht? Hätte Alfons Knispel unter anderen Bedingungen überlebt?
Uns hat sein Tod betroffen gemacht. Wir appellieren an Sie, Herr Justizsenator Meyer, die unbedingt erforderlichen Veränderungen durchzuführen:

- sofortige Verbesserung der sozialen, psychologischen und medizinischen Versorgung
- keine Psychopharmaka als Ersatz für menschlichen Kontakt und Problembewältigungen
- Drogenabhängige dürfen während des körperlichen Entzuges auf keinen Fall sich selbst überlassen bleiben, medikamentenfreier Entzug (cold turkey)
- Aufhebung der Isolation, Wohngruppenvollzug in allen Häusern, Verstärkung von Gruppenangeboten für Untersuchungs- und Strafgefangene, um der haftbedingten Entsozialisierung vorzubeugen
- Veröffentlichung der genauen Zahl und Ursachen der Selbstmorde in der U-Haftanstalt Moabit.

Wir wollen nicht, daß noch weitere Menschen in der U-Haftanstalt Moabit sterben müssen und warten auf Ihre Antwort.
Hochachtungsvoll
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins zur Beratung Drogenabhängiger e.V.

Kontakt: Kontakt- und Beratungsstelle für Suchtkranke und -gefährdete, Hardenbergstr. 35, 1 Berlin 12, Tel.: 311 23 35 od. 311 23 14; Hauptstr. 107, 1 Berlin 62, Tel.: 782 50 60.



HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortliche Redakteurinnen: Heide Platen und Jutta Wiedenbeck

BEIRAT DES ID:

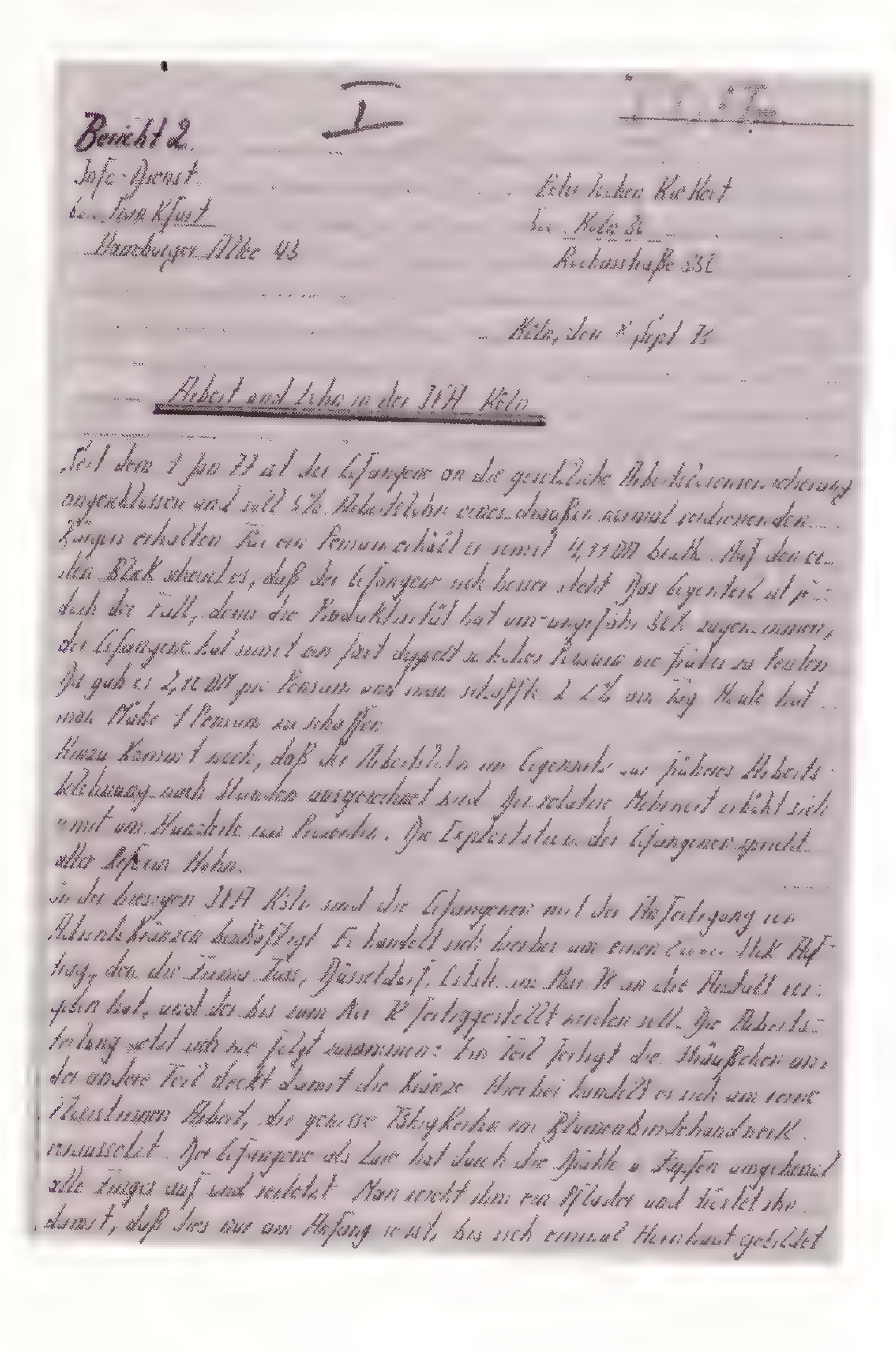
Johannes Beck/Hochschullehrer - Horst Bingel/Schriftsteller - Heiner Boehnke/Hochschullehrer - Dr. Hans Christoph Buch/Schriftsteller - Peter O. Chotjewitz/Schriftsteller - Dr. Robert A. Dickler/Hochschullehrer - Christian Geissler/Schriftsteller - Dr. Helmut Gollwitzer/Theologe - Holger Heide/Hochschullehrer - Otto Jägersberg/Schriftsteller - Yaak Karsunke/Schriftsteller - Dr. Heinar Kipphardt/Schriftsteller - Helga M. Novak/Schriftstellerin - Jürgen Roth/Schriftsteller - Volker Schlöndorf/Regisseur - Erwin Sylvanus/Schriftsteller - Dr. Klaus Wagenbach/Verleger - Gehard Zwerenz/Schriftsteller

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18.- für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**

ZUSTÄNDE IN OSSENDORF: ARBEIT UND LOHN

KÖLN
8. September '78

Dieser Bericht aus dem Knast Köln-Ossendorf – er gehört zu den beiden, die im ID Nr. 286 angekündigt waren, von denen aber nur einer tatsächlich erschienen ist – ist von uns ID-Machern monatelang „erfolgreich" verdrängt worden. Er ist nachts bei Kerzenlicht geschrieben worden, weil das Restchen „Freizeit" in der die Zellenbeleuchtung angeschaltet war, nicht ausreichte. Wir brauchen gerade zum Thema „Knastarbeit" noch viele Informationen, denn obwohl jeder (Straf-)Gefangene arbeitet, arbeiten muß, sind die Arbeitsbedingungen unbekannt, – und die ökonomische Bedeutung der Knastarbeit ist nicht zu unterschätzen.


Bericht 2

Info-Dienst
Frankfurt
Hamburger Allee 43

Köln, den 8. Sept 78

Arbeit und Lohn in der JVA Köln

Gesetz und Mehrwert

Seit dem 1. Januar 1977 ist der Gefangene an die gesetzliche Arbeitslosenversicherung angeschlossen und soll 5 % Arbeitslohn eines draußen normal verdienenden Bürgers erhalten. Für ein Pensum erhält er somit 4,11 .- DM brutto. Auf den ersten Blick scheint es, daß der Gefangene besser steht. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, denn die Produktivität hat um ungefähr 50 % zugenommen, der Gefangene hat somit ein fast doppelt so hohes Pensum wie früher zu leisten. Da gab es 2,10.- DM pro Pensum und man schaffte 2 - 2 1/2 am Tag. Heute hat man Mühe, 1 Pensum zu schaffen.

Hinzu kommt noch, daß der Arbeitslohn im Gegensatz zur früheren Arbeitsbelohnung nach Stunden ausgerechnet wird. Der relative Mehrwert erhöht sich somit um Hunderte von Prozenten. Die Exploitation der Gefangenen spricht aller Reform Hohn.

Advent, Advent, ein Lichtlein brennt

In der hiesigen JVA in Köln sind die Gefangenen mit der Anfertigung von Adventskränzen beschäftigt. Es handelt sich hier bei um 800.000 Stück, ein Auftrag, den die Firma Fass, Düsseldorf, Oststr., im Mai 1978 an die Anstalt vergeben hat, und der bis zum November 1978 fertig gestellt werden soll. Die Arbeitsteilung setzt sich wie folgt zusammen: Ein Teil setzt die Sträußchen zusammen, der andere Teil steckt damit die Kränze. Hierbei handelt es sich um reine Floristinnenarbeit, die gewisse Fähigkeiten im Blumenbindehandwerk vorraussetzt. Der Gefangene als Laie hat durch die Drähte und Zapfen alle Finger verletzt. Man reicht ihm ein Pflaster und tröstet ihn damit, daß dies nur am Anfang so ist, bis sich einmal Hornhaut gebildet hat. Dies stimmt jedoch überhaupt nicht, da sich die Hornhaut nämlich überhaupt nicht erst bildet, und das kaum Verheilte sofort wieder aufplatzt. Die Sträußchen macher, worunter ich mich als Strafgefangener zwangsweise befinde, haben als Pensum, also Tagewerk 40 Tüten mit je 17 Sträußchen anzufertigen, macht summa summarum 680 Sträußchen. Dies sieht nun folgendermaßen aus:

Man bekommt einen Karton mit Kunststoffrüchten, made in Taiwan, a 5 sets - 200 - in die Zelle geknallt, dann die Tüten, ähnlich Tagretaschen, sowie das Laub, made in Italien (nur die Arbeitskraft ist aus Deutschland). Dieses Laub wird vorher in Betrieben auf Länge geschnitten und kommt oft ganz naß in die Zelle. Nun nimmt man 3 Stück Laub und hält alles zusammen, nimmt einen Steg und wickelt eine kleine und eine große Kirsche darum, das Sträußchen ist fertig. Auf den ersten Blick eine einfache Sache, nur bei 680 Stück schon nicht mehr so einfach, denn sollte man sie bis 17 h geschafft haben, sind das 8 volle Stunden. Kann man sich froh schätzen. Die meisten sitzen noch nach dem Abendessen und kommen noch nicht mal dazu , die Zeitung zu lesen, denn um 22 h geht das Licht aus. Um seine 23 Pensen im Monat zu schaffen, hetzt man wie ein Bergarbeiter in der Zelle herum, ich betone hierzu, daß ich alle hier angefertigten Berichte nachts bei Kerzenschein verfaßt habe, da ich tagsüber zu nichts, aber auch gar nichts komme. Für die 23 Pensen im Monat erhält der Gefangene nun x 4,11.- DM = 94, 53, davon 1/3 Rücklage macht den Rest für den Einkauf 63,01 DM. Was er dafür bei den unverschämten Rewe-Preisen hier bekommt, ist ja auch draußen mittlerweile bekannt. Es reicht gerade für etwas Tabak und 1 Glas Kaffee. Wer mehr haben will, muß Überpensen machen. Daß diese Leute bis in die Nacht arbeiten, brauche ich wohl nicht zu erwähnen.

Wenn der weiße Flieder wieder blüht . . .

Die andere Gruppe nun steckt Kränze. Hierbei erhalten die Leute die bereits angefertigten Sträußchen, Ringe sowie Tannenzapfen in die Zelle. Durch den Umfang und die Anzahl der Kartons kann sich jeder vorstellen, wie es in diesen Zellen aussieht. Es ist kein Platz mehr da zum Luftholen. Hinzu kommt noch, daß die Arbeit einen Haufen Dreck abwirft, sodaß man abends noch gezwungen ist, die Zelle gründlich zu säubern und sich eingehend zu waschen, denn Duschen ist hier nach wie vor nur einmal in der Woche, 10 Minuten, eingestellt. Hierüber schreibe ich noch in einem anderen Bericht. Die Gefangenen nehmen nun die Kunststoffringe und füllen sie mit Zapfen, Sträußchen usw. aus und stellen so den Adventskranz fertig. Es sind für ein Pensum 35 Kränze zu fertigen fertigen. Wer die schafft, fällt halbtot ins Bett. Hinzu kommt noch bei beiden geteilten Arbeitsvorgängen, also Sträußchenanfertigung und Kränzestecken, daß die Ware noch in Kartons verpackt werden muß. Ein Karton faßt 8 Kränze, macht 4 1/2 Kartons für ein Pensum, bei Sträußchen 1 Karton für ein Pensum, zumal die 40 Tüten entsprechend weniger Platz einnehmen. Daß sich bei den Kränzesteckern die Kartons oft bis an die Decke stapeln, hatte ich bereits erwähnt.

Nun ging die ganze Sache anfangs so schleppend, daß die Firma einsah, bis Nov. 78 keinesfalls fertig zu werden. Um die Ausbeutung noch mehr auf die Spitze zu treiben, setzte sie nun 1 Pack Tabak wöchentlich für den aus, der 6 Pensen von Freitag bis Freitag fertig hatte. Dies bedeutet 1 Überpensum zumal die Woche auch im Knast nur 5 Arbeitstage zählt. Trotzdem, will man die 6 Pensen schaffen, muß man ochsen wie ein Stier. Viele der Gefangenen, die nun nichts zu rauchen haben, lassen sich auf diesen bodenlosen Kuhhandel ein, einige von ihnen tauchen kaum noch in der Freistunde auf, und sehen im Gesicht aus wie der Tod, kalkweiß, was auch auf Vitaminmangel bedingt durch das saumäßige Essen zurückzuführen ist. Um die Exploitation noch attraktiver zu machen, erhalten die arbeitenden Gefangenen ein 2. Frühstück. Dieses besteht manchmal aus einer Scheibe Wurst, andermal jedoch nur aus einem Becher Joghurt. Ich hatte glaube ich noch nicht erwähnt, man kann es jedoch rauslesen, daß es sich hier um die Zellenarbeiter handelt, wovon ich berichte.

Bei Saal-, Küchen- sowie Kammerarbeitern herrscht fast das gleiche System, nur haben diese Leute etwas mehr Bewegungsfreiheit. Wie bekannt ist außerdem für eine Arbeit außerhalb der Zelle Genehmigung nötig, bei U-Haft durch Richter, bei Strafhaft durch JVA. Man war nun der Annahme, durch diesen Großauftrag von 800000 Stck. würde sich das Essen, welches unter aller Sau ist, etwas bessern. Weit gefehlt, es ist noch schlechter geworden, so daß bald wieder eine Rundfunk-Aktion fällig ist, die letzte hatte Peter-Paul Zahl noch gestartet. Auf diplomatischem Wege versuchte ich nun näher zu erfahren, was aus dieser unmenschlichen Ausbeutung herausgeschlagen wird. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zahlt die Firma Fuss pro Pensum zwischen 48,– und 56,– DM. Anstatt den Reibach nun zum Bau einer Mehrzweckhalle, die dringend benötigt wird zu verwenden, werden dafür Beamtenwohnungen renoviert, neue Sicherheitszellen für Terroristen geschaffen, sowie mit dem restlichen Überschuß am Jahres ende beim Rechnungshof „Kamine" gemacht.

Eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit

Es spottet auch jeder Beschreibung, sieht man sich das neue Strafvollzugsgesetz an. Dort steht nämlich, daß der Gefangene eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit zugewiesen bekommen soll. Davon kann wie geschildert überhaupt keine Rede sein. Die Anstaltsleitung, bzw. Arbeitsverwaltung will einem weismachen, daß sich keine Firmen mehr bereit erklärten, Arbeit in den Knast zu liefern. Hierbei spielt man auf die Rezession der letzten Jahre an. Dies alles stimmt jedoch nur zum Teil, denn es müssen lukrative Angebote sein, die genug Profit abwerfen, ansonsten ist die Sache uninteressant.
Wer nun 6 Monate ununterbrochen schuftet hat nach Entlassung Anspruch auf Arbeitslosengeld. Da die meisten Gefangenen jedoch nach Entlassung nicht direkt eine Wohnung bzw. festen Wohnsitz haben, können nur wenige von dem Geld Gebrauch machen, es sei denn, sie melden sich vorübergehend in irgendeiner Schlafstelle an.
Zusammenfassend läßt sich feststellen:
Die Arbeit sowie der Lohn in den Gefängnissen hat Schritt gehalten mit der rückwärtsgehenden Entwicklung des ehemaligen Resozialisierungsgedankens. Von einer Reform im Strafvollzug zu sprechen, bedeutet infame Lügen zu verbreiten.
Mit freundlichen Grüßen
Hans-Joachim Kiekert, Rochusstraße 350, 5000 Köln 30, JVA

„VERSUCHS"–WAA IN GORLEBEN ?

GORLEBEN 14. Juni — Die Vorbereitungen für das Tiefbohrprogramm laufen weiter, Gorleben bleibt weiter Standort und statt einer Plutoniumfabrik plant mann — vorläufig — eben nur eine „Versuchs"-Wiederaufbereitungsanlage. Letzteres ist jedenfalls dem „Rundblick" vom 14. Juni zu entnehmen. Der „Rundblick" ist ein Pressedienst der niedersächsischen CDU.

"Bisher ist noch offen, wann das Land die Tiefbohrungen in den Gorlebener Salzstock hinein zulassen will, die Albrecht ausdrücklich bejaht hatte. Neuerdings ist davon die Rede, daß diese Salzstockbohrungen erst im Winter stattfinden sollten. Gegenwärtig gibt es außer den Baugrundbohrungen durch die DWK Tiefbohrungen durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, die hydrogeologischen Zwecken dienen, nicht aber in den Salzstock eindringen. Zu klären ist auch, wo der Standort der von Albrecht angeregten Langzeitzwischenlager sein sollte. Niedersachsen will ein solches Lager bei sich aufnehmen. Ferner ist offen, was alles durch die Erklärung Albrechts abgedeckt sein könnte, die das Vorantreiben der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur sicheren Endlagerung radioaktiven Abfalls bejaht hatte. Möglicherweise könnte damit auch eine kleinere Wiederaufbereitungsanlage gemeint sein, die zu Forschungszwecken Wiederaufbereitung vornimmt. Die DWK scheint sich auf solch ein kleines Versuchsprojekt gedanklich einzurichten.

Im übrigen steht das Land auf demStandpunkt, daß ungeachtet der Gorleben-Entscheidung die finanziellen Vereinbarungen mit dem Bund weiterlaufen, die im Zusammenhang mit Gorleben Bundeszahlungen von je 50 Mio DM jährlich zunächst für 4 Jahre vorgesehen. Die Rechtsgrundlage für diese Zahlungen würde der Vereinbarung zufolge nur dann entfallen, wenn sich der Standort Gorleben als ungeeignet erweisen sollte das hat ernicht. Die ersten 50 Bundes-Millionen sind bereits im Lande. Sie sollen u.a. zur Aufstellung einer neuen Abteilung der Bereitschaftspolizei verwendet werden, die im Raum Lüneburg vorgesehen ist. Offen ist, was mit dem DWK-Geld an den Bund wird, an dem das Land einer Zusatzvereinbarung mit dem Bund zufolge jährlich mit 4,5 Mio DM partizipieren sollte. Wahrscheinlich wird es hier zu einer Streckung kommen.

Eine wirklich gesicherte Weichenstellung in der Frage der Kernenergie dürfte der Bund erst nach dem Dezember vornehmen. In diesem Moment ist der SPD-Bundesparteitag, auf dem sich zeigen wird, ob sich der Bundeskanzler mit seiner Kernenergie-Linie durchsetzen wird. Sein Verbündeter ist die jüngste Entwicklung auf dem Ölmarkt.

MIKRONESIEN

FRANKFURT 19. Juni — *Im anti-akw-telegramm Nr. 18/19 vom 8. Juni 1979 fanden wir folgenden wichtigen Hinweis:*

Die Atombehörden von USA und Japan planen auf der Insel Palau eine Anlage wie die in Gorleben (WAA, Endlager, Brennelementefabrik) + Anreicherungsanlage. Sie soll australisches Uran für Japan, Südkorea, Phillipinen, Taiwan, Indonesien, Thailand und Indien anreichern und die Abfälle aufbereiten und endlagern (wie,ist nicht klar). Die Mikronesier bereiten sich auf den Widerstand vor, aber ihre Isolation macht sie verwundbar. Sie brauchen Unterstützung und Solidarität und möchten Kontakte und Informationsaustausch mit Anti-AKW-Gruppen.

Kontakte: Nautilus Alliance, PO Box 2324, Santa Cruz, Ca 95063, 408-423-1626 Micronesian Support Committee, c/o Giff Johnson, 1212 University Avenue, Honolulu, Hawai 96826. Mike Malone, Box 14, Majouro, Marshall Islands 96960.

OB NASS ODER TROCKEN – KEIN ATOMMÜLL-LAGER IN AHAUS!

Ahaus
21. Juni

Der Bau des Atomklos in Gorleben ist vorerst "politisch nicht durchsetzbar", die Brennelementlager der AKWs quellen langsam über, wohin mit dem Atommüll? In dieser Situation sucht die Atommafia nach Auswegen: "Zwischenlager" für abgebrannte Brennelemente heißt verstärkt die Devise. Neue und alte Standorte sind im Gespräch (Borken, Ahaus u.a.). Über die Pläne, in Ahaus ein zentrales Zwischen lager zu errichten, schreibt die Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus":

Nach dem Gorleben-Hearing hat Ministerpräsident Albrecht zu verstehen gegeben, daß er ein Zwischenlager (bzw. Eingangslager) in der von der DWK geplanten Form (zentrales Naß-Zwischenlager) für Gorleben aus sicherheitstechnischen Gründen nicht genehmigen werde. Darauf setzten fieberhafte Entwicklungsarbeiten seitens der DWK ein, um ein Alternativkonzept zu entwickeln. Dieses Konzept der Trockenlagerung abgebrannter Brennelemente ist bereits seit einigen Jahren in der Diskussion, aber bisher von den Betreibern für technisch noch nicht durchführbar gehalten worden. Jetzt soll dieses Konzept für das Eingangslager Gorleben und - nach jüngsten Pressemeldungen - neuerdings auch für das zentrale Zwischenlager Ahaus entwickelt werden.

Die Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschautz (BBU) würde es begrüßen, wenn tatsächlich das bisher von den Betreibern DWK und Steag als unbedenklich propagierte Konzept der Naßzwischenlagerung augegeben werden sollte. Wir sehen darin eine gerade noch rechtzeitig kommende Bestätigung unserer Auffassung, die wir von Anfang an vertreten haben, daß nämlich dieses Konzept sicherheitstechnisch und ökologisch nicht zu verantworten ist.

Dies bedeutet freilich keineswegs eine Zustimmung zum Verfahren der Trockenlagerung: Uns scheint, daß diese jetzt bloß als Notlösung angeboten werden soll, weil die Naßlagerung sich spätestens seit dem Gorleben-Hearing als nicht mehr durchsetzbar erwiesen hat. Wir halten es aber für sehr fraglich, ob ein Konzept, das bisher noch nirgendwo erprobt und noch vor wenigen Monaten von der DWK selbst für nicht ausgereift gehalten worden ist, eine problemlose Lagerung abgebrannter Brennelemente aus Kernkraftwerken über längere Zeiträume und in großen Dimensionen (Zentrallager!) ermöglicht. Wir sehen der detaillierten Vorstellung dieses Konzeptes daher mit großer Skepsis entgegen und fordern weiterhin den Verzicht auf die Errichtung eines zentralen Atommüll-Zwischenlagers in Ahaus oder auch anderswo.

Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus"
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
i.A. für den BBU-Vorstand: Hartmut Liebermann

VORBEREITUNG DES AUSLIEFERUNGSVERFAHRENS VON KARL UND ESO

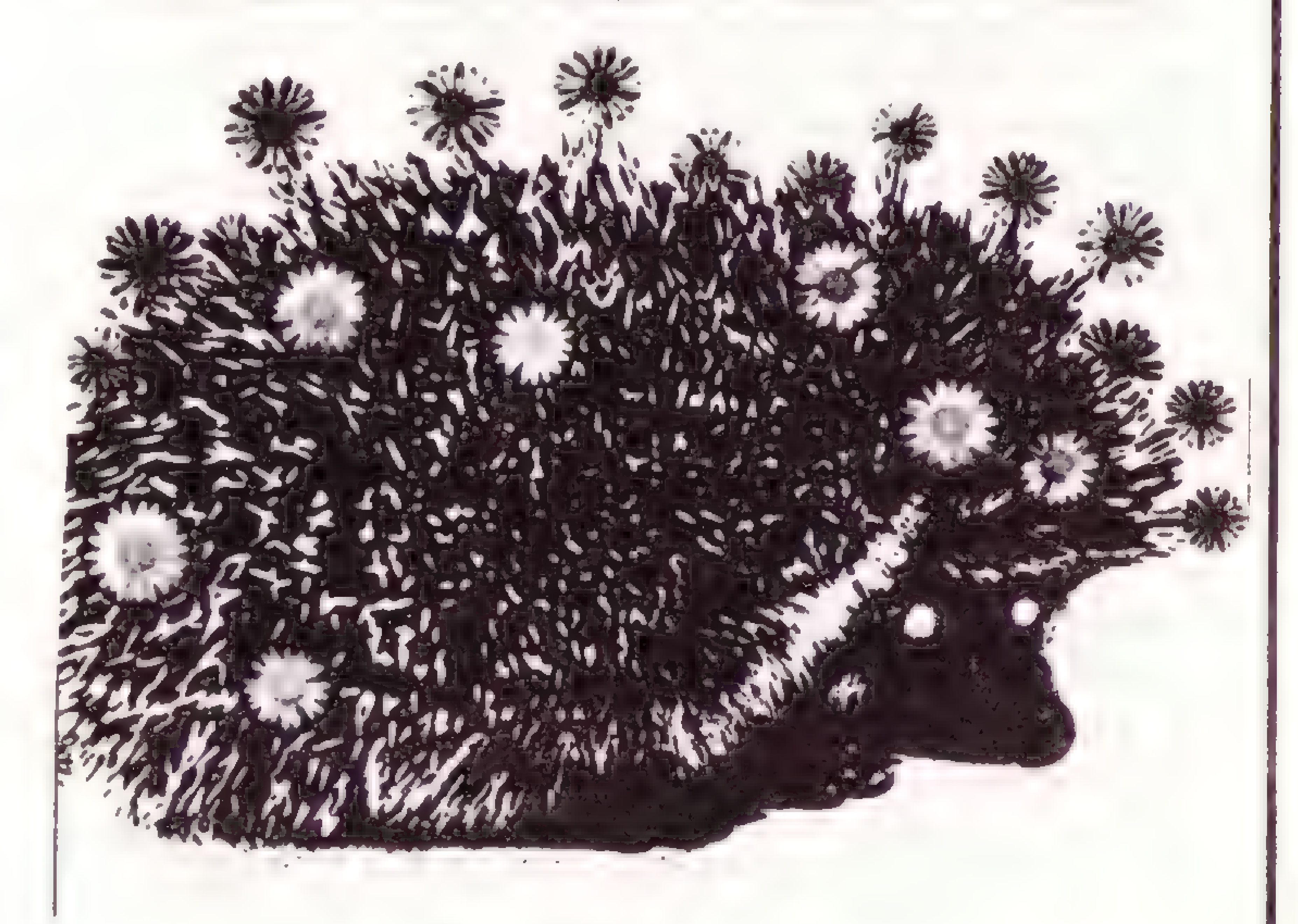
Amsterdam
18. Juni

Karl und Eso, zwei der Grohnde-Verurteilten, entzogen sich ihrer Haft, indem sie nach Holland flüchteten und dort um politisches Asyl ersuchten (ID 280, 282, 286). Die BRD stellte einen Auslieferungsantrag, worüber holländische Gerichte jetzt zu entscheiden haben. Zu den Vorbereitungen auf den Prozeß schicken uns Eso und Karl aus Amsterdam folgende Überlegung:

Seit dem 7.6. liegt der Auslieferungsantrag aus der BRD hier vor. Nun sitzt uns wieder jeden Donnerstag (Eso muß sich jetzt jede Woche bei der Fremdenpolizei melden) die Furcht vor einer Verhaftung im Nacken. Heute erfuhren wir, daß der Termin des Auslieferungsprozesses für Ende August angesetzt ist. Das hat folgende Konsequenzen:

1. Esos und Karls Verfahren sollen getrennt werden (für Karl besteht unerklärlicherweise noch kein Auslieferungsersuchen, obwohl die Vollstreckung seiner ausgesetzten Bewährung angeordnet war). Das bedeutet eine Zersplitterung der Kräfte und erfahrungsgemäß (auch von den Hannoverprozessen) eine Entsolidarisierung durch die Beschränkung auf eine "Person", verbunden mit der Aufspaltung der Anti-AKW-Bewegung und Öffentlichkeit in Unterstützergruppen für Eso bzw. für Karl, was der Grundlage der Verurteilungen total unangemessen ist. Da wir die Destruktivität dieser Dynamik bereits ziemlich leidvoll an der abgeschlafften Öffentlichkeit und kargen Unterstützung für die zweite Prozeßphase und bei Karls Hannoverprozeß erfahren mußten, entsteht hieraus zunächst eine erhebliche psychische Belastung (wird es z.B. durchführbar sein den Prozeß mit diesem Aufwand - Zeugen – ein zweites Mal alblaufen zu lassen?).Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen die Trennung der Verfahren zu verhindern.

2. Eine politische Argumentation soll uns erschwert werden, indem das Auslieferungsverfahren vor dem Asylverfahren stattfindet. Es ist wesentlich schwieriger die politische Bedeutung der Grohnde-Verurteilungen im Auslieferungsverfahren klarzumachen, nichtzuletzt deshalb, weil es wahrscheinlich nur zwei Tage dauern wird, während wir im Asylverfahren beweisen müssen, daß wir aufgrund unserer politischen Motivation überhaupt und besonders hart verurteilt wurden für Handlungsweisen, die in Holland weit weniger, oder überhaupt nicht geahndet werden (Es gibt hier nicht den Straftatbestand des schweren Landfriedensbruchs).Somit müssen wir im Auslie-



ferungsverfahren in erster Linie für die politische Definition unserer Fälle kämpfen. Das Asylverfahren nach dem Auslieferungsverfahren durchzuführen, ist ein Versuch der reaktionären Kräfte (allen voran die derzeitige Justizministerin Haas) das relativ liberale holländische Asylrecht zu unterlaufen. Diese Praxis, die auch schon in anderen Fällen angewendet wurde, wird im Augenblick von einer breiten Öffentlichkeit diskutiert.

Die Mittel und Möglichkeiten den Auslieferungsprozeß zu führen, werden wir im Rahmen der "hiesigen" Situation auswählen müssen. Diese unterscheidet sich erheblich von der BRD. Institutionen sowie öffentliches und soziales Leben sind hier in weitaus geringerem Maße funktionalisiert und gleichgeschaltet, sondern erheblich selbstbestimmter. Wo in der BRD der Durchschnittsbürger schon durch politische Manipulation

und Angst und auch neofaschistische Ansätze verbrettert und seiner Menschlichkeit beraubt ist, treffen wir hier noch auf weit größere Offenheit und vor allem auf die Ablehnung des "Modells Deutschland". Diese relativ liberale Öffentlichkeit, die auch in den Institutionen noch zu finden ist, sowie auch die Medien, vermitteln uns eine konkrete Chance hier, wenn nicht gerade Asyl, so doch mindestens eine unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Die Zeitungen übernehmen z.B. unsere Argumente, indem auch sie Bauplatzbesetzungen zum legitimen Widerstandsmittel erklären, was in der BRD wohl undenkbar wäre. Aus diesem Grunde wird es unsere Intention sein, die gesamte Breite der holländischen Öffentlichkeit für unseren Prozeß zu mobilisieren, was uns hier möglich erscheint, ohne daß wir unsere Grundsätze verleugnen müßten.

Trotzdem machen wir uns über Holland keine Illusionen! Wenn man kilometerweit über doppelreihig beleuchtete Autobahnen fährt, die verbaute Natur, die modernen Trabantenstädte und Knäste sieht, wird überdeutlich, welche wirtschaftlichen Machtinteressen auch hier den Lebensraum und das Leben der Menschen bedrohen.

Wir sind sicher, das "Modell Deutschland" wird sich durchsetzen, wenn wir uns nicht wehren. Dies ist eines unserer Grundargumente im Kampf um politisches Asyl. Wir versuchen klarzumachen, daß die Gewährung politischen Asyls ein Teilsieg über das "Modell Deutschland" und die über ganz Europa verbreiteten technokratisch-faschistischen Strukturen bedeutet.

VORLÄUFIGES KONZEPT ZUM PROZESSVERLAUF DES AUSLIEFERUNGSVERFAHRENS

1. Eso und Karl zur Gefährlichkeit von Kernenergie und zur wirtschaftlichen Notwendigkeit der Durchsetzung des Atomprogramms für die Sicherung der Vormachtstellung der BRD in Europa und die daraus resultierende politische Konsequenz für die Niederlande, sowie die Einschätzung dieser Situation durch die holländische Anti-AKW-Bewegung. Sachverständige Zeugen: Professor Jens Scheer (hat zugesagt); Klaus Traube (ist angeschrieben).
2. ZUR ENTWICKLUNG UND BREITE DES ANTI-AKW-WIDERSTANDES durch Erörterungsverfahren und verwalwaltungsgerichtliche Verfahren. — Konsequenz — Aus der begrenzten Effektivität dieser Mittel ergab sich der Schritt zur Bauplatzbesetzung. Sachverständiger Zeuge: Kurt Sommer, Bremen (ist angeschrieben).
3. ZU DEN BAUPLATZBESETZUNGEN Karl und Eso zur Legitimität von Bauplatzbesetzungen im Kampf gegen Atomanlagen. Sachverständige Zeugen: Walter Moßmann, Bauplatzbestzung Wyhl (hat zugesagt); Albert Reimers — Bauplatzbesetzung Brokdorf 1 (angeschrieben); Pastor Bode — Bauplatzbesetzung Brokdorf 1, 2 und Grohnde 1 (angeschrieben); Götz Buchholz — Ermittlungsausschuß Hannover (hat zugesagt).
4. ZUR GROHNDE DEMONSTRATION UND VERSUCHTEN BAUPLATZBESETZUNG Eso; Sachverständige Zeugen: Ruth Woltemate, Emmerthal Grohnde (angeschrieben) Eva Meinerts, Demonstrationsteilnehmerin (angeschrieben) Verena Wentland, Demonstrationsteilnehmerin (zugesagt); Holländischer Journalist, Demonstrationsteilnehmer.
5. VORVERURTEILUNG: Rahmenrichtlinien deutscher Politiker durch öffentliche manipulative Einschätzung der Grohndedemonstration. Darauf basierende Zeitungshetzartikel. Beschluß des OLG Celle. Sicherungsmaßnahmen im Grohnde-Prozeß. Material: Sicherungsbeschluß des Gerichtes. Sachverständige Zeugen: Verena Wentland.
6. DIE GROHNDEPROZESSE: Zum Widerstandsrecht und zu juristischen Rechtsentwicklungen in der BRD Sachverständiger Zeuge: Richter Ostermaier (zugesagt). Götz Buchholz, Ermittlungsausschuß Hannover (zugesagt) — Zum Abbau der Verteidigerrechte sachverständiger Zeuge: Dieter Magsam, Rechtsanwalt, Hamburg. Zur Manipulation von Polizeizeugen sachverständige Zeugen: Rüdiger Jörß, Grohndeangeklagter (zugesagt); Christian Matschkuß, Grohndeangeklagter. Zur Einschüchterung von Entlastungszeugen sachverständige Zeugen: Hans-Jürgen Frommhagen, Journalist und Zeuge im Grohndeverfahren, Frau Dörries, Zeugin in den Grohndeverfahren. Zur Einschätzung der Grohndeprozesse aus holländischer Sicht - sachverständige Zeuge: holländischer Journalist und Prozeßbeobachter (zugesagt);
7. ZU DEN ZAHLUNGSFORDERUNGEN: Karl und Eso.
8. KARLS UNTERSUCHUNGSHAFT UND IHRE FOLGEN: Karl-Bericht, Material, Dokumente und Beschlüsse des Gerichts; Sachverständige Zeugen: Gutachter Thomas Baader, Klinik Häcklingen; Bernd Hüssmann, Rechtsanwalt Kassel.
10. ZUM ABBAU DEMOKRATISCHER RECHTE UND ALLGEMEINER KRIMINALISIERUNGSTENDENZEN IN DER BRD: Karl und Eso. Sachverständige Zeugen: Holländischer Parlamentarier als Teilnehmer der Demonstration in Kalkar. Thomas — Alternativer Verlag; Helmuth Gollwitzer, Theologe, Berlin (angeschrieben); Pastor Albertz, Berlin, (angeschrieben); Robert Jungk, Ökologe und Schriftsteller (angeschrieben).

Wir hoffen auf eure Solidarität und Unterstützung!!!
Keine Kriminalisierung von AKW-Gegnern!!!
Weg mit dem Atomprogramm!!!

Eso und Karl brauchen zum Leben und zur Durchführung ihrer Asylkampagne Geld. Schickt eure Spenden an Centrumsbank Amsterdam, Ktonr.: 876 788 853, Bankleitzahl 15368

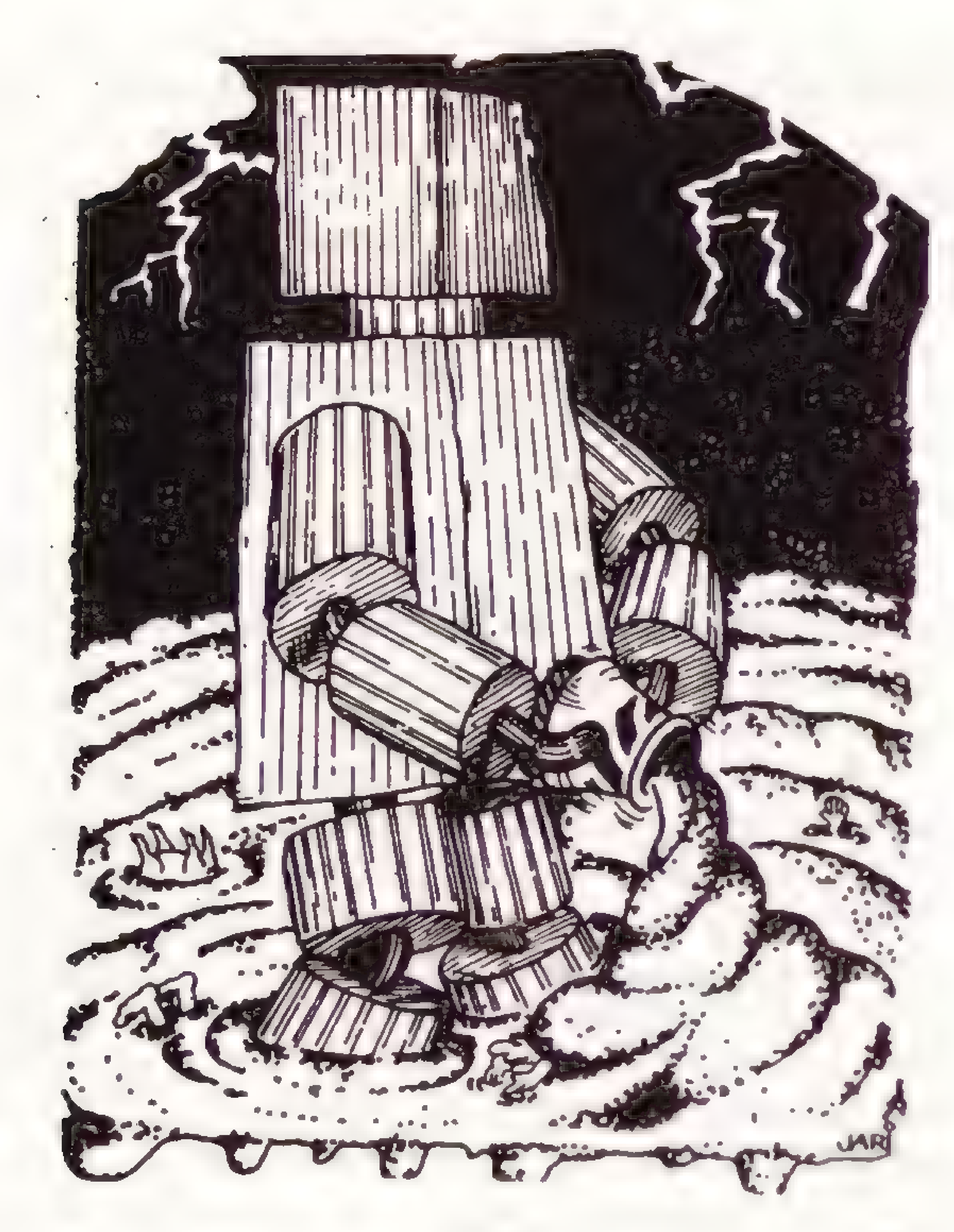
TOTENTANZ IM ALTMÜHLTAL

RIEDENBURG 25. Juni

Der folgende Artikel ist der Juni-Ausgabe der Erlangener Zeitung „Was Lefft" entnommen. Die Veranstaltung liegt zwar schon einige Zeit zurück, aber der Bericht könnte ja zur Folge haben, daß mehr Leute das Tal und die Baustelle in ihre kurzfristigen Reisepläne einbeziehen.

Am Wochenende (19./20. Mai) hat im Altmühl-Tal bei Riedenburg eine bemerkenswerte Veranstaltung stattgefunden. Die Schwarzmalergruppe WOR aus Wolfratshausen, die BI „Freunde des Altmühl-Tal" und Bund Naturschutz hatten aufgerufen zu einem „Totentanz" für das Altmühltal, das durch den Bau des Rhein-Main-Donaukanals (RMD-Kanal) völlig zerstört wird.

In einem Bierzelt gleich neben der Altmühl waren Bücher- und Informationsstände aufgebaut, eine große Wandtafel mit Zeitungsberichten, Bildern und Kommentaren zum RMD-Kanalbau verdeutlichten die lange und traurige „Geschichte" des Kanals; wen das nicht überzeugte, der brauchte nur 1 km an der Altmühl entlangzulaufen und schon befand er sich auf einer herrlichen Großbaustelle, die fast die ganze Breite des Altmühltales einnimmt. Neben einer Ausstellung der Schwarzmaler WOR und viel Musik gabs Beiträge von Franz Weber (Journalist aus der Schweiz), Hubert Weinzierl (Bund Naturschutz) und Erich Kugel (BI Altmühltal), eine Diskussion mit Vertretern der Parteien, dem Bürgermeister von Riedenburg, einem Schwarzmaler, einem Rechtsanwalt, einem Vertreter des Bundes Naturschutz und dem Vorsitzenden der BI Altmühltal. Aufgelockert wurde das Programm durch Theaterstücke, Songs und Moritaten von Theatergruppen aus Ingolstadt und Eichstätt, von der Künstlergruppe WOR und anderen „Liedermachern". Sie wiesen z.B. hin auf die Nutzung des Kanals als „Skateboard-Loipe" oder Kanalratten-Wohnanlage; auf die Bereicherung des Arbeitsmarktes durch die vielen Arbeitsplätze für Gondoliere aus Venedig.



Einige Informationen zum RMD-Kanal, wie sie amtlicherseits aus einem Gutachten des obersten Bayrischen Rechnungshofes vom 21.12.66 zu entnehmen sind, um zu verdeutlichen, warum jeder eigentlich gegen diesen Kanalbau sein müßte.
Auszüge aus dem Gutachten „Rhein-Main-Donau-Kanal" des Bayrischen Obersten Rechnungshofes vom 21.12.66, Aktenzeichen AZ VI-625133 95:

S. 4: Der Grund, warum beim RMD-Kanal bisher von verkehrswissenschaftlichen Untersuchungen abgesehen wurde, könnte darin liegen, daß die allgemein anerkannten Investitionskriterien ein positives Ergebnis erwarten lassen. (Anmerkung: Eine derartige Untersuchung gibt es bis heute nicht)

S. 5: Zwischen Nürnberg und Kelheim betragen die durchschnittlichen Kosten je km 13 Mio DM (zum Vergleich: Flußkanalisierung 2,5 – 3 Mio DM, Kanäle 5–8 Mio DM, Autobahnen 4–5 Mio DM)

S. 7: Trotz der hohen Baukosten und des großen Raumbedarfs (73,5 m Breite) ist die Kapazität des Kanals gering: Bei Tagesbetrieb ca. 13 Mio, bei Tag- und Nachtbetrieb ca. 18 Mio t jährlich. Eine zweigleisige elektrifizierte Bahnstrecke soll neben dem Personenzugverkehr einen Güterverkehr von jährlich 60 Mio t bewältigen können.

S. 9: Ein Transitverkehr zwischen der Rheinmündung und dem Schwarzen Meer dürfte daran scheitern, daß der Seeweg weit günstigere Frachten aufweist.

S. 21: Auf der Kanalstrecke Nürnberg–Kelheim (Donaumündung) ist nur ein kleines Kraftwerk von 1 Megawatt (MW) Leistung an der Altmühlmündung vorgesehen. Für dieses Teilstück scheiden also energiewirtschaftliche Überlegungen völlig aus. Da die natürlichen Zuflüsse nicht ausreichen, um den Schleusenbetrieb aufrechtzuerhalten, muß mit großem Aufwand an elektrischer Energie Donauwasser in die Scheitelhaltung gepumpt werden.

S. 26: Vom Standpunkt der öffentlichen Finanzwirtschaft aus erscheint es wenig vertretbar, durch den Bau neuer Wasserstraßen eine derartige Verschärfung des Wettbewerbs zwischen Schiene und Wasserstraße zu verursachen, die zu einer erneut defizitären Entwicklung bei der Bundesbahn führen würde.

S. 33: Die vollen Wegekosten, die ein Vielfaches der derzeitigen Frachtkosten für Massengüter ausmachen, können auf die Binnenschiffahrt nicht abgewälzt werden: Frachtkosten von 11 Pf./tkm und darüber für Massengüter wären im Wettbewerb untragbar. Damit ist der Kanal nicht eigenwirtschaftlich, selbst wenn er – was bezweifelt werden muß – mit seiner vollen Kapazität ausgelastet werden könnte.

S. 37 Die Schiffahrt der Balkanstaaten kann wegen ihrer niedrigen Löhne die deutschen Frachtsätze weit unterbieten und damit einen Konkurrenzkampf im innerdeutschen Verkehr heraufbeschwören, dem die deutsche Schiffahrt nicht gewachsen ist.

S. 38 Ein wirtschaftliches Bedürfnis für den Weiterbau der Schiffahrtsstraße über Nürnberg hinaus ist nicht feststellbar. Der Strukturwandel im Massengutverkehr und die ungünstige geographische Lage der RMD-Schiffahrtsstraße lassen erwarten, daß die Kapazität des Wasserweges bei weitem nicht ausgelastet werden kann. Die Wegekosten sind so hoch bei der Strecke Nürnberg–Passau, daß sie selbst bei voller Kapazitätsauslastung von der Binnenschiffahrt nicht getragen werden können. Die vollen Transportkosten der Binnenschiffahrt (einschließlich Wegekosten) liegen erheblich über den Grenzkosten der Bundesbahn. Der Kanal bringt der Wirtschaft keine Frachtkostenvorteile. Die Eigenwirtschaftlichkeit ist nicht gewährleistet. Eine nennenswerte Industrieansiedlung im Bereich der Schiffahrtsstraße ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten. Die schnelle Entwicklung der Technik birgt das Risiko in sich, daß der Verkehr auf dem RMD-Kanal – ebenso wie auf dem Ludwig-Donau-Main-Kanal – wenige Jahre nach Fertigstellung sogar zum Erliegen kommt.

Zusätzlich noch einige wesentliche Punkte, die in den Beiträgen deutlich wurden:
Franz Weber richtete sich ganz energisch, emotional und aggressiv gegen die vorherrschende Passivität und Obrigkeitshörigkeit, die mit der Floskel „ich kann sowieso nichts machen' alle Verantwortung von sich weist und geduldig zuschaut, wie nach und nach die gesamte Umwelt zerstört wird. Er verglich diese Haltung mit dem Still-Halten und Gewährenlassen in der Nazi-Zeit, und daß auch wir uns von der nächsten Generation werden vorwerfen lassen müssen, nichts dagegen unternommen zu haben. Besonders aggressiv wandte er sich gegen das technokratische Denken, gegen die Überheblichkeit der Ingenieure, die immer glauben alles „in der Hand zu haben' , was dann durch die Unglücksfälle z.B. in Katzwang oder in Harrisburg auf makabre Weise widerlegt wird. Solchen Leuten die Entscheidungen zu überlassen sei verantwortungslos. Der Titel der Veranstaltung sei falsch: Aus dem Totentanz muß ein Kriegstanz werden!
Hubert Weinzierl betonte, daß der Vorwurf an den Bund Naturschutz, den Kanalbau mit einem Kompromiß unterstützt zu haben, nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Der Antrag einer landschaftsgemäßen Trasse' für den Kanal sei erst nach einer totalen Ablehnung des Kanals erfolgt, die zu dem damaligen Zeitpunkt allerdings noch nicht von einer breiten Öffentlichkeit unterstützt wurde. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat der Bund Naturschutz seinen Fehler eingesehen, nachdem die Vorschläge und Verträge von der RMD AG nicht berücksichtigt wurden und steht voll hinter einem sofortigen Bau-Stop des Kanals. Besonders, betonte Weinzierl, ist es Unsinn, mehrere Verkehrssysteme (Wasserstraße, Autobahnen und Eisenbahn) gleichzeitig zu fördern, die dann miteinander konkurrieren und sich gegenseitig so stark beeinträchtigen, daß sich keines wirtschaftlich lohnt. Billigstes und umweltfreundlichstes Verkehrsmittel sei unumstritten die Eisenbahn.

Erich Kügel, der Vertreter der BI Freunde des Altmühl-Tals, richtete seine Rede in erster Linie an die Bewohner des Altmühltals. Er ist enttäuscht, daß nur wenige aus der einheimischen Bevölkerung sich offen und aktiv gegen den Kanalbau einsetzen und

betont, daß ihm die vielen jungen Leute mit langen Haaren und bunter Kleidung lieber sind und mehr Verantwortung zeigen, als all die Leute in Anzug und Krawatte, die es vorziehen, zu Hause vor ihrem Fernsehgerät sitzen zu bleiben. Enttäuscht war Kugel auch darüber, daß die Kirchen bisher noch keine Stellungnahme zu dieser gnadenlosen Umweltzerstörung abgegeben haben. Neben dem ungeborenen müsse ebenso eindringlich noch das geborene Leben als schützens- und verteidigenswert gelten. Und ganz energisch wandte er sich gegen die leeren und unverbindlichen Wahl-Reden und Versprechungen der Politiker, die nachdem sie ihre Stimme haben, sich an Gesagtes nicht mehr erinnern.

Von der Diskussion am Sonntag-Nachmittag: Bemerkenswert war, daß der Vertreter der CSU ‚leider' gleich nach seinem ‚Statement" gehen mußte, der von der SPD hat sich telegrafisch gegen den Kanal ausgesprochen, ist aber aus terminlichen Gründen gleich gar nicht erschienen. Beide Parteien schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu, indem die SPD betont, daß der Freistaat Bayern Bauherr ist und somit Bau-Stop einleiten könnte, die CSU auf die „Mittäterschaft" des Bundes hinweist, der das Vorhaben zu 2/3 finanziert.

Was eigentlich dahinter steckt, nämlich das Prestige-Denken einiger Politiker, die sich hier ein Denkmal setzen wollen und das Profitinteresse einiger Industriebosse und Bau-Unternehmen, deren Gewinn allein aus Steuermitteln bezahlt wird, wurde in dem Beitrag der WOR ganz klar hervorgehoben. Möglichkeiten, über den Rechtsweg den Bau zu verzögern oder gar zu verhindern zeigte ein Rechtsanwalt auf, er richtete sich damit speziell an den Bürgermeister der Stadt Riedenburg, der durch eine Ablehnung des Baus im Ortsbereich durchaus eine Möglichkeit hätte, etwas dagegen zu tun.

Schade ist, daß wir hier im Erlanger Raum, obwohl Anlieger am Kanal, von diesen Dingen so wenig wissen und uns um die Schwierigkeiten und Zerstörungen woanders so wenig kümmern. Denn wie es auf einem Flugblatt zu lesen war, „DAS ALTMÜHLTAL IST ÜBERALL!!"

ALTENWERDER BLEIBT BESETZT

HAMBURG 25. Juni *Im Hamburger Ortsteil Altenwerder wurde das Haus Dreikatendeich 46 besetzt, um Altenwerder vor der Vernichtung durch Hafenerweiterung und Industrie zu retten. Das besetzte Haus ist dann gewaltsam geräumt und innerhalb einer Stunde abgerissen worden. Die Besetzer schreiben dazu in einem Flugblatt:*

'Wir haben gleich darauf Zelte auf dem benachbarten Grundstück eines befreundeten Fischers aufgebaut, denn: Wir bleiben!

Wir starten nach allen Kräften eine Öffentlichkeitskampagne für Altenwerder am Ort, in Hamburg und anderen Städten, um zu erreichen, daß viele mit Zelten dorthin kommen, um das Land zu verteidigen und den Abbruch weiterer Häuser zu verhindern. Wir sind auf die Unterstützung von euch mehr denn je angewiesen und darauf, daß ihr zahlreich kommt, um mit uns das Land zu besetzen, denn gemeinsam sind wir stark genug, um Altenwerder vor der Vernichtung zu retten.

Wir wollen ein Dorf aufbauen, wo wir eine Lebensform verwirklichen können, die unseren Bedürfnissen entspricht, und Technologien wie Wind und Sonnenenergie nutzen. Wir wollen einen Ort der Kommunikation für alle aufbauen. Gleichzeitig werden wir praktischen Widerstand gegen die Industrieansiedlung aufnehmen'.

Die Besetzer bitten um Spenden: Postscheckamt Hamburg, Nr. 243181/204, BLZ 20010020, Christian Dahl

PFINGSTEN AN DER GRENZE BRD – SCHWEIZ

Tübingen 11.6.79 Freitag 1.6.79 fuhren wir von Tübingen Richtung Schweiz und erreichten die Grenze um 18.10 - 18.15 Uhr. Der Aufforderung des Zollbeamten folgeleistend gaben wir unsere Pässe ab. Ich konnte vom Fahrersitz aus beobachten, wie der Zöllner am Computer hantierte. Kurz darauf befahl er mir, rechts zur Seite zu fahren.

Diese Anordnung hatte ich erwartet und auch schon meine Begleiterin vorbereitet: wir würden wohl durchsucht werden, weil bei mir jedes Mal die gleiche Geschichte beim Grenzübertritt abliefe, sofern mein Pass per Computer kontrolliert würde. Dem Computer wird mein Beruf: politischer Buchhändler stinken oder ihm stinkt, daß ich mal in der Roten Hilfe gearbeitet habe oder ihm stinkt, daß ich mich politisch zum Antifaschismus bekenne und das nicht nur verbal. Gewöhnlich läuft die Geschichte an den Grenzen undramatisch ab, weil ich mich daran gewöhnt habe und diesen Staat auch so einschätze. Das Auto wird durchsucht, alle Papiere werden geprüft, die Zöllner wollen wissen, wohin ich fahre und wenn ich Auskunft gegeben habe, darf ich weiterfahren. Schon diese Überprüfungen, bei einer Einreise nach Frankreich dauerte sie über eine Stunde, sind ein Eingriff in die verbrieften Freiheiten eines Bürgers. Aber wenn ich und alle anderen Leute widerstandslos einen Carstens dulde, weshalb nicht auch solche Kontrollen?

An jenem Freitag, den 1.6.79, warteten wir ungefähr 30 Minuten. Ich unterhielt mich noch mit einem Fernfahrer und ging zurück zum Auto. Gleich darauf kam ein Polizist und verlangte von mir, daß ich ihm die Motorhaube öffne. Plötzlich sah ich 8 - 10 Polizisten und Zöllner auf das Auto zurennen. Kurz vor dem Auto luden sie ihre MP's und Pistolen durch und ich hörte das Klicken und Einrasten der Waffen.

Meine Begleiterin saß noch immer auf dem Beifahrersitz und hatte, wie sie mir später sagte, nichts von dem Aufmarsch der schwer bewaffneten Polizisten gemerkt, sondern hatte mich und den Polizisten beobachtet, der die Fahrzeugnummern mit den Papieren verglich.

Während jetzt der Frau befohlen wurde auszusteigen, die Hände auf das Autodach zu legen und sich ein Polizist mit angeschlagener MP hinter sie stellte, wurde auch mir unter Waffendrohung befohlen, mich nicht mehr zu bewegen. Zwei Polizisten traten hinter mich, drehten mir die Arme auf den Rücken und fesselten mich mit Handschellen. Drei Meter vor mir standen gleich zwei Polizisten, die Mps auf mich gerichtet. Andere Polizisten fingen an, gründlich das Auto und alle Taschen zu durchsuchen.

Alle Polizisten waren relativ jung, zwischen 22 und 28 Jahre alt. Der eine Aktivist stand 1 Meter mit seiner MP hinter der Frau, der andere hatte mir mit einem Kollegen die Handschellen angelegt. Dieser Polizist (für die Leute, die mal nach Singen kommen oder über Singen in die Schweiz fahren) trägt einen Vollbart, ist dunkelhaarig und die mir angelegten Handschellen waren kein Inventar der Polizei, sondern sein Privatbesitz!! Dieser Mann trug einen ungeheuren Haß zur Schau, er sagte mir, daß er bei der Festnahme von Günther Sonnenberg verletzt, angeschossen wurde und er sagte mir:"Wenn Sie Widerstand leisten, lege ich Sie um!"

Die Gesichter seiner Kollegen zeigten die gleiche Entschlossenheit.

Gedrillte Killer???

Diese Ansicht und Entschlossenheit vertraten sie auch noch in Singen auf dem Polizeirevier, wo wir in getrennten Autos hingebracht wurden. Auf der Fahrt nach Singen schlossen sich die Handschellen bei jeder Straßenunebenheit immer mehr. Meine Begleiterin wurde zwar ungefesselt nach Singen gefahren, aber ein Polizist setzte sich mit gezogener Pistole neben sie auf die Hinterbank des Autos.

In Singen angekommen, waren meine Hände angeschwollen und gefühllos. Zwar wurde mir im Revier sofort mitgeteilt, daß gegen mich nichts vorläge, doch gelang es den Polizisten nicht die rechte Handschelle zu öffnen, weil der Schlüssel abgebrochen war. Darauf wurde ein Schlosser geholt, aber der bärtige Polizist versagte lange seine Zustimmung, die Schelle mit einer Bolzenschere zu öffnen, weil die Handschellen ihn DM 90,- gekostet hätten. Dann wurde die Handschelle doch mit der Bolzenschere geöffnet und ich hätte gehen können. Aber ich wollte das Revier ohne meine Begleiterin nicht verlassen.

Alleine an dem Umstand gemessen, daß ich ohne weitere Formalitäten gehen durfte, entlarvt diese Polizeiaktion als reinen Willkürakt. Auf meine Weigerung, das Revier zu verlassen, wurde mir gesagt:"Die Identität der Frau sei zweifelhaft und sie muß geklärt werden." Die Frau hatte folgende Ausweise und Papiere bei sich: Reisepaß, Führerschein, KFZ-Zulassung, Krankenschein und persönliche Notizen. Aber die Polizei wollte sie zur weiteren Überprüfung nach Konstanz bringen. Die junge Frau wurde von den Polizisten verdächtigt!! Adelheid Schulz zu sein (A. Schulz eine angebliche Terroristin). Ein absurder Verdacht:

1. die Frau ist 153 cm groß und sehr zierlich. Weder Größe noch Haar- und Augenfarbe stimmen mit der Fahndungsmeldung überein;

2. wenn ein ständig verdächtigter politischer Buchhandler eine gesuchte "Terroristin" durch die Gegend fährt, wäre das ein gefundenes Fressen für die Polizei. Sie hätten ihn, wenn er großes Glück hat und nicht vorher "auf der Flucht erschossen wurde", dem Untersuchungsrichter vorgeführt wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Wahrscheinlich säße der Fahrer von Adelheid Schulz dann in Stammheim;
3. weder die Frau noch ich wurden an der Grenze oder im Polizeirevier sofort nach Waffen durchsucht

Allerdings wurde die Frau auf dem Revier unter Drohung von Gewaltanwendung gezwungen sich vor einer Beamtin nackt auszuziehen. Ihr wurde auch verwehrt, ohne Begleitung aufs Klo zu gehen und mußte dann die Tür auflassen. Neben diesen direkten Demütigungen wurde die Frau auch ständig verbal bedroht.

Unterdessen hatten die Singener Polizisten ihre Tübinger Kollegen zu den Eltern der Frau in Marsch gesetzt. Darauf war um 21.15 Uhr die Identität der Frau geklärt und sie konnte ohne ein Wort des Bedauerns, der Entschuldigung von Seiten der Polizisten, das Revier verlassen

Verantwortlich für diesen brutalen Polizeieinsatz zeichnen:
Herr Hampel
Herr Marxer
Herr Fröhle, alle Polizei Singen.

In welcher Reihenfolge diese Herren verantwortlich sind, wird sich wohl nie klären lassen. Bisher konnte auch nie ein Verantwortlicher "Todesschütze" einem Gericht zugeführt und verurteilt werden. Bisher hat es eine Reihe von Todesfällen bei solchen Personenkontrollen, so wurde der Einsatz gegen uns genannt, gegeben. Die Polizisten in Singen werden wohl bestreiten, daß sie uns auf dem Revier sagten:"Lieber einen toten Terroristen als einen toten Polizisten!"

Günther Dwenger

Wir gehen davon aus, daß eine möglichst große Öffentlichkeit hergestellt werden muß und fordern:
1. daß der Beamte, der bei der Festnahme von Günther Sonnenberg verletzt wurde, von solchen Einsätzen befreit wird und er einen ruhigen Schreibtischjob bekommt. Das dürfte in seinem Interesse und im Interesse jener Menschen sein, die er für Terroristen hält:
2. fordern wir alle Menschen auf, denen ähnliche Geschichten passiert sind, sich mit allen Mitteln an die Öffentlichkeit zu wenden;
3. wer solche Polizeieinsätze zufällig beobachtet, sollte mit allem Mut den von der Polizei bedrohten Menschen helfen, vielleicht die Szene fotografieren und auch noch andere Menschen zur Hilfe auffordern.



KINDERHAUS IN NOT

Hamburg
26. Juni 1979

Das Hamburger Kinderhaus hat finanzielle Sorgen und schildert seine Situation:

OBWOHL das KINDERHAUS Anfang April von der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung als förderungswürdig anerkannt wurde und OBWOHL damit das KINDERHAUS allem Anschein nach relativ kurzer Zeit noch vor der Bezuschussung durch die Behörde steht, geht es dem KINDERHAUS finanziell schlecht wie seit der Aufbauphase nicht mehr. Unsere Konten sind unterm Strich nur noch knapp ausgeglichen, und das reicht bei weitem nicht aus. Wie kann es dazu kommen?

Das KINDERHAUS und der Verein wirtschaften schon immer mit einem allmonatlichen Defizit von mehreren 1000 DM. Daran ändert auch nicht, daß wir bisher die Beiträge der Vereinsmitglieder voll für das KINDERHAUS eingesetzt haben. Nur mit unseren Konzert-Veranstaltungen, besonderen Umsätzen z.B. auf Buchmessen, besonderen Spenden und außergewöhnlichen Einnahmen war dieses Defizit immer wieder auszugleichen. Doch die Frankfurter Buchmesse findet erst wieder im Oktober und das nächste (3-tägige) Konzert Mitte November statt. Das hilft uns über den jetzigen Engpass nicht hinweg.

Im Zuge der pädagogischen Auseinandersetzungen haben Eltern mit rund einem Dutzend Kindern das KINDERHAUS verlassen. Das ist ihr gutes Recht. Nur erfolgten die Abmeldungen größtenteils "von heute auf morgen". Die Plätze sind aber nicht sofort aufzufüllen, weil die Eltern der Warteliste natürlich anders disponiert haben. Hier fehlt monatlich eine vierstellige Einnahme. Andererseits reduzieren sich die Kosten für einen freistehenden Platz nur um das Verpflegungsgeld.

Nach wie vor ist das KINDERHAUS kein "Hort der Reichen"! Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Berufen und besonders bei Eltern, die gerade ihre Ausbildung abgeschlossen haben, nimmt zu. Das macht sich auch für das KINDERHAUS finanziell bemerkbar.

Nachdem das 14-köpfige, festangestellte, bezahlte KINDERHAUS-Personal in der Vergangenheit für "ein Ei und ein Butterbrot" gearbeitet hatte, haben sich die Schulden der Erzieherinnen und Erzieher gehäuft. Seit wenigen Monaten haben wir allen Angestellten den einheitlichen Nettolohn erhöht, ob Heimleitung oder Küchenkraft, 25 oder 52 Jahre alt. Das ist immer noch viel weniger als in anderen Kindergärten und Berufen. Nur - das sind jeden Monat wiederum einige 1000 DM mehr Kosten.

Die KINDERHAUS-Mitarbeiter sollten im Juli ihr 13. Gehalt bekommen. Selbst wenn die Mitarbeiter bereit sind, jetzt nur das halbe und im November die zweite Hälfte des 13. Gehalts zu erhalten, sind das immer noch über 10.000 DM extra. Die 3-wöchige Sommerfahrt mit der Hälfte der KINDERHAUS–Kinder zur dänischen Alternativschule "Tvind" wird uns darüberhinaus mehrere Tausend Mark an Unterstützungen für bedürftige Kinder und die ansonsten unentgeltlich arbeitenden Praktikanten kosten.

Wir brauchen Ihre und Eure Hilfe.

Es wäre doch paradox, wenn das KINDERHAUS jetzt einige Wochen oder Monate (wir wissen es leider nicht genauer), bevor die Behörde endlich zu den laufenden Kosten anmelden muß. (Die Vorstandsmitglieder haften für die Finanzpolitik des Vereins.)

Aber auch wenn unser Pflegesatzantrag genehmigt ist, ist damit über die Schulden des Vereins für gestundete Gehaltsnachforderungen des Personals noch nicht entschieden. Darum werden wir uns anschließend mit der Behörde streiten müssen.

Helft UNS, damit wir das KINDERHAUS erhalten können!
HELFT, damit auch in Zukunft gilt:
KINDERHAUS - wir machen weiter!
Vorstand Kinderhaus e.V.
Kinder, Eltern und Erzieher des Kinderhaus
Kontakt: Kinderhaus e.V., Heinrichstr. 11 a, 2000 Hamburg 50
Kto. Bank f. Gemeinwirtschaft, Nr. 1 244446 1, BLZ 200 10111

URNEN AUF DEN FRIEDHOF

STUTTGART
19. Juni

Die Aktion „Urnen auf den Friedhof" hatte für die Europa-Wahlen zu einem Aktions-Sonntag aufgerufen. Hier ein kurzer Bericht über den Verlauf:

Hallo Freunde,

trotz des recht späten Anlaufens der Kampagne in Stutgart, dem Erscheinen des Aufrufs erst wenige Tage vor der Europa-Wahl in den Alternativblättern der Hauptstadt des „Musterländles' konnten am gestrigen Wahltag ca. 40 Wahlbenachrichtigungskarten eingeäschert werden. In einer ganzen Reihe von Telefonanrufen wurde zudem Solidarität bekundet und mit Bedauern erklärt, die Karten seien schon längst im heimischen Herd oder Papierkorb beerdigt worden. Dafür dann das nächste Mal..

Zum Ablauf am Wahl-Sonntag:
In Stuttgart fand am 10.6.79 eine Fahrrad-Demo mit mehr als 1000 Teilnehmern für Radwege, menschengerechte Umwelt etc. statt. Die Aktion „Urnen auf den Friedhof" hatte beschlossen, sich daran zu beteiligen und die Wahlhandlung der Nicht-Wähler im Anschluß an diese Rad-Demo durchzuführen. Leider zogen kurz nach Abschluß der Radler-Aktion tiefschwarze Wolken am Himmel auf, die schlechtes Wetter verkündeten. Deshalb mußte die Nicht-Wähler Aktion kürzer als geplant ablaufen.

Im Schloßgarten wurde eine Wahlurne aufgestellt, in der Wahlbenachrichtigungskarten gesammelt wurden. Nach Schluß der Wahlhandlung wurde die Urne geöffnet und die karten in einem qualmenden Feuer, das unser Hauschemiker Miracuwählnix entfacht hatte, eingeäschert. Die Asche wurde einer weiteren Urne übergeben, diese unter tosenden Beifall im See des Schloßgartens versenkt. Inzwischen hörten wir und wohl auch der Wettergott die ersten Meldungen über die beschissen hohe Wahlbeteiligung in diesem blöden Land, worauf letzterer ganz fürchterlich anfing zu weinen. Trotzdem: Uns hat's Spaß gemacht. Der Kampf geht weiter. Schwaben, Franken, Baskenland — Europäer Hand in Hand! Gegen das Europa der Konzerne und Bürokraten — Für ein Europa der Menschen! Gegen Bürokraten mief — Europa alternativ!

NPD–DEUTSCHLANDTREFFEN IN DER BAYERISCHEN PROVINZ

Alzenau
25. Juni

Am 16. Juni fand in Alzenau das für Frankfurt geplante und vom Verwaltungsgericht verbotene Deutschlandtreffen der NPD statt. Meldungen und Berichte gingen in der Berichterstattung über das riesengroße Rock gegen Rechts-Festival unter. Einige Alzenauer Jugendliche, die den NPD-Auftritt mitbekamen, machten einen Artikel. Andreas schreibt:

Als ich am Samstag, 16. Juni, ungefähr um vier von demjenigen, der diesen Artikel mitverbrochen hat, angerufen worden bin, kriegte ich zu hören, daß in Alzenau mit seinen 8000 Einwohnern 2000 Nazis sind. Ich kam mir zuerst ganz schön verarscht vor, zu Unrecht allerdings. Mit zwölf Leuten, die gerade bei mir waren, ging ich deshalb zum Marktplatz, wo wir noch auf etwa 30 Antifaschisten getroffen sind. Ein Nazi versuchte dort gerade den Gegendemonstranten zu erklären, daß die Kur- und Erholungsheime von 1933 bis 1945 in KZs umbenannt worden sind.

Inzwischen hatten sich Sprechchöre gebildet ("Nazis raus aus Alzenau") und ein paar ganz Spontane haben ein Transparent mit dem gleichen Text gebracht, ein Faschist, der wohl Angst hatte, daß dadurch die Bürgerseligkeiten unter den NPD-Wählern verschreckt werden könnten, erklärte dann freundlich, daß er sich nicht für einen Nazi hält: "Wenn du mich nochmal Nazi nennst, schlage ich dir so in die Fress, daß dir die Zänne zum Arschrausfleigen, du Dreckschwein". Nach dem Gottesdienst, der zur gleichen Zeit in der Kirche am Marktplatz stattfand, beschwerte sich dann der katholische Pfarrer bei den Nazis. Und zwar, weil sie die Lautstärke ihrer (aus gutem Grund verbotenen) Lieder so weit aufgedreht hatten, daß die Andacht gestört wurde. Die Gottesdienstbesucher, die aus der Messe gekommen sind, haben sich vielleicht gefragt, was vor ihrer Kirche los ist, aber für sie war es sicher wichtiger, die Karnickel aus ihren Gemüsegärten zu jagen oder den Wagen zu waschen. Allerdings hat es auch solche gegeben, die ihr Recht auch vor den scheinbar offiziellen NPD-Ordnern verlangt haben, ungefähr auf diese Tour: "Was interessiert mich eure Kundgebung, das hier ist 'n Parkplatz, da kriegt ihr mein Auto nicht weg."

Bei den Gegendemonstranten waren wieder Jugendliche ziemlich unter sich, als etwa 10 - 15 Wiking-Jünglinge auf sie zugestürzt kamen. Während einige von uns noch versuchten, eine geschlossene Reihe zu bilden, waren die meisten (ich auch) schon längst davongedüst. Mit diesen Herren wollte hier niemand persönliche Erfahrungen machen. Einer Oma und einem Kind, die zum Glück unverletzt blieben, ist das allerdings nicht erspart geblieben. Immerhin weiß ich, was ich von Leuten zu erwarten habe, die eine Oma, die ohnehin schon wackelig auf den Beinen ist, auf die Erde schmeißen, oder so auf ein Kind gehen, daß es für sein Leben lang einen Schock hat.

Das einzige, was die Nazis von ihrer Aktion hatten, war der Spaß, den man ihnen sichtlich anmerken konnte und unser Transparent, daß sie verzweifelt anzünden wollten. Beim dritten Versuch ist es ihnen dann auch gelungen. (Zum Glück hat sich einer der Schläger noch richtig die Pfote verbrannt, als er den brennenden Fetzen hochgehalten hat). Nachdem sich die Alt- und Neunazis dann wieder auf die andere Straßenseite verzogen hatten, kamen auch die Busse der grün gekleideten Herren, die sich mit ihren hinreichend bekannten Helmen und Schilden zwischen den zwei Gruppen aufstellten. Da sie aber jetzt nicht mehr gebraucht wurden, mußte sich der Obergrünling wenigstens noch eine dumme Bemerkung erlauben: "Warum wollen sie denn überhaupt noch hierbleiben? Sie brauchen sich doch von den Schlägern nicht anmachen zu lassen, sie sind ja viel mehr als die, und überhaupt gibt der Klügere doch nach. . ."

Danach hat sich die Demo im Stadtkern aufgelöst. Wir sind nach Hause gegangen, um uns dort auf den nächsten Tag vorzubereiten ("Lagebesprechung"). Für mich war das der Beweis, daß Solidarität und Widerstand bei uns (die 1968 noch nicht bewußt miterlebt haben) noch nicht tot sind. Bei den Vorbereitungen auf den 17. Juni ging es nicht nur um die Tatsache, daß in unserem verschlafenen Kaff endlich mal was los ist und um den Spaß an gemeinsamen Aktionen (obwohl das natürlich eine große Stellung einnahm. Warum sollte Antifaschismus keinen Spaß machen?). Auch wenn heute die 16-jährigen voll von der Discowelle erfaßt werden, gibt es unter uns noch mehr Leute mit politischem Bewußtsein, als mancher (auch ich) geglaubt hatte.

Unsere Pläne für Sonntag starteten sofort mit der Herstellung eines Transparentes. Danach haben wir etliche demonstrationsfähige Leute in der näheren und weiteren Umgebung angerufen (100 türkische Genossen z.B. haben zum Demonstrieren bereitgestenden) und haben Informationen bei Zeitung, Polizei usw. gesammelt. Das führte dazu, daß wir uns am nächsten Tag am Telefon nur noch ausgaben als "antifaschistisches Büro zur Organisation der Gegendemonstrationen". Als dann die Polizei bei uns angerufen hat, ob wir etwas über den Verbleib der NPD wüßten, haben wir uns fast totgelacht. Außerdem mußte ein Vorzimmerfräulein beim ZDF noch unseren Ärger am Telefon über sich ergehen lassen, weil in den Nachrichten nichts über Alzenau und noch nicht mal was über Frankfurt gebracht wurde.

Nun erfahren wir auch, was am 16. Juni in Alzenau noch lief. Im Alzenauer Industriegebiet rotteten sich die Nazis zusammen, um mit einem "eindrucksvollen Marsch" zum eigentlichen Kundgebungsplatz – eben dem Marktplatz – zu ziehen, untermalt von schwarz-weiß-roten Fahnen, der ersten Strophe des Deutschlandliedes sowie "Rot Front - verrecke"-Rufen. Damit allerdings war die Polizei (immerhin mit unter anderem 8 Wasserwerfern angerückt) nun überhaupt nicht



einverstanden, worauf die Nazis natürlich anfingen zu prügeln. Das Ergebnis dieser Schlägerei waren fünf verletzte Polizisten und etwa 15 festgenommene Faschisten. Die Grünen beschlagnahmten außerdem Fahnen, wobei sie allerding nach Demontage der mit Metallspitzen versehenen Fahnenstangen die Fahnentücher wieder den Faschisten überreichten. Der Zug zum Marktplatz konnte von der Polizei allerdings gestoppt werden, worauf nach internen Querelen zwischen Jung- und Altfaschisten ein großer Reisebus sowie mehrere PKWs mit jugendlichen Schlägertrupps – offenbar Wikings und ähnliches – zum Marktplatz fuhren, um sich dort um die Gegendemonstranten "zu kümmern". Das geschah wie bereits beschrieben.

Das gesamte "Erstaz-Deutschlandtreffen" verlief also absolut nicht so harmlos und "friedlich", wie es die Lokalpresse darstellte (Main-Echo: "Friedliche Kundgebung mit Handgreiflichkeiten"). Nach deren Version verzog sich die NPD nach 20-minütiger Rede des Vorsitzenden Mußgnug wieder aus Alzenau, wohingegen sich die Faschisten in Wirklichkeit vom späten Nachmittag bis teilweise tief in die Nacht hinein in Alzenau herumtrieben. Ihre Zusammenrottung im Industriegebiet wie auch die Schlägertrupps und der Kundgebungsstand lösten sich auch erst gegen 21 Uhr auf.

Bezeichnend war übrigens auch das Verhalten der ach so linksliberalen (aber höchstens!!!) "Frankfurter Rundschau" diese Vorgänge betreffend. Der von ihr geschickte "freie" Mitarbeiter kam erstens viel zu spät und traf lediglich noch die Überreste der Gegendemonstranten in einer Kneipe, wo er sich während des Gesprächs mit ihnen ziemlich zusoff. (Zitat einer Beteiligten: "Der war rackesteif"). Was er dann als Ergebnis seiner durchaus zahlreichen Notizen und Recherchen zu Papier brachte, war kaum noch ein schlechter Witz, schon eher eine Beleidigung der etwa 60 Leute, die in spontaner nur halbstündigen Aktion zusammengetrommelt wurden. (Und das in unserem Schlafkaff trotz Frankfurt, Juso-Bezirkstag – wenn was los ist, tagen die immer irgendwo – , und in Urlaub waren auch ne Menge). Nachzulesen war dieser Mist in der FR-Ausgabe vom 18.6., irgendwo auf ner Seite unten, eingekastet und mit geheimnisvollen "td" signiert.

Die Reaktion der Bürger in Alzenau war hauptsächlich gleichgültig: "Am besten wär's gewesen, ihr hätt' sie in Ruhe gelassen, die wollen doch nur, daß sie Aufsehen erregen" oder "die sind doch politisch völlig unbedeutend" waren so die allgemeinen Äußerungen. Aber auch "irgendwie bewundere ich diese Leute, daß die trotzdem offen ihre Meinung sagen" oder "das hättes du sehen müssen, die sind gerannt wie die Hasen und haben auch noch ihr Bettuch verloren" oder "ihr hättet die nicht provozieren sollen, dann wären sie euch auch nicht nach". Kein Wort von den Nazis, die das gesamte Alzenau, nicht nur die Jugendlichen, auf das Äußerste provoziert hatten. Ein weiterer Beweis dafür, daß bei uns die Gefahr, die von den Faschisten ausgeht, immer noch bei weitem unterschätzt und bagatellisiert wird

BILDER AUS DEM ALLTAG EINER SEKRETÄRIN

Eure Berichte über den Arbeitsalltag beim LKW-Fahren und als Taxifahrer fand ich recht interessant, aber typisch männlich.

Während meiner Arbeit als Sekretärin in Düsseldorf bei einer Firma, die Großanlagen baut, habe ich mir Notizen gemacht,die ich jetzt, zwei Monate, nachdem ich aufgehört habe, zusammengeschrieben und getippt habe. Es ist sicher kein so heroischer Alltag wie beim Taxi-Fahren, nicht so spannungsgeladen. Ich finde aber, daß diese Erfahrungen für sehr viele anonyme Frauen mindestens ebenso wichtig sind, und ich würde mich auch dafür interessieren, wie andere Frauen (auch Männer) in solchen Bereichen zurechtkommen. Renate

Was, du arbeitest als Sekretärin – wie kommst du denn auf die Idee? Das ist meistens die Reaktion, wenn du sagst, daß du als Sekretärin dein Geld verdienen willst. Dieser Beruf gilt als das typische Beispiel des Frauenberufs. Du riechst die Luft der Büros, sitzt am Schreibtisch und tippst da Briefe.

***

1. In Düsseldorf arbeiten sehr viele Frauen als Sekretärinnen. „Schreibtisch des Ruhrgebiets" ist eine höfliche Umschreibung der Büro- und Beamtenstadt Düsseldorf. Und mindestens jeder leitende Angestellte und jeder bessere Bürokrat hat eine Sekretärin. Im Büro merkst du dann auch, wer sich so alles die Konsumsachen reinzieht, die dir bisher so unerschwinglich erschienen. Jedenfalls schlug es mir ganz schön entgegen, als ich das erste Mal in das Büro kam – die Frauen bilden einen Farbtupfer für den grauen Büroalltag, so sieht das jedenfalls aus. Das GEPFLEGTE ÄUSSERE steht in einem seltsamen Gegensatz zu der eigentlich recht langweiligen Arbeit. Aber die Arbeit einer Sekretärin ist nicht das wichtige, denn sehr viel zu tun hat sie da nicht, wichtig ist, daß sie durch ihr Äußeres ihre Zugehörigkeit zu den Kreisen, für die sie arbeitet, demonstriert.

***

2. So ist auch ein großer Teil ihres Einkommens für Aussehen zu verwenden. Und natürlich auch ihrer Zeit für den Einkauf dieser Sachen. Und für die Modehefte, die die neuesten Trends zum Einkaufen festlegen.Das alles aber darf einer nicht merken, sie kommt gepflegt an, ist spätestens um zehn Uhr geschminkt und läßt von der Mühe, die sie ihr Äußeres gekostet hat, nichts merken. Das äußere Erscheinungsbild hat ebenso eine Freude zu sein, wie die Arbeit.

***

3. Meine Kollegin sagt mir, daß sie seit 15 Jahren nicht weiß, was sie da eigentlich schreibt. Sie sagt dazu, daß es sie eigentlich auch gar nicht interessiert.

***

den 9.3.79 Heute habe ich so einen Brief viermal geschrieben – ich könnte wirklich nicht mehr sagen, was drinsteht. Zuerst hatte der Kollege bei mir im Zimmer, für den ich den Brief geschreiben habe, an der Reihenfolge der Zahlen etwas auszusetzen. Ich kriege dabei schon langsam Komplexe. Aber danach findet er es nicht ästhetisch, die Zahlenkolonnen sind nicht gleichmäßig genug. Jetzt ist es mir schon langsam egal. Endlich gefällts ihm. Er gibts persönlich T., seinem und meinem Vorgesetzten, und der stellt fest, daß es die Schlußformulierung im Englischen gar nicht gibt. Und dann schreibe ich den Brief nochmal, damit er ihn auch unterschreiben kann guten Gewissens.

***

den 15.3.79 Heute ist Konsortiumssitzung von sechs bis acht Geschäftlichen Herren.(Ein Konsortium ist ein Firmenzusammenschluß für ein bestimmtes Großprojekt). Ich sitze im Nebenraum und warte. Lese ein wenig. Warte auf Befehle. Und die sind dann immer gleich: Fräulein Neumann, bringen Sie mal Kaffee! Oder einfach Fräulein ...! Ich bringe Kaffee, Saft und Wasser hinein, etwas mehr Ausbildung als Kellnerin wäre jetzt ganz praktisch. T. mein Vorgesetzter schmeißt eine Flasche Wasser um. Fräulein, holen Sie doch mal was zum Aufwischen. Dann: Ist doch gar nicht so schlimm – zu den Herren; Liebe tut doch gar nicht weh – zu mir.
Das Gespräch – ich kriege es im Nebenraum mit – geht über die Unruhe unter den Arbeitern in Venezuela, die die Anlage aufbauen sollen. Die Firmen zahlen sehr unterschiedliche Löhne. Und über die Arbeitsmoral. Und warum es nichts bringt, für billiges Geld den Venezolanern die notwendige Ausbildung zu geben, um das Werk selbst zu betreiben. „Technische Hilfe" heißt noch lange nicht, daß die Leute das dann mal selbständig machen können. Sie jonglieren mit Zahlen, Manntagen, um die Zufriedenheit zu erhöhen,können manchmal Ehefrauen mit.Die Arbeiter verdienen das doppelte von ihrem normalen Gehalt in Deutschland.

***

4. Als Sekretärin und Frau nimmst du indirekt an den Millionen teil, die da verschoben werden. Sicher ist deine Arbeit nicht so wichtig – das Gefühl wird dir ja auch immer gegeben – wie die deines Chefs, er trifft ja die schweren Entscheidungen, führt schwierige Verhandlungen, muß immer rumreisen, mit Kunden essengehen; und du führst ja über all das nur den Papierkrieg. Du schreibst saubere Briefe, er hat die Macht.

***

5. Meine Kollegin M. ist ungefähr dreißig, unverändert,unverheiratet, schätzt ihren Chef. Sie hat mir zu Anfang viel geholfen, als ich mit der Codierung der Briefe, den Zahlen, dem Fernschreiber nicht klarkam. Ich rede mit ihr über allerlei Sachen – meistens auf dem Klo, da stört keiner, über Atomenergie, die Pille, Frauenprobleme. Ihr spontane Meinung, daß Atomenergie unmenschlich sei, ändert sich wieder, als sie mit ihrem Freund (auch in der Firma) geredet hat, der ihr klargemacht hat, daß das doch ökonomisch nicht läuft, solche Investitionen wieder rückgängig zu machen.

***

6. Keine der Frauen bei dieser Firma wird Sachbearbeiterin nach der Ausbildung, sie bleiben Sekretärinnen.

***

7. Mein Kollege J., er sitzt am gleichen Schreibtisch wie ich, ist Sachbearbeiter. Als ich anfing, hatte er an der Wand, auf die ich sehen konnte, so ein paar Pornoplakate hängen. So eine Reklame mit einer Sexi-Frau. Eines Tages hatte die allerdings dann Schwänze und Vampirzähne, und Hörner. Als das ein anderer Kollege sah, der in unser Zimmer kam und uns darauf aufmerksam machte: Was ist denn da mit deinem schönen Bild passiert? !, hängte er es noch am gleichen Tag ab.

***

8. Inzwischen hat er sich ein neues hingehängt. Frauen auf Fahrrädern.

***

den 22.3.79 Heute ist J. nicht da, ich nehme die Telefongespräche an, und es laufen dann immer ein paar lockerere Gespräche. Dann kommt Lü. immer rein, der die Ablage der Abteilung macht. Sein ganzes Zimmer hängt immer voller Ordner, in die immer irgendwas einsortiert werden muß. Nie wird das weniger. Er ist ein pflichtgetreuer Mensch, korrigiert immer meine Fehler, ganz sanft. Er sieht nicht fern, lacht selten. Seiner Frau gibt er am Telefon die Anweisungen, wie sie die Kinder erziehen soll. Er sieht sehr genau darauf, daß die Kinder ordentlich lernen. Und ist streng mit den Noten. Er hat sich den Geschäftsbericht der Firma kopiert und ihn mir gezeigt. Die wichtigen Sachen hatte er sich auch schon angestrichen. Die Ertragslage, die Erweiterung der Kapazitäten, die Aktiengewinne. Jetzt hängt der Geschäftsbericht am Schwarzen Brett. Wenn die anderen im Kopierraum zusammenstehen, um Tee zu trinken (der ist für die Belegschaft), der Kaffee für die Gäste und leitenden Angestellten, die nicht nur Anspruch auf Kaffee haben, sondern auch darauf, ihn gebracht zu kriegen, dann kocht sich Lü. einen Gesundheitstee für sich alleine. Aber er steht auch mit rum und diskutiert die neuesten Ereignisse, soweit sie nicht das gestrige Fernsehprogramm betreffen.

An der Wand in meinem Zimmer hängt nun ein Gorleben-Aufkleber. Mein Kollege J. hat zwar schon protestiert, sah dann aber ein, daß sein Porno mich ja schließlich auch nicht erfreut.

Ein wichtiger Teil meiner Tätigkeit besteht darin, für T., meinen Chef die Spesen abzurechnen, bzw. die Abrechnung in ein anderes Gebäude zur Kasse zu tragen und das Geld wieder mit zurückzunehmen. Er nimmt das auch wichtig, schließlich muß er auch viele Kunden einladen, verreisen, Essen gehen.

Es gibt ein paar kleine Aktionen, Widerstandsformen. Nur eine halbe Tasse ins Besprechungszimmer bringen, wenn einer anfängt rumzumeckern. Der Gedanke, den wir unter den Frauen aussprechen: alle Briefe nur noch unterschreiben „mit scheißfreundlichen Grüßen", „mit freundlichem Grinsen"...
Lücken ausnützen, um zu reden.
Mechanisch arbeiten.
Mit der Zeit entwickelst du einen Rhythmus, die Zeit abwechslungsreich totzuschlagen, rumlaufen, wenn das geht, lesen, rumblödeln. (Reflexionen in der Mittagspause)

***



den 24.3.79 Mit Frau M. habe ich heute darüber geredet, welche Art Krankheiten es hier so gibt. Sie verdiente immer zusätzlich Geld durch Blutspenden und dabei haben sie bei ihr ein schlechtes Blutbild festgestellt. Sie weiß nicht, was das ist, kann aber auch nicht krankmachen, der Arzt hat auch keine Ahnung. Sie ist ziemlich unentbehrlich als Abteilungssekretärin. Sie ist attraktiv, zierlich und hat eine hoffnungsvoll freche Schnauze. Sie sagt auch den Männern ihre Meinung, wenn die Freitag nachmittag um halb fünf noch unbedingt ein Fernschreiben rausschicken müssen. Sie ist manchmal ziemlich alleine. Hat eine Appartementwohnung in Düsseldorf und bringt die Wochenenden bei ihren Eltern zu. Dabei träumt sie von Haus, Kindern und Familie. Sie liest in jeder freien Minute Kataloge über Wohnen und Bauen, gekacheltes Badezimmer, dunkelbraunes Waschbecken, Marmorfußboden mit teuren Persern. Sie war lange in einen Kollegen verliebt – redet auch sehr offen darüber. Er hat ein Haus, Frau und zwei Kinder. Er ist kühl und erfolgsorientiert.
Dennoch nimmt sie auch irgendwie an dem Ruhm und Profit teil. Das Laufmädchen nicht. Wenn sie die Pausen zwischen ihren Gängen hat, sitzt sie unter dem Dach in einem kleinen Raum, in dem auch der Fernschreiber steht. Dort ist es meistens ziemlich ruhig, man kann das Wetter beobachten. Meistens dauern die Fernschreiben etwas länger, weil keiner hier oben kontrollieren kommt. Sie sitzt immer da und liest Groschen-Liebesromane. Als ich sie frage, erzählt sie, daß er von einer Sekretärin handelt, die später für einen Schauspieler arbeitet und mit ihm dann zusammen fortgeht.

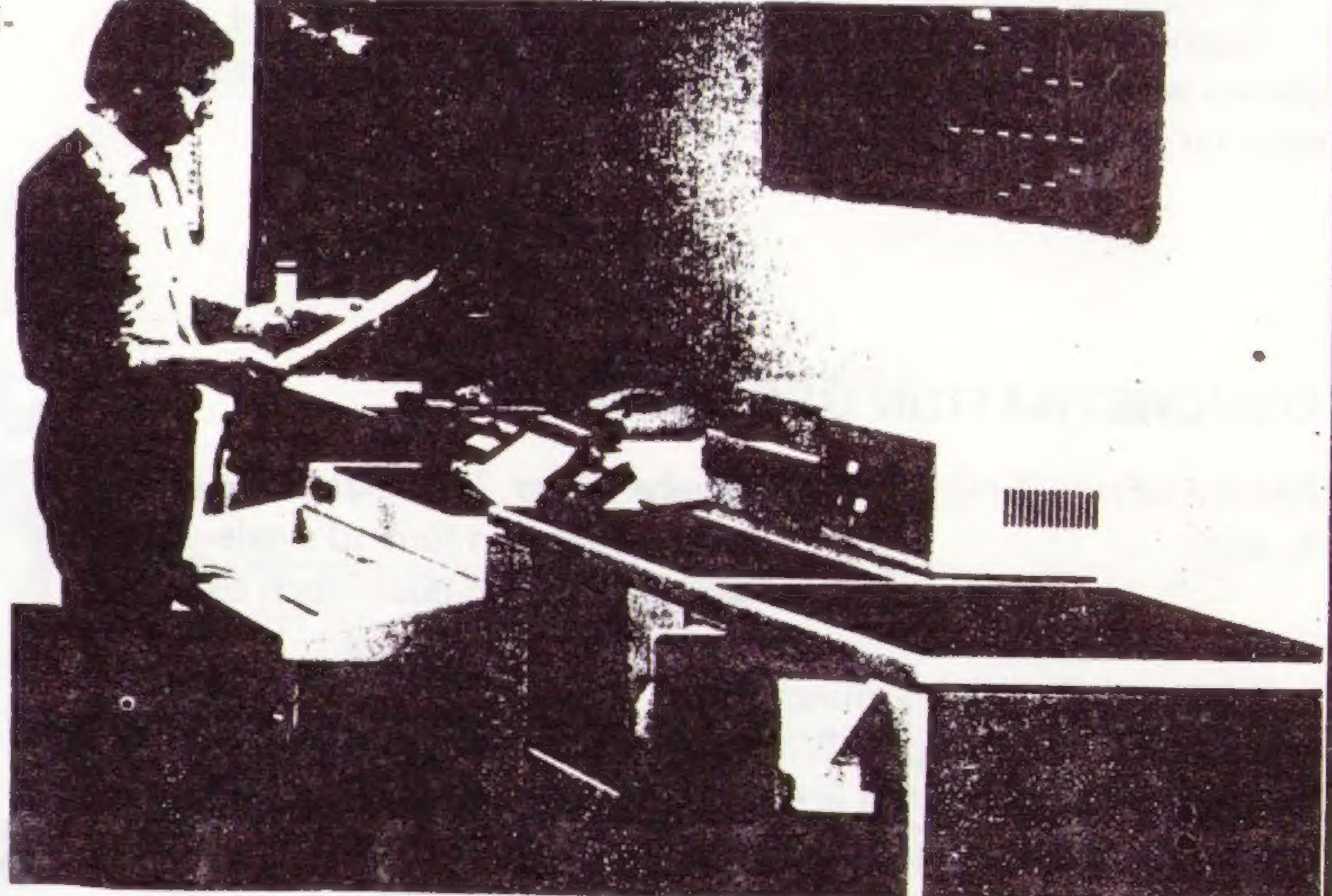
Aber wenn frau die höheren Chargen reden hört, erkennt sie sofort, daß all diese Arbeit doch einen weitgespannten Sinn hat, das Papier, die Briefe, die Fernschreiben handeln von grossen Projekten, einer Walzstraße in Brasilien, in Venezuela, im Iran, in der Türkei. Das sind riesige Anlagen, einige Herren fahren immer wieder mal dahin, um die Arbeit zu beaufsichtigen, zu verhandeln über technische Hilfe und den weiteren Verkauf von Ersatzteilen. Sekretärinnen fahren da natürlich nicht hin, sie haben, wie auch die anderen kleinen Angestellten keine konkrete Vorstellung von den Sachen, an denen sie mitbauen. Sie arbeiten ja auch nicht, um so ein Ding in Venezuela, in Brasilien hinzubauen, sondern um abends Ruhe zu haben, eine gleichmäßige Tätigkeit zu haben und die Wohnung zu bezahlen. Das heißt dann: Der Export sichert Arbeitsplätze, oder Imperialismus. In Venezuela wird Öl produziert, sehr viel Öl und damit können die sich dann so Maschinenparks für ein paar hundert Millionen hinstellen. So eine Anlage geht ja auch wieder kaputt, die Eingeborenen machen dann doch wieder zu viele Fehler und so kann man (=die deutsche Industrie) immer wieder was exportieren.

Die Herren fahren nach Venerzuela, sie fliegen in Lufthansa-Maschinen nach China, wohnen im Interconti und verstehen sich auf die Kosten des Projekts, die Kalkulation der Konkurrenten – auf die beste Möglichkeit, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Manchmal sehe ich Arbeitsverträge von deutschen Monteuren, die nach Venezuela gehen, für mindestens zwei Jahre. Sie sollen sich im Verhalten den Sitten des Landes anpassen, nicht streiken, ordentlich arbeiten und sich nicht von den schlechten Gewohnheiten südamerikanischer Arbeiter beeinflußen lassen. Die machen schon genug Schwierigkeiten.

In Düsseldorf werden die Ersatzteile sorgfältig numeriert, die Nummern müssen sortiert werden – diese Organisation beschäftigt ein paar Leute, aber beim Transport kommt immer wieder was weg. Sonst hätten wir da ja auch nichts zu tun.

In den Briefen heißt das dann: Hiermit überreiche ich Ihnen den Brief Nr. xy und bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, daß unsere Codierungsnummern fogendermaßen geändert wurden...

Es ist eine Sprache, die aus einem Kontor des 19. Jahrhunderts stammen könnte. Es hat sich im Stil des Schreibens wohl auch nicht viel geändert. Die Lehrbücher, die ich in meiner verstaubten Schreibtischschublade gefunden habe – wohl von meiner Vorgängerin – sind von 1932 in der 1. Auflage. Vieles ist jetzt geändert, das meiste ist übernommen. Die Sprache der Geschäftsbriefe sticht seltsam ab gegen das, was so normalerweise gesprochen wird, Witze, Kaffeetrinken, viel Privates. Die neuesten Geschichten aus der Bildzeitung, die Pornogeschichten aus dem Express, Fernsehen. Wie die Leute hier leben neben der Arbeit, gefällt mir nicht schlecht.



Das ist eine „Kathodenstrahl-Belichtungseinheit" namens Linotron 202 für das Textverarbeitungs- und Produktions-„System 2/5". Bis zu 8000 Zeichen pro Stunde gibt er ein, korrigiert, speichert und druckt er damit – der fesche junge MANN.

LINKE IM IRAN VERHAFTET

FRANKFURT 18. Juni *Aus einer Pressemitteilung der Gruppe Internationalen Marxisten (GIM):*

Am 30. Mai und am 1. Juni wurden neun Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei des Iran (Hezb-e Kargaran-e Sosialist – HKS, iranische Organisation der IV. Internationale) in Ahwas, in der Erdölprovinz Khuzestan, von Mitgliedern der örtlichen Islamischen Komitees verhaftet. Sieben der Verhafteten werden seither an einem unbekannten Ort gefangen gehalten.

Die Verhafteten sollen bereits in Kürze in einem Geheimverfahren abgeurteilt werden. Eine offizielle Anklage ist bisher nicht bekannt. Das Islamische Komitee soll ihnen Verbindung mit dem US–Geheimdienst CIA und 'Provokation' der arabischen Bevölkerung vorwerfen.

In Wirklichkeit steht ihre Verhaftung in Zusammenhang mit dem Militäreinsatz der iranischen Regierung gegen die arabische Bevölkerung der Provinz Khuzestan, die die Anerkennung ihrer Sprache und Kultur, die Gewährung der Selbstverwaltung und das Selbstbestimmungsrecht als Nationalität fordert. Bei Angriffen auf streikende Arbeiter und auf arabische Kulturzentren in Korramshar und Ahwas kamen am 29. und 30. Mai 200 Menschen ums Leben, 600 wurden verletzt. Die verhafteten Sozialisten hatten gegen das Vorgehen der Regierungstruppen protestiert; die Sozialistische Arbeiterpartei unterstützt als einzige nichtarabische Organisation uneingeschränkt die Forderungen der arabischen Bevölkerung. Mit den Sozialisten wurden 20 Stahlarbeiter und ein Führer der arabischen Ölarbeiter von Korramshar sowie drei Mitglieder des Ölarbeiterkomitees von Ahwas verhaftet.

Die Verhaftungen haben im Iran breiten Protest hervorgerufen. Am Samstag, dem 9. Juni, fand eine Protestkundgebung zugunsten der verhafteten Sozialisten vor dem Amtssitz des iranischen Ministerpräsidenten Basargan statt. In vielen iranischen Städten wurde auf Flugblättern die Freilassung der Verhafteten gefordert. Ölarbeiter organisierten einen mehrtägigen Sitzstreik vor dem Verwaltungssitz der iranischen Ölgesellschaft NIOC und drohten mit weiteren Aktionen.

1000 Demonstranten forderten am vergangenen Donnerstag (14.6.) vor der iranischen Botschaft in Paris die Freilassung der verhafteten Sozialisten und übergaben eine Protesterklärung. In Dänemark unterzeichneten Parlamentsabgeordnete von 5 Parteien und Vertreter verschiedener Gewerkschaften eine Erklärung zugunsten der Verhafteten.

Auch die drei SPD–Abgeordneten Thüsing, Coppik und Gansel setzten sich während ihrer privaten Iraninformationsreise für die Verhafteten ein.

DEMONSTRATION GEGEN DIE MAFIA

PALERMO/HOFHEIM 9. Juni

'Liebe ID-ler, jetzt hab' ich gerade die letzten fünf Id's gelesen und schicke euch doch die Bilder: zum ersten Mal sahen wir die Mafia-Plakate am 12. Mai in Syrakus auf Sizilien, mindestens 200 km weg von Palermo und auch 3 Tage zu spät: Wir waren sehr beeindruckt! Die dazugehörige Geschichte erfuhren wir eine Woche später, in Palermo, von einem italienischen Genossen:
Im lokalen "freien" Radiosender hatte ein italienischer Genosse den Zusammenhang von Bodenspekulation, Mafia und Christdemokratie angegriffen. Die Mafia hat ihn dann ermordet (in die Luft gesprengt). Die Bullen haben ihm dann untergeschoben, Terrorist zu sein, Kontakte zu den Roten Brigaden zu haben, mit Sprengstoff herumzumachen! Die Demonstration war gegen diese Lüge gerichtet.'



Soweit der Brief aus Hofheim. Peppino Impastato war am 9. Mai vorigen Jahres von der Mafia getötet worden. Er war in Cinisi bei Palermo einer der bekanntesten Genossen und hatte als Lotta Continua-Mitglied bei Wahlen kandidiert.
Jetzt ein Jahr nach seiner Ermordung fand die Demonstration gegen die örtliche Mafia statt; die Leute dort nennen sie 'Staatsmafia', weil sie mit Hilfe des staatlichen Apparates und der Christdemokratie diese Gegend kontrolliert. Am Tag vor der Demonstration gingen Leute von der Mafia von Haus zu Haus bei den Leuten vorbei, von denen sie sich vorstellen konnten, daß sie zur Demo gehen würden und schärften ihnen ein, bloß zu Hause zu bleiben.
Trotzdem kamen an die 1500 Leute (aus ganz Sizilien) zur Demo; das ist ganz schön viel für dort. Ein Genosse auf der Demo: "Viele Dinge haben sich seit dem letzten Jahr geändert. Wenn man früher durch Cinisi ging, war kein einziges Fenster offen, das den (örtlichen Mafia-Chef) Badalamenti "beleidigen" würde. Jetzt bei der Demo waren sehr viele Leute an den Fenstern und auf den Balkonen, in ihren Gesichtern war nicht mehr Unwissenheit und Ehrfurcht, die sie gelähmt hatten, zu sehen; sie beginnen sich mit der Mafia zu konfrontieren" Auf dem Transparent am Anfang der Demo stand: "Die Mafia tötet, das Schweigen auch'.



GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER WIRFT DEM IRAKISCHEN BAATHREGIME FORTSETZUNG DER HINRICHTUNGSWELLE VOR

BONN 13. Juni Wie die Gesellschaft für bedrohte Völker vom internationalen Büro der 'Demokratischen Partei Kurdistan' (KDP) (deren Verlautbarungen von internationalen Menschenrechtsorganisationen in der Regel bestätigt werden) erfahren hat, haben die Hinrichtungen von Kurden im Irak in der ersten Hälfte dieses Jahres erschreckende Ausmaße angenommen. Unter den Hingerichteten befinden sich auch viele Minderjährige.

Offizielle Gründe für diese Hinrichtungen waren z.B. die Teilnahme an einer friedlichen Demonstration in Harir, Weihnachten 1978, Besuch bei geflohenen Verwandten im benachbarten Iran, oder die Mitgliedschaft in (verbotenen) kurdischen Organisationen.

Die Hinrichtungen wurden vollstreckt nach Todesurteilen, die der sog. Sondergerichtshof (Special Court) in Kirkuk gefällt hat. Von diesem Gerichtshof ist der Öffentlichkeit weder die gesetzliche Grundlage noch die Identität der verantwortlichen Richter bekannt. In den meisten Fällen waren die Opfer vor der Hinrichtung noch schweren Folterungen ausgesetzt.

Neben diesen Hinrichtungen gehen die willkürlichen Verhaftungen, Folterungen und Deportationen von Kurden weiter. Die Zahl der Hinrichtungen schätzt die Gesellschaft für bedrohte Völker auf etwa 750 seit März 1975.



Frankfurt **Erklärung der Revolutionären Zellen**

„zum sprengstoffanschlag auf die lastwagen eines deutschen vertriebsmonopolisten für israelische früchte und gemüse aus palästinensischem boden *(in Frankfurt in der Nacht zum 18. Juni neben der Großmarkthalle, die Red.)* –

wir haben heute die firma HAMEICO attackiert um unseren praktischen widerstand zu setzen gegen den nicht endenwollenden faschistischen genozid am palästinensischen volk. dieser alltägliche völkermord, dessen blutlinie von den massakern a la kafr kassem bis zu den aktuellen fliegerangriffen auf palästinensiche flüchtlingslager ungebrochen ist, findet derzeit einen neuen höhepunkt in den vertraglichen strangulierungsversuchen von camp david. politisch abgesichert durch die zustimmung der sozialdemokratischen bundesregierung, die den holocaust an den palästinensern im 30. jahre ihres bestehens vor allem materiell durch gewaltige kredite an sadat garantiert. die über die gewerkschaftseigene bank f. gemeinwirtschaft einem zionistischen staat alle hilfe gibt, dessen instrukteure und waffen die faschistischen regimes in nicaragua, südafrika, argentinien etc. an der macht zu halten versucht. in ansehung gerade der opfer von auschwitz ist eine verdrängungsleistung a la holocaustspektakeln nur dazu angetan, von den aktuellen verbrechen abzulenken...

wir werden von nun an eine kampagne zur unterstützung des palästinensischen befreiungskampfes einleiten, die einen der empfindlichsten nerven des zionistischen staates israel trifft – seine marode ökonomie. im zeichen der inflation und vor dem hintergrund von devisenknappheit ist israel vor allem auf expansiven export seiner agrarprodukte dringend angewiesen. in fortführung der ungenießbarmachung von citrusfrüchten und unseres sprengstoffanschlages auf die firma AGREXCO vor einem jahr, garantieren wir nun, auch die deutschen vertriebsfirmen aller israelischen produkte nicht mehr in ruhe zu lassen. ihre einzige chance ist es, sofort den vertrieb oder verkauf solcher waren einzustellen – es gibt auch anderswo äpfel.
wir fordern auch andere antifaschisten dazu auf, mit uns gemeinsam mit einfachsten und ungiftigen mitteln zionistisches obst ungenießbar zu machen (mit injektionen und buttersäure e tc.), was, wenn es unter das nicht behandelte gemüse gemischt wird, einen erneuten boykott provoziert.

so, wie wir verstärkt und ungebrochen gegen gewerkschaftsbürokratie und atomherren vorgehen, ist auch die chance, einen wirkungsvollen beitrag zur unterstützung des palästinensischen kampfes zu leisten – unter welchem namen auch immer!
überall geschieht etwas in letzter zeit, sei es gegen spd büros, sei es gegen akw gangster –
wir müssen nur unseren kampf internsivieren. mit list und ausdauer, geduld und energie.
schafft ganz viele revolutionäre zellen!"

Vor allem ist es ein ganz listiger und bestimmt wirkungsvoller Beitrag zur Unterstützung des palästinensischen Kampfes das zionistische Obst „zu behandeln". Natürlich nur mit einfachen und ungiftigen Mitteln, versteht sich. Sollte trotzdem ein absurder Fehler" (O-Ton RZ) unterlaufen, weil ungiftig mit giftig verwechselt wurde oder sollte schlimmstenfalls sogar ein Linker dieses Obst essen, wird's tröstlicherweise Kritik und Selbstkritik in der RZ-Scene geben. Denn: „Eine Aktion nur dann durchführen, wenn es klar ausrecherchiert und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gewährleistet ist, daß keinem Unbeteiligten auch nur ein Haar gekrümmt wird" hat sich eine RZ-Truppe auf ihre Fahne geschrieben. Und Unbeteiligte sind in diesem Fall die Obstkäufer, oder sollten sie durch einen übelriechenden Apfel zu antiimperialistischen Kämpfern erzogen werden?
Dazu ein Vorschlag von uns: in Frankfurt gibts einen Laden für Scherzartikel und der führt in seinem Sortiment Äpfel aus Seife, sehen garantiert täuschend echt aus! (Anm. d.Red.)

SCHWEIN GEHABT

Wer nochmal behauptet, die burggräffenrodener seien arm dran, der hat sich geirrt. denn genau viertausendfünfhundertzweiunddreißig Mark und 25 pfennig haben die letzte woche im lotto gewonnen. bis auf den letzten pfennig ist alles schon verplant, also von irgendwelch gearteten Bittgesuchen ist abzuraten.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

ID Nr. 288

Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

ALLERLEI

MEDIEN

HUNGERSTREIK

DER HUNGERSTREIK IST ABGEBROCHEN 10

KNAST

UMWELT

EINZELNES — MANCHMAL AUCH ZU ZWEIT

AUS DER FERNE

fertig!